

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

USA

Schwerpunkt zur Wahl

H 8040 F
ISSN 1619-1404
27. Jahrgang
Nummer 161
Juli | August 2016
3,50 Euro

inhalt

Nach der Entscheidung Großbritanniens aus der EU auszutreten, eskalierte rassistische Gewalt, die Rechtspartei »United Kingdom Independence Party« triumphiert.

Denkbar knapp hat sich Großbritannien in einem Referendum am 23. Juni 2016 für den Austritt aus der »Europäischen Union« (EU) entschieden. 51,89 Prozent der WählerInnen stimmten für den Brexit, 48,11 Prozent für den Verbleib im europäischen Staatenbund. Regional fiel die Entscheidung teils sehr unterschiedlich aus. London, Nordirland und Schottland stimmten mehrheitlich für den Verbleib, der Rest des Landes dagegen. In dem traditionell europaskeptischen Land schwand in den letzten Jahren die Zustimmung – nun ist Großbritannien das erste Land, das aus der Union aussteigt.

Das neuerliche Referendum hatte Großbritanniens Premierminister David Cameron ins Spiel gebracht, um die zunächst auch von ihm vertretene EU-Kritik in Teilen seiner »Conservative Party« ruhigzustellen. Umgehend nach der verlorenen Abstimmung verkündete der Pro-Europäer seinen Rückzug, da er die Regierung mit dieser Entscheidung nicht mehr führen könne und wolle. In den letzten Wochen vor der Abstimmung wurde die tiefe Spaltung der Konservativen, der »Tories«, immer deutlicher: ein neoliberaler Flügel, der für den Verbleib in der EU warb (»Remain«), und ein Flügel, der nahe am Kurs der rechtspopulistischen »UK Independence Party« (UKIP) segelte. Die politische Trennlinie in dieser Frage verläuft quer durch die Mitgliedschaft, die Fraktion und die Regierungsmitglieder der Konservativen – auch nach dem Referendum.

Eindeutig fiel die Reaktion der europäischen Rechten aus: Marine Le Pen, Vorsitzende des »Front National« (FN) schlägt verbale Brücken zum »Arabischen Frühling« und sieht den »Frühling der Völker« als »unvermeidlich« heraufziehen. Aus Österreich gratuliert Heinz-Christian Strache, Bundesparteiobmann der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), »den Briten zu ihrer wiedererlangten Souveränität.« Ähnliche Töne schlägt Matteo Salvini von der »Lega Nord« an: »Danke Großbritannien, endlich verändert sich Europa«, und »Europa hat jetzt die Gelegenheit sich von der Europäischen Union zu befreien«. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) äußert sich etwas reservierter, sieht die Sache aber wie ihre Brüder und Schwestern im Geiste: »Die europäische politische Elite verweigert sich hartnäckig der Lektion aus England. Die EU wird delegitimiert, weil sie in allen Belangen versagt hat.« Einzig Beatrix von Storch lässt sich etwas gehen und gesteht im Fernsehinterview, dass sie »vor Freude« geweint habe.

Kampagnenpartei

Eine treibende Kraft für den Brexit war die rechte Kampagnenpartei UKIP unter ihrem bisherigen Vorsitzenden Nigel Farage. 1993 gegründet, arbeitete die Partei fast 25 Jahre auf den Bruch mit der verhassten EU hin. Auf das Referendum war die Partei bestens vorbereitet. Ihr Agieren bestand im Kern aus einer rechten Kampagne gegen die EU. Hetze gegen MigrantInnen und gegen Menschen islamischen Glaubens, für den Erhalt der »britischen Kultur«, Abkehr vom Klimaschutz oder Verschärfung des Strafrechts – das Programm von UKIP gewann zuletzt an Attraktivität; auch vor dem Hintergrund islamistischer Anschläge und der geschürten Furcht vor Zuwanderung nach Europa. Die steigende Zustimmung ließ sich an den Wahlurnen ablesen – bei Kommunalwahlen und vor allem bei den Wahlen zu jenem Parlament, das so vehement bekämpft wird, dem Europaparlament. Während die Partei bei den Europawahlen 1994 nur ein Prozent der Stimmen und keinen Sitz bekam, waren es 1999 schon sieben Prozent und drei Mandate. 2004 wurden es 16,8 Prozent, und 2009 reichten 16,5 Prozent für UKIP zur zweitstärksten Partei. 2014 kam für die Rechtspartei der endgültige Durchbruch: Mit 26,6 Prozent wurde sie bei den Europawahlen stärkste Kraft in Großbritannien. 24 Ab-



^ *Gedenken an die ermordete Jo Cox*

geordnete vertraten die Partei seitdem im Europaparlament. Seit 2009 arbeitete UKIP in der Fraktion »Europa der Freiheit und der Demokratie« (seit 2014 »Europa der Freiheit und direkten Demokratie«, EFDD) – unter Farage im Fraktionsvorsitz – mit verschiedenen rechten Parteien zusammen, unter anderem der »Lega Nord« (Italien), der »Dänischen Volkspartei« (DF) oder der »Slowakischen Nationalpartei«. Aus Deutschland gehört seit kurzem Beatrix von Storch (AfD) der Fraktion an. Neben den sicheren Finanzeinnahmen für Abgeordnete und Fraktion nutzte Farage das Parlament für Attacken gegen die EU und ihre offiziellen RepräsentantInnen.

Auf nationaler Ebene hingegen blieb UKIP aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts bei Wahlen bisher eher erfolglos, obwohl sie bei den Unterhauswahlen im Mai 2015 immerhin 12,6 Prozent der Stimmen bekam und mit einem Abgeordneten im Parlament sitzt.

Rechtspartei

Ein grober Blick auf UKIP zeigt Parallelen zur deutschen »Alternative für Deutschland« (AfD). Im Vordergrund stand lange Zeit eine vereinfachte und holzschnittartige Kritik an Europa, seinen Institutionen und seiner Politik. In den Reihen beider Parteien fanden sich immer wieder Neonazis, offene RassistInnen, Waffen-Narren sowie Intellektuelle und AktivistInnen anderer Organisationen der extremen Rechten – ohne jedoch die Parteien in Gänze zu dominieren. So sind weder UKIP noch die AfD in ihrer Gesamtheit faschistisch oder neonazistisch, enthalten aber relevante Bausteine faschistischer Bewegungen. Das Potential der WählerInnen reicht dabei weit über das klassische Spektrum der Rechten hinaus. Gesellschaftliche Mobilisierungen, vor allem beim Thema Zuwanderung, aktivieren WählerInnen. Dabei stehen die beiden Parteien immer auch in einem interessanten Spannungsverhältnis von Nähe und Distanz zu den konservativen und bürgerlichen Parteien, die zwischen Abgrenzung, begrenzter Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Übernahme von Positionen changieren. Beide Parteien, AfD und UKIP, konnten ihren Erfolg in einer Phase beginnen, als es im Spektrum des etablierten Konservatismus nachhaltig rumorte und die alten Koalitionen der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr hielten. Und so schaffen sie es, ein klassenübergreifendes und reaktionäres Bündnis von Mob und Elite an die Wahlurnen und auf die Straßen zu bringen – gegen Europa, gegen den Sozialstaat, gegen Geflüchtete, gegen Linke und gegen die Idee von Moderne und Gleichheit.

Rechter Anschlag

In den Wochen vor dem Referendum verschärfte sich der Ton. Der populäre konservative, ehemalige Bürgermeister von London, Boris Johnson, stieß zur »Leave«-Fraktion. Die Hetze gegen Flüchtlinge aus islamischen Ländern, gegen ArbeitsmigrantInnen vor allem aus Osteuropa und die Stimmungmache für die Bewahrung der eigenen kulturellen Identität (»Wir wollen unser Land zurück«) waren die rechten Parolen von UKIP und Co. Trauriger und brutaler Höhepunkt des Wahlkampfes war der Mord an der antirassistischen Abgeordneten Jo Cox (»Labour Party«) am 17. Juni 2016, die sich deutlich gegen den Brexit positioniert hatte und eine wichtige Unterstützerin des linken Labour-Chefs Jeremy Corbyn war. Unter dringendem Tatverdacht wurde der über 50-jährige Thomas Mair verhaftet. Er ist Sympathisant und Aktivist der extremen Rechten. Während der Tat rief er »Britain First«, ein Indiz für seine nationalistische Gesinnung und ein Verweis auf eine gleichnamige Organisation. Mair hatte in der Vergangenheit Terror-Anleitungen bestellt und ist auf Fotos bei öffentlichen Auftritten rechter Gruppen zu sehen. Die Parallelen der Tat zum versuchten Mord an Henriette Reker im Oktober 2015 während des Wahlkampfes in Köln sind unübersehbar. Eine Monate dauernde öffentliche Debatte und Hetze um ein auch emotional besetztes Thema der Rechten führte am Ende zur Tat. In beiden Fällen fühlte sich ein in den 1990er Jahren politisierter Neonazi dazu berufen, ein Fanal zu setzen.

Krise

Die Entscheidung Pro-Brexit hat das Land in eine Krise gestürzt – in eine ökonomische, eine politische und eine gesellschaftliche. Die sozialen Versprechungen von UKIP als Begründung für den EU-Ausstieg, zum Beispiel mehr Geld für das gebeutelte Gesundheitswesen, wurden sofort nach der Wahl kassiert – sie entpuppten sich als Wahlkampf-Lügen. Politisch sind das Land und die gesamte Gesellschaft gespalten – nicht nur die Konservativen, sondern auch die Linke. Gleich nach dem Referendum verabschiedeten sich die drei Hauptfiguren des Wahlkampfes von der politischen Bühne. Cameron hat als Verfechter des Verbleibs in der EU verloren, Johnson verlor einen internen Machtkampf bei den »Tories« und wurde von der neuen Premierministerin Theresa May am 13. Juli zum Außenminster ernannt. Und Nigel Farage? Nun, er wolle »sein Leben zurück« und trat vom Vorsitz der UKIP zurück. Sein Mandat als Europaabgeordneter möchte er hingegen nicht niederlegen. Die Umsetzung für die maßgeblich von ihnen forcierte Entscheidung wollen sie nicht tragen, den Austritt Großbritanniens aus der EU nicht organisieren, die Verhandlungen nicht führen müssen. Sie hinterlassen der Gesellschaft ein durch Hetze und Lügen vergiftetes Klima.

Erste Auswirkungen hat die Brexit-Kampagne bereits: Laut dem »National Police Chiefs' Council« sind allein die offiziell registrierten »Hate-Crimes« nach dem Referendum sprunghaft angestiegen. Rassistische Pöbeleien, Drohungen, Schläge – betroffen davon sind alle, die nicht in das Bild der »echten Briten« passen: OsteuropäerInnen, Menschen jüdischen oder islamischen Glaubens, Menschen mit Vorfahren außerhalb Großbritanniens. »Wir sind möglicherweise geschockt, aber wir sollten nicht überrascht sein«, fasst die antifaschistische und antirassistische Organisation »Hope not Hate« die Ereignisse auf ihrer Website zusammen. »Die giftige Art und Weise der Debatte um das Referendum hat tief sitzenden Hass entfesselt.« Und den Worten folgen Taten.

»Sie werden sich wundern, was alles gehen wird!«



»Nazi« vs. »Gutmensch«. Schon lange nicht mehr konnte eine Bundespräsidentschaftswahl so viel Aufmerksamkeit und reißerische Schlagzeilen für sich verbuchen wie das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Norbert Hofer von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« und dem linksliberalen Urgestein der »Grünen« Alexander Van der Bellen.

von Carina Klammer

Das Durchatmen hielt nur kurz an: Die Option, dass Österreich mit Norbert Hofer doch noch einen extrem rechten Burschenschafter als Bundespräsident bekommt, steht wieder im Raum. Die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) nutzte den »typisch österreichischen Schlendrian«, um die Wahl anzufechten – und kam damit durch. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, die Präsidentschaftswahl am 2. Oktober zu wiederholen, bleibt indes nicht unumstritten. Aber auch wenn Van der Bellen den knappen Vorsprung halten kann – bei der annullierten Stichwahl vom 22. Mai bekam er 50,3 Prozent der Stimmen, Hofer 49,7 Prozent – Grund zur Freude gibt es nur bedingt. Einerseits, weil die FPÖ weiterhin im Höhenflug ist und auch der extremen Rechten in anderen Ländern Auftrieb verschafft. Andererseits wurde einmal mehr der verkürzte Umgang mit rechten Entwicklungen deutlich: Ist der akute Brandherd erst einmal gelöscht, interessiert sich kaum jemand mehr für die Brandursachen.

Geschichte des Amtes

Traditionsgemäß stellt der/die BundespräsidentIn in Österreich eine Repräsentationsfigur dar, die kaum aktiv in die Politik eingreift. Zugleich gewährt die österreichische Verfassung dem Amt mehr Befugnisse als in den meisten anderen europäischen Ländern. Vor allem nach der Gründung der zweiten Republik 1945 richtete sich die österreichische Parteipolitik stark konsensorientiert aus. Die tiefen Risse zwischen den verschiedenen politischen Lagern, die die Jahre des Austrofaschismus und Nationalsozialismus hinterlassen hatten, wurden hierbei maßgeblich mittels der Stärkung der österreichischen Nationalidentität gekittet. Diese Entwicklung prägte auch ein Bild des Bundespräsidenten als parteiübergreifender »Landesvater« und moralische Instanz, die sich der Alltagspolitik übergeordnet versteht. Zurückhaltend, aber patriotisch, und wenn es sein muss auch mahnend, solle er/sie sein. Hofer hatte angekündigt, im Falle eines Sieges eine wesentlich offensivere Rolle in der Innenpolitik spielen zu wollen als seine Vorgänger und warb mit einem autoritären Amtsverständnis: Man werde sich noch »wundern, was alles gehen wird!«. So betonte er etwa das Recht als Bundespräsident, die Regierung entlassen zu können, wenn er zur Ansicht käme, diese füge »dem Volk« Schaden zu. Hofer hätte als verlängerter Arm der FPÖ theoretisch Neuwahlen herbeiführen können, wobei seine Partei gute Chancen gehabt hätte, in die Regierung zu gelangen. Van der Bellen hatte zuvor in den Raum gestellt, als Bundespräsident einen FPÖ-Kanzler nicht zu vereidigen. Dies verstärkte die Wahrnehmung der Wahl als »Richtungsentscheidung« für das Land. Anhand der Frage »Hofer oder Van der Bellen?« sollen sich Familien und gar ganze Dörfer verkracht haben. Nach der Wahl gab Hofer einen optimistischen Verlierer ab und bat die ÖsterreicherInnen, sich nicht zu »streiten«, damit wieder »Ruhe einkehrt«.

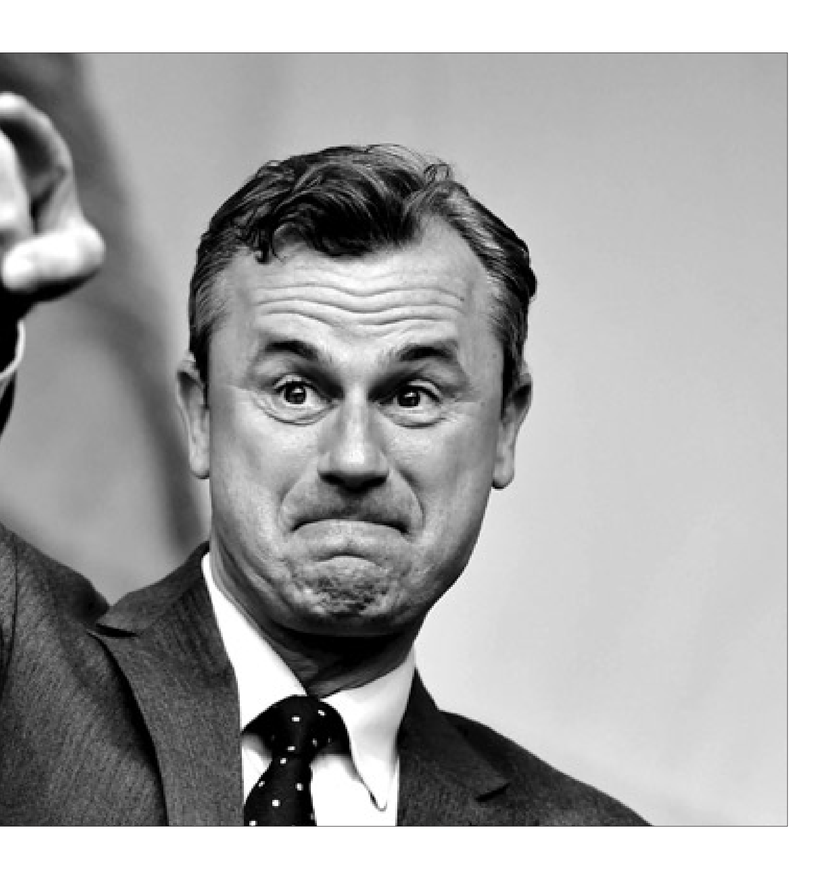
Österreich geht nach rechts

Die Polarisierung der Gesellschaft, die nach der Wahl gern diagnostiziert wurde, ist jedoch weder neu noch hat sie nach der Wahl messbar zugenommen. Wie in anderen europäischen Ländern verlieren auch in Österreich die sogenannten Großparteien an Bedeutung jedoch mit dem Unterschied, dass Parteien links der Mitte davon kaum profitieren können. Van der Bellen trat nicht zufällig als unabhängiger Kandidat an. So verstellt vor allem die Rede von der »Spaltung des Landes« vielmehr den Blick darauf, dass sich in Österreich politische Inhalte seit geraumer Zeit eher angleichen als auseinanderzudriften – nämlich nach rechts (s. drr Nr. 157).

Tatsächlich polarisierend wirkte jedoch, dass die FPÖ mit ihrem politischen NS-Erbe wieder äußerst unverhohlen kokettierte. 50 Prozent der Van-der-Bellen-WählerInnen nannten die Verhinderung von Hofer als ihr primäres Wahlmotiv. Mehrfach wurde offengelegt, dass Hofer Ehrenmitglied der schlagenden Burschenschaft »Marko-Germania zu Pinkafeld« ist, die sich im Rahmen ihrer deutschnationalen Ideologie vielmehr zum »deutschen Kulturraum«, denn zur österreichischen Nation bekennt. Zu ihrer ‹Angelobung› (Vereidigung) als Abgeordnete im Jahr 2013 hefteten sich Hofer und seine Parteikollegen blaue Kornblumen ans Knopfloch. Die Kornblume war das Erkennungszeichen der illegalen NSDAP, die im Juni 1933 von Kanzler Engelbert Dollfuß verboten wurde. Das engste Umfeld von Hofer ist einschlägig bekannt. Rene Schimanek etwa, der heute Hofers Büro leitet, demonstrierte schon 1987 mit dem Neonazi-Kader Gottfried Küssel.

Während Hofers politischer Hintergrund kurzfristig international für Schlagzeilen sorgte, versandete ein Großteil der medialen Auseinandersetzung in Österreich im typischen Jargon inhaltsleerer Kommunikations- und ExpertInnen-Analysen sowie resignierendem bis ignorierendem Schulterzucken angesichts der Normalisierung rechten Denkens und Agierens. Hofer selbst inszenierte sich als Mann der Mitte. Stets mit einem Lächeln auf den Lippen, ruhig, gelassen und – laut Eigenangabe – mit Vernunft. Teile der »Österreichischen Volkspartei« (ÖVP) sowie auch der »Sozialdemokratischen Partei Österreichs« (SPÖ) gerieten mitunter ins Schwärmen.

Im ersten Wahlgang lag Hofer mit 35 Prozent der Stimmen noch deutlich vorn, gefolgt von Van der Bellen mit 21 Prozent. Die unabhängige Kandidatin Irmgard Griss, ehemalige Höchstrichterin, galt zunächst als liberale Konkurrenz zu Van der Bellen. Kurz vor der Wahl meldete sie sich mit verharmlosenden Aussagen zum Nationalsozialismus zu Wort und erhielt 20 Prozent der Stimmen. Die Einschätzungen, wohin ihre Stimmen in der Stichwahl wandern würden, fielen deshalb durchwachsen aus. Danach folgten deutlich abgeschlagen die beiden Kandidaten der »Großparteien«, Rudolf Hundstorfer (SPÖ) mit elf Prozent und Andreas Kohl (ÖVP) mit ebenfalls elf Prozent. Der Baumagnat Richard Lugner kam mit seiner PR-Kandidatur nur auf zwei Prozent. Die Stichwahl gewann Van der Bellen mit 50,3 Prozent beziehungsweise mit 31.026 Stimmen Vorsprung. Letztendlich waren es die Stimmen der »Auslands-Österreicher«, also der BriefwählerInnen, die Hofer den Sieg gekostet hatten. Für die FPÖ gab es dafür zunächst nur eine Erklärung: Wahlbetrug. Zwar waren wahrschein-



< *Norbert Hofer (FPÖ)*

lich schon beim ersten Wahlgang, als Hofer deutlich den ersten Platz einnahm, Wahlkarten zu früh geöffnet und ausgezählt worden, aber: Gestern war gestern und heute ist eben heute. Einmal mehr offenbart sich das instrumentelle Verhältnis der FPÖ zur Demokratie, die immer dann ernst genommen wird, wenn sie dem eigenen Machtzuwachs dienlich ist. Nachdem keine Manipulation der Wahl festgestellt werden konnte, bleibt die Annullierung der Wahl aufgrund der Handhabung der Briefwahlstimmen und der zu frühen Bekanntgabe der ersten Ergebnisse am Wahltag jedoch nicht gänzlich unumstritten.

Jenseits der Wahlen

Ob nun Hofer letztendlich gewinnen wird oder nicht, in Österreich wird die Stimmung gegen Minderheiten, die Zivilgesellschaft sowie AntifaschistInnen spürbar feindseliger. So wurde etwa die Besitzerin eines Lokals in Wien, in dem Hofer-WählerInnen die Bedienung verweigert worden ist, von der FPÖ wegen Verhetzung (dt. Volksverhetzung) angezeigt. Es folgte ein Shitstorm an Drohungen und Einschüchterungen durch rechte WutbürgerInnen. Auch wird offenkundig, dass die FPÖ ihren gesteigerten technokratischen Einfluss systematisch gegen ihr unliebsame Personen, Gruppen, Vereine oder NGOs geltend macht. Dies betrifft beispielsweise die feministische Migrantinnenorganisation MAIZ in Linz, die unter anderem Deutschkurse als Mittel zur Selbstermächtigung anbietet. Seit dem Machtzuwachs der FPÖ in Oberösterreich ist ihr Weiterbestehen fraglich geworden. Auch wird herbeigesehnt, Einrichtungen wie dem »Verein autonomer Frauenhäuser« die Subventionen streichen zu können. Andere aber profitieren: Die »Identitären« treten deutlich selbstbewusster auf. Öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die Störung von Veranstaltungen werden aggressiv durchgesetzt; an der Universität Klagenfurt wurde dabei dem Rektor in den Magen geschlagen. Am 11. Juni gab es mit bis zu 600 TeilnehmerInnen den bis dato größten Aufmarsch der »Identitären«. Die nächste Nationalratswahl wird spätestens 2018 stattfinden. Ein Wahlerfolg der FPÖ ist jetzt schon gewiss. Weniger wahrscheinlich ist hingegen, dass sich die sogenannten Großparteien eine Strategie gegen Rechts überlegen werden, anstatt auf eine Anbiederung an den rechten Duktus zu setzen.

Grüße von Hofer – Die FPÖ als neues Vorbild der AfD

»Norbert Hofer!« Als dieser Name beim letzten Parteitag der »Alternative für Deutschland« (AfD) erklang, beflügelte das »Grüß Gott« aus Österreich die vom Abstimmungsmarathon zunehmend lädierte Stimmung. Es hat nicht lange gedauert, bis die AfD die FPÖ – und vor allem ihre Wahlerfolge – als neues Vorbild entdeckte. Schon zur Wien-Wahl im Oktober 2015 hatte nicht nur die NPD eine Delegation nach Wien gesandt, auch die AfD wollte sich nunmehr das Zelebrieren von Siegesgefühlen nicht nehmen lassen. Offiziell wurde die »Blaue Allianz« nach der Konferenz »Visionen für Europa« im Februar 2016 verkündet. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit soll zunächst die bayerisch-österreichische Grenzregion sein. Zugleich erfolgte auch auf Ebene der Europapolitik eine Annäherung. Nach dem AfD-Parteitag wechselte der EU-Abgeordnete Marcus Pretzell – der von seiner bisherigen Fraktion »Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer« (EKR) aufgrund seiner Rechtsaußen-Positionen bereits ausgeschlossen worden war – zur Fraktion ENF (»Europa der Nationen und der Freiheit«), der auch die FPÖ und der »Front National« angehören. Noch vor einem Jahr war eine derartige Zusammenarbeit für die Parteisprecherin Frauke Petry ausgeschlossen. Auch der zweite Parteisprecher Jörg Meuthen gilt als »Front National«-Skeptiker. Beatrix von Storch, die einem Ausschluss aus der EKR durch ihren Austritt zuvorgekommen war, hatte sich anscheinend im Alleingang der Fraktion rund um den britischen Europa-Gegner Nigel Farage (UKIP) angeschlossen, der »Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie«. Insgesamt wirkt die AfD in Bezug auf die unterschiedliche Fraktionszugehörigkeit ihrer Abgeordneten eher gelassen. Nicht zuletzt deshalb, weil sie eine Vereinigung beider Fraktionen anstrebt, wofür sie sich als »politische Klammer« auserkoren hat.

In diesem Sinn hat die AfD den Euphemismus »das Verbindende, nicht das Trennende« voranzustellen, zu ihrem neuen Tenor gemacht. So verbindet die verschiedenen rechten Strömungen vordergründig der Hass gegen die EU und MuslimInnen, die Angst vor dem »Werteverfall« und hintergründiger die Feindschaft gegen die Amerikanisierung, Multi-Kulti, den »Gender-Wahn« oder eben »die Juden«. Sie alle reaktualisieren das europäische Syndrom: die »Bürde des weißen Mannes« sowie dessen paranoide Angstlust am Untergang. Die nationalen Erfolge der Rechten, die sich trotz interner Differenzen zunehmend zu einem europäischen Phänomen entwickeln, wären ohne die gegenwärtige Normalisierung von Antisemitismus und Rassismus nicht denkbar. Auch darf angesichts der EU-Schönfärberei der sogenannten Volksparteien nicht übersehen werden, dass die »zunehmende Verlagerung von Regierungsmacht auf die trans- und supranationale Ebene« die extreme Rechte vielmehr stärkt als schwächt, da »der Rückstand der demokratischen gegenüber den konstitutionellen Strukturen noch sehr viel stärker ausgeprägt ist als im nationalen Kontext« (Lars Rennsmann). Darüber hinaus begünstigen Demokratieentleerungen sowie eine neoliberale Politik der Sachzwänge die rechte Selbststilisierung als alternative »Anti-Politik von unten« (Andreas Peham).

In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass sich im Umgang mit der AfD nicht jene Fehler wiederholen, die schon für den Umgang mit der FPÖ charakteristisch waren. Dazu gehört unter anderem, nicht davon auszugehen, dass sich die AfD von selbst ‹entzaubern› wird.


Schwerpunkt
USA

Donald Trump und die »Grand Old Party«

Die Vorwahlen für die diesjährige Präsidentschaftswahl in den USA sind abgeschlossen. Der Präsidentschaftskandidat der »Republikaner« ist Donald Trump. Noch vor einem Jahr hätte dies niemand für möglich gehalten. Mit Dr. David Plotke, Professor für Politikwissenschaft an der »New School for Social Research« in New York sprach Mark Braumeister für das Magazin »der rechte rand«.

drr: Was ist mit der »Grand Old Party« (GOP) los? Gehen den »Republikanern« die adäquaten KandidatInnen aus?

Dr. David Plotke: Die »Republikaner« haben vier der letzten sechs Präsidentschaftswahlen in den USA verloren (Bush, Dole, McCain und Romney). Ihre beiden Siege waren ungewöhnlich – George W. Bush hat in der umstrittenen Wahl im Jahr 2000 knapp gewonnen und wurde vier Jahre später in einer Situation wiedergewählt, die als Kriegszeit beschrieben werden kann. Die fünf Kandidaten bei diesen Wahlen waren in nahezu jeder Hinsicht konservativ, wobei sie sich nicht besonders für die kulturelle Agenda derjenigen eingesetzt haben, die rechts außen stehen. Die schwache politische Performance, soweit es die Präsidentschaft betrifft, bedeutete, dass republikanische WählerInnen nicht unbedingt geneigt waren, einen weiteren solchen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2016 zu akzeptieren. In der amerikanischen Politik ist es für eine Partei üblicherweise sehr schwierig, drei (Präsidentschafts-)Wahlen in Folge zu gewinnen (Reagan, Reagan, Bush in den 1980ern und Roosevelt, Roosevelt, Truman in den 1940ern sind die jüngsten Beispiele). In dieser für die GOP vorteilhaften Situation hat die unbefriedigende Leistung von Jeb Bushs Wahlkampagne den Anspruch des Mitte-Rechts-Spektrums auf die Nominierung geschwächt. Niemand, der ähnliche Positionen wie Jeb Bush vertrat, war in der Lage, das Ruder herumzureißen. Angesichts der Belastung durch eine Reihe von Niederlagen bei den letzten Präsidentschaftswahlen und einer schwachen politischen Leistung sind den führenden republikanischen Kräften nicht etwa die KandidatInnen ausgegangen – sondern die Unterstützung durch die WählerInnenschaft! Das hat einem breiten Spektrum anderer KandidatInnen den Weg geebnet.

Wie würden Sie den Einfluss der »Tea Party« innerhalb der GOP beschreiben? Welche Gründe sehen Sie für das Wachsen dieser Bewegung?

Nach Obamas Wahl ins Präsidentenamt und später nach seiner Wiederwahl hat ein signifikanter Teil der republikanischen WählerInnenschaft die Mitte-Rechts stehenden »Republikaner« als ineffektiv wahrgenommen, was die Präsidentschaft betrifft, und als dem klar konservativ geprägten Programm, das die Bundespartei auszeichnet, nur unzureichend verpflichtet gesehen. Obwohl sich die »Tea Party« ursprünglich außerhalb der formalen Parteistrukturen konstituiert hat, haben sich ihre Führungspersonen und UnterstützerInnen schnell dem Ziel einer Umgestaltung der republikanischen Partei verschrieben. Das erfordert Überzeugung und die Zurückweisung jeglicher Ideen, die auf die Gründung einer Dritten Partei oder einer gänzlich unabhängigen politischen Kraft zielen. Eine gute Entscheidung seitens der »Tea Party«; erlaubte es doch, für sich den Status treuer Parteisoldaten zu beanspruchen, die im Namen wahrer republikanischer und konservativer Prinzipien handeln. Insgesamt hat die »Tea Party« stark dazu beigetragen, die republikanische Partei weiter nach rechts zu rücken und die zur Mitte tendierenden »Republikaner« in vielen Bundesstaaten durch deutlich konservativere PolitikerInnen zu ersetzen. Weil der Erfolg der Bewegung anhielt, wurde es zunehmend schwieriger, die »Tea Party« von breiteren konservativen Strömungen in der republikanischen Partei und ihrem Umfeld zu unterscheiden. Nur eine kleine Minderheit von »Tea Party«-AktivistInnen und Führungspersonen betrachtet diese Entwicklung als Vereinnahmung.

Was verrät uns Donald Trumps Erfolg über den momentanen Zustand der US-amerikanischen Gesellschaft? In welchem Maße ist der Erfolg seinen politischen Positionen geschuldet?

Trumps Erfolg hängt mit dem Prozess zusammen, den ich gerade erörtert habe – die Schwächung des Mitte-Rechts-Spektrums der »Republikaner«, das sich exemplarisch am Scheitern von Jeb Bushs Kampagne verdeutlicht. Das Scheitern des vermuteten Favoriten öffnete das Feld für mehrere Kandidaten, die meisten von ihnen rechts von Bush – Ted Cruz, Ben Carson und Marco Rubio haben sich alle klar rechts von Jeb Bush positioniert.

Das Besondere an Trump ist, dass er politisch schwerer zu verorten ist. Auf der konventionellen programmatischen links-rechts-Achse (basierend auf Steuern, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik) ist Trump zweifellos bei den »Republikanern« zu verorten, aber nicht am äußeren rechten Rand der Partei. Bei den Themen, die wir mittlerweile ‹kulturelle› oder gesellschaftspolitische Themen nennen (zum Beispiel gleichgeschlechtliche Ehen), ist er in der Mitte der Partei, oder sogar links davon zu verorten.

Trump sticht heraus durch seine stark nationalistische Rahmung einer Reihe von Themen – Handelspolitik, militärische und strategische Verpflichtungen und vor allem Einwanderung. Seine AnhängerInnen teilen seine Ansichten zur Einwanderung und den damit in Verbindung stehenden Angelegenheiten. Das ist vermutlich ihr Kernthema und Trumps erfolgreichstes Mittel um eine klare politische Identität zu entwickeln, die sich von derjenigen der Mitte-Rechts-»Republikaner« abhebt. Ich würde sagen, dass neben Bushs Scheitern ein zweites entscheidendes Element zu Trumps Aufstieg beigetragen hat. Dieses Element ist seine Bereit-

schaft, eine politische Haltung einzunehmen, die höherer Zuwanderung, einem relativ direkten Weg zur Staatsbürgerschaft für EinwandererInnen ohne legalen Status und einer Reihe kultureller und politischer Initiativen, die grob unter dem Label »diversity« zusammengefasst werden können, stark ablehnend gegenübersteht. Seine Positionen zu diesen Themen treffen innerhalb der republikanischen Partei auf eine große Zustimmung, vermutlich auch bei etlichen parteipolitisch unabhängigen WählerInnen.

Laut dem »Southern Poverty Law Center« (SPLC) ist die Zahl extrem rechter Gruppen 2015 stark angestiegen. Welche Gründe machen Sie für deren Erstarken aus?

In den Vereinigten Staaten gibt es heute verschiedene radikale Rechte und Rechtsaußen-Spektren. Das eine wird durch eine Ablehnung der Zuwanderung angetrieben. Ein zweites ist nach US-amerikanischem Verständnis eher konventionell rassistisch und fokussiert sich auf Afro-AmerikanerInnen (und üblicherweise auch Jüdinnen und Juden). Ein drittes ist anti-staatlich und in ökonomischer und sozialpolitischer Hinsicht fast schon libertär. Traditionell konzentriert sich das SPLC auf die zweite Art radikaler Rechter – sprich, konventionelle RassistInnen. In der Regel ist es so, dass wenn die Linke die Präsidentschaft gewonnen hat – bei einer sehr breiten Verwendung des Begriffs, der die Regierung unter Barack Obama einschließt – die radikale Rechte in all ihren Formen dann dazu tendiert, auffälliger und aktiver zu werden. Die treibende Kraft hinter dem Wachsen dieser verschiedenen rechtsradikalen Spektren ist folglich Obamas herausragender Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen 2008 und 2012 und daraus folgend, eine Umsetzung von politischen Inhalten auf unterschiedlichen Ebenen, die für die verschiedenen rechtsradikalen Bewegungen vollkommen inakzeptabel ist.

Man könnte es grob so einteilen, dass sich Anti-Zuwanderungs- und Anti-»Diversity«-Initiativen klar Trump angeschlossen haben, konventionell rassistische Gruppen ihren Schwerpunkt auf die ethnisch und politisch begründete Gegnerschaft zu Obama gelegt haben; und die »Tea Party« dafür gekämpft hat, den Einfluss Washingtons in der Wirtschaftspolitik und in manchen Bereichen der Sozialpolitik zu verringern. Diese Strömungen überschneiden sich natürlich. Trump, um das Musterbeispiel zu nehmen, hat den Widerstand gegen Zuwanderung und »Diversity« enthusiastisch unterstützt; er hat die Unterstützung traditioneller RassistInnen akzeptiert, ohne dies zu einem prominenten Thema zu machen; und er hat um die Unterstützung derjenigen geworben, die wirtschaftspolitisch rechtsaußen stehen, ohne ihre Positionen in Gänze zu akzeptieren.

Trump wurde für seine rassistischen Äußerungen zu Hispanics, Muslimen und anderen stark kritisiert. Doch trotz (oder vielleicht wegen) dieser Äußerungen ist seine Unterstützung in der WählerInnenschaft gestiegen. Welche Rolle spielt »Race« für Trumps Präsidentschaftskampagne und für US-Wahlkampagnen im Allgemeinen?

Die herrschende Sichtweise auf linke und rechte ProtestkandidatInnen ist gleichermaßen, dass sie während der parteiinternen Vorwahlen besser abschneiden als bei der Präsidentschaftswahl selbst. Sicherlich bauen Trumps GegnerInnen darauf, dass diese Dynamik sich auch 2016 zeigen wird. Trump ist es gelungen, in den stark umkämpften republikanischen Vorwahlen eine relative oder vielleicht sogar absolute Mehrheit zu erringen, was auf eine breite Unterstützung durch die AnhängerInnen der Partei hindeutet. Aber ein Zustimmungswert von 40 Prozent unter republikanischen WählerInnen, die wiederum nur etwas mehr als 40 Prozent der WählerInnen in der Präsidentschaftswahl ausmachen, ist noch weit entfernt von einer Mehrheit. Er muss die Unterstützung fast aller ParteianhängerInnen gewinnen, die in den Vorwahlen nicht für ihn gestimmt haben und die Stimmen einer Mehrheit der parteiunabhängigen WählerInnen, die zum größten Teil in der politischen Mitte angesiedelt sind; sprich, die ideologisch zwischen beiden Parteien stehen.



^ *Rechte machen am Rande einer 1.-Mai-Demonstration in New York Stimmung gegen MigrantInnen*

Es ist schwer vorstellbar, dass ihm seine rassistischen und hetzerischen Statements dabei helfen werden, diese Ziele zu erreichen. Vor vierzig, oder sogar noch vor dreißig Jahren stand einem republikanischen Kandidaten noch eine weitere Option offen, um Wahlen zu gewinnen – die Unterstützung der konservativeren DemokratInnen zu gewinnen, welche die etwas sozialere Politik der »Demokraten« geschätzt haben, aber nicht die linksliberalen Positionen der Partei in kulturellen und gesellschaftlichen Fragen. Trump glaubt, dass er in diesem Spektrum der »Demokraten« Gewinne erzielen kann – Menschen, die wegen wirtschaftspolitischer Themen nicht für einen Mitt Romney oder gar einen John McCain stimmen würden, die aber der demokratischen Führungsriege bei einem breiten Spektrum anderer Themen misstrauen. Trump setzt darauf, dass langsames Wachstum und wachsende Ungleichheit nach der großen Rezession es einfacher machen werden, Teile dieser Gruppe aus dem Lager der demokratischen WählerInnenschaft herauszulösen. Er glaubt, dass dies einfacher wird, wenn Clinton die Kandidatin der demokratischen Partei wird. Es könnte sein, dass er in Anbetracht der lange andauernden



Prozesse der Polarisierung zwischen den Parteien die Größe dieser Gruppe überschätzt, aber seine Strategie ist keine bloße Phantasterei.

Wenn Sie Donald Trump mit europäischen Politikern vergleichen, wer käme ihm im Hinblick auf Habitus und Ideologie am nächsten?

Er ist wohl am ehesten vergleichbar mit den ‹moderneren› und weniger aggressiven rassistischen Kräften am äußeren rechten Rand des französischen politischen Spektrums. Sein wirtschaftlicher Nationalismus und seine energische Pro-Wachstums-Agenda machen es jedoch schwierig, ihn in den Kanon der gegenwärtigen populistischen äußeren Rechten in Europa aufzunehmen. Seine politische Rhetorik ist thatcheristisch – will ein korruptes System aufbrechen und schwache konservative Eliten zugunsten eines energischeren Ansatzes zur Seite drängen. Aber er akzeptiert keine radikalen anti-staatlichen Ansichten, auch wenn er staatliche Regulierung kritisiert. Auf Europa bezogen könnte man Trump am ehesten mit einer Kombination aus Margaret Thatcher und Marine Le Pen vergleichen.

Sollte Donald Trump der nächste Präsident der USA werden, wie würde es ihm gelingen, zwischen seiner populistischen Programmatik, der »Tea Party« und dem Partei-Establishment eine Balance herzustellen?

Es ist verfrüht, ihn als Präsidenten zu betrachten. Wir sollten uns stattdessen ansehen, wie er sich in seiner Rolle als vermutlicher republikanischer Präsidentschaftskandidat verhält. Er bemüht sich, Unstimmigkeiten mit dem Mitte-Rechts-Spektrum der republikanischen Partei, das nach der Niederlage in den Vorwahlen immer noch in einem Schockzustand ist, zu bereinigen. Auch wenn manche verlautbart haben, dass sie sich einer Unterstützung Trumps widersetzen werden, haben sehr wenige ihre Bereitschaft erklärt, Hillary Clinton zu unterstützen. Trump wird einige Probleme mit der »Tea Party« bekommen, weil er in wirtschaftspolitischen Fragen nicht so weit rechts steht wie sie. Aber diese Strömung hat keine Alternative und sie befürwortet auch zumindest Trumps vehemente Ablehnung ‹des Systems›.

US-Comedian Bill Maher hat argumentiert, dass Ted Cruz sehr wohl der schlimmste Präsident werden könnte, den die USA je haben werden, aber Trump sehr wohl der letzte Präsident sein könnte, den die USA je haben werden. Was ist Ihre Einschätzung zu Ted Cruz?

Während diese Frage mittlerweile nicht mehr aktuell ist, verdient sie trotzdem eine kurze Antwort. Bill Maher steht beispielhaft für viele KritikerInnen Trumps, die mit den »Demokraten« sympathisieren und die während des langen Vorwahlprozesses die Meinung vertreten haben, dass jeder andere besser wäre als Donald Trump. Ted Cruz stand und steht in einem konventionellen Links-Rechts-Schema definitiv in vielen, wenn nicht gar den meisten Themen rechts von Donald Trump. Das gleiche gilt für Marco Rubio. Das Argument ist also, dass Trump nicht nur unsympatisch ist, sondern dass er – im Gegensatz zu anderen konservativeren Kandidaten – in gewisser Hinsicht eine Gefahr für Verfassungsnormen darstellt.
Das wird bei der Präsidentschaftswahl ein starkes Argument gegen Trump sein, das von manchen Konservativen, vielen VertreterInnen der politischen Mitte und natürlich den »Demokraten« vorgebracht werden wird. Es wird möglicherweise darin effektiv sein, Trump dazu zu drängen, in der Folge zwischen seinem Poltern und seinem maßgeblichen Vorhaben, die Verfassungsnormen zu bedrohen, zu differenzieren. Clinton wird, obwohl sie als ethisch fragwürdig wahrgenommen wird, in einer guten Position sein, eine so skizzierte Argumentation zu vertreten. Teile der Sanders-AnhängerInnenschaft (deren Rufe nach einer ‹politischen Revolution› sich manchmal mit Trumps Rhetorik überschneiden) werden hier zur Belastung werden, aber spätestens bis August oder September werden sie kein gewichtiger Faktor mehr sein, der fähig ist, eine breite Kritik an Trumps autoritären Tendenzen zu disqualifizieren.
Seit Trumps Erscheinen als landesweiter Kandidat haben Analysten wiederholt sein unmittelbar bevorstehendes Scheitern prophezeit. Doch es ist zu früh, eine Vorhersage zu machen: es herrscht eine starke Stimmung gegen die aktuelle Regierung, eine wirtschaftliche Lage, die AmtsinhaberInnen kaum zugute kommt (und Clinton führt ihre Kampagne de facto als Amtsinhaberin) und eine demokratischen Kandidatin, die sehr unterschiedliche Reaktionen auslöst. Würde die Wahl im Juli abgehalten – also nach den Parteitagen und in der momentanen politischen Konstellation – würde Trump ein gutes Ergebnis erzielen, aber sein Ziel nicht erreichen. Er könnte jedoch weiterhin eine wichtige Figur in der politischen Landschaft bleiben. Eine solche Einschätzung birgt Gefahren für die »Demokraten«. Diese wiegen sich in falscher Sicherheit und meinen, sie könnten gewinnen, ohne mehr tun zu müssen, als Trump als Rassisten und Tyrannen zu brandmarken.

Vielen Dank für das Interview!

Übersetzung durch Mark Braumeister im Juni 2016

Im Mainstream angekommen

von Stephen Piggott

In den USA sind antimuslimische Ressentiments und Aktivitäten im Aufwind. Angetrieben von ‹Hate Speech› und Verschwörungstheorien haben sie ihren Weg in den Mainstream gefunden; vor allem während des Wahlkampfes im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2016. Es ist nicht überraschend, dass auf aggressive Rhetorik Handlungen folgen. Amerikanische Muslimas und Muslime sowie jene, die als solche wahrgenommen werden, sind regelmäßig Gewalt und Einschüchterung ausgesetzt. Das in Washington DC ansässige parteiunabhängige »Institute for Policy and Understanding« hat festgestellt, dass antimuslimische Ressentiments nicht etwa nach islamistischen Terrorangriffen stark ansteigen, sondern während der Wahlkämpfe. 2016 ist das nicht anders. Die zwei Spitzenkandidaten der »Republikanischen Partei«, der erfolgreiche Donald Trump und der abgeschlagene Senator Ted Cruz, haben jeweils BeraterInnen mit antimuslimischer Agenda in ihrem Team und sorgen für die Verbreitung solcher Meinungen in der amerikanischen Öffentlichkeit. Wenn Hass Teil des Mainstreams wird, wächst das Potential für Gewalt und Bedrohungen. Dieses vergiftete Klima hat sich schon vor 2015 und 2016 aufgebaut, als solche Rhetorik zunehmend normalisiert wurde. Die ‹Hate Crime›-Statistik des FBI von 2014 zeigt, dass diese in allen Kategorien außer antimuslimischen Vorfällen rückläufig waren. Die »Bridge Initiative« an der Georgetown University hat kürzlich einen Bericht veröffentlicht, der detailliert auf antimuslimische Vorfälle im Jahr 2015 eingeht. Der Bericht umfasst »174 erfasste Vorfälle von antimuslimischer Gewalt und Vandalismus, darunter: 12 Morde, 29 physische Angriffe, 50 Drohungen gegen Personen oder Institutionen, 54 Fälle von Vandalismus oder Zerstörung von Eigentum, 8 Brandstiftungen und 9 Schuss- oder Bombenangriffe sowie weitere Vorfälle.«

»ACT for America«

Die Organisation »ACT for America« (ACT), 2007 von Brigitte Gabriel gegründet, welche regelmäßig Muslimas und Muslime mit TerroristInnen gleichsetzt, ist zu einer der größten antimuslimischen Basisbewegungen erwachsen. Landesweit gibt es eigenen Angaben nach mehr als 1.000 Gruppen mit über 250.000 Mitgliedern. Gabriel behauptet, die Organistation als Antwort auf die Angriffe am 11. September 2001 gegründet zu haben. ACT diene »der Bildung von Bürgern und gewählten Beamten, um Einfluss auf die Politik in Bezug auf nationale Sicherheit und den Sieg über den Terrorismus zu nehmen«. Dabei ist ACT stets dem Ziel treu geblieben, antimuslimische Gesetzgebungen auf der Bundes- und Kommunalebene voranzutreiben und zu unterstützen, sowie gleichzeitig die amerikanische Öffentlichkeit mit Verschwörungstheorien, Ängsten und haltlosen Behauptungen zu versorgen. ACT organisiert einen breiten öffentlichen Widerstand auf der Landes- und Kommunalebene durch Proteste – zum Beispiel gegen Schulbücher, die gegenüber dem Islam als zu »gefällig« angesehen werden. Die bundesweite Führung von ACT ist gleichzeitig auf föderaler Ebene aktiv, indem sie Gesetze zur nationalen Sicherheit mit »hoher Priorität« kennzeichnet und ihre Mitglieder darum bittet, bei ausgewählten BeamtInnen für die Unterstützung dieser Gesetze zu werben. 2015 erklärte ACT zur ‹Flüchtlingskrise des europäischen Kontinents›, dass »Europa bis 2050 nicht mehr Europa sein wird. Europa ist schon zu Eurabien geworden. Europa ist momentan Eurabien«. Seit 2010 veranstaltet ACT jährlich bundesweite Konferenzen in Washington DC. Die Konferenz, die im Capitol stattfindet, beinhaltet ein »Briefing zur Gesetzgebung«. Auf diesem nehmen sich BundesbeamtInnen Zeit, den ACT-AktivistInnen in Fragen der nationalen Sicherheit Rede und Antwort zu stehen.

»Center for Security Policy«

Das 1988 gegründete »Center for Security Policy« (CSP) ist ein Think Tank der antimuslimischen Bewegung. Es ist für Äußerungen wie diese bekannt, dass eine geheimnisvolle »muslimische Bruderschaft« alle Ebenen des Staates infiltriert habe, ebenso wie für die Warnung vor einer »schleichenden Scharia« oder islamischen Religionsgesetzen, die eine Bedrohung der amerikanischen Demokratie darstellen würden.
Das CSP veröffentlicht Umfragen und Berichte, welche das Verbot der Einwanderung von Muslimas und Muslimen in die USA fordern und AmerikanerInnen dazu ermutigen, sich gegen den Bau von Moscheen in ihren Städten zu wehren. Wie ACT ist auch CSP auf lokaler und bundesweiter Ebene aktiv. Der Gründer von CSP, Frank Gaffney, und seine leitenden Angestellten haben kein Problem damit, ihre antimuslimischen Ansichten zu veröffentlichen und sind bereit, mit der extremen Rechten zu kooperieren, um ihre Ziele zu erreichen. Im September 2015 lud Gaffney den weißen Nationalisten Jared Taylor in seine Radiosendung ein, um über die syrische Flüchtlingskrise zu sprechen. Taylor gilt als bekanntester Wortführer der »White Nationalist«-Bewegung. Während des Interviews bezeichnete Gaffney dessen Webseite »American Renaissance« als »wunderbar« und fragte: »Ist es der Tod von Europa, den wir hier im Moment sehen; im Kontext dieser Migration, dieser Invasion?«
Wenn es um enge Beziehungen zu PolitikerInnen geht, ist CSP nicht anders als ACT. Gaffney geht jeden Tag ans Mikrofon, um seine Sendung »Secure Freedom« zu moderieren. Dabei ist er nicht am politischen rechten Rand aktiv. Dutzende von gewählten BeamtInnen sind schon zu ihm in die Sendung gekommen, um über Themen wie die syrische Flüchtlingskrise oder den »radikalen Islam« zu sprechen. Fast alle führenden KandidatInnen der »Republikanischen Partei« für die Präsidentschaftskandidatur 2016 haben bei einem oder mehreren von Gaffneys Veranstaltungen gesprochen oder eine Videobotschaft geschickt. In der Vergangenheit hat er antimuslimische Versammlungen organisiert, welche auch gewählte BeamtInnen als Gäste besuchten. In den zurückliegenden Jahren sind er und seine Organisation näher an Ted Cruz herangerückt, mit dem er bei antimuslimischen Versammlungen oft die Bühne teilte. Im September 2014 sprach Cruz per Videobotschaft bei einem von CSP mitveranstalteten Aktionsgipfel und im Februar 2015 beim »Defeat Jihad«-Gipfel der CSP. Zudem hielt Gaffney vier Aktionsgipfel zur nationalen Sicherheit in den Bundesstaaten Nevada, South Carolina, New Hampshire und Iowa ab, die alle entscheidenden Bundesstaaten bei den Vorwahlen sind. Cruz nahm an der ersten Veranstaltung in South Carolina teil und war per Videobotschaft bei den anderen drei zugeschaltet. Das Engagement hat sich für Gaffney gelohnt: Am 17. März wurde er in die »National Security Coalition« von Cruz berufen. Ebenfalls Berater ist das laut der »Los Angeles Times« hochrangige CSP-Mitglied Joseph E. Schmitz. Er arbeitete zuvor drei Jahre als Generalinspekteur des Pentagon, bevor er wegen Untersuchungen gegen ihn zurücktrat. Am 22. März wurde er in das BeraterInnenteam von Donald Trump berufen. Schmitz ist als Gast in Gaffneys Radiosendung aufgetreten und hielt im Juni 2013 eine Rede bei einer CSP-Veranstaltung. Das CSP hat auch ein von ihm verfasstes Buch veröffentlicht, welches den Titel »Inspector General Handbook« trägt. Ebenfalls am 22. März gab Trump bekannt, dass Walid Phares Teil seines Beratungsteams ist. Phares ist libanesischer Christ und hat eine beunruhigende Vergangenheit. Nachdem er 2011 von Cruz in dessen Beratungsteam zum Nahen Osten berufen wurde, berichtete die Nachrichtenagentur »Mother Jones«, dass Phares »ein hoher politischer Funktionär einer sektiererischen religiösen Miliz war, welche für Massaker während des brutalen, 15 Jahre langen Bürgerkriegs im Libanon verantwortlich war«. Phares hat bei mehreren Veranstaltungen der CSP gesprochen, darunter beim »National Security Group Lunch« im Februar 2015; auch er war Gast in Gaffneys Radiosendung.

»David Horowitz Freedom Center«

Das »David Horowitz Freedom Center« (DHFC) ist zu einem wichtigen Geldgeber für antimuslimische Stimmen und Ideologien geworden. Horowitz, der früher als linksliberal galt, sieht nun überall radikale Islamis-



tInnen. Für ihn sind muslimische Studierendengruppen »Teil der Muslimbruderschaft, welche die Quelle des terroristischen Jihads gegen den Westen sind«. Er finanziert den profilierten antimuslimischen Gelehrten Robert Spencer und dessen Online-Magazin »Frontpage«, das eine der beliebtesten verschwörungstheoretischen Internetseiten der extremen Rechten ist.

Der Fanatismus von Horowitz richtet sich nicht ausschließlich gegen Menschen mulimischen Glaubens. Auch schwarze AmerikanerInnen wurden Ziel seiner Angriffe. 2014 schrieb er bei Twitter: »Ich habe schwarze Rassisten von Sharpton bis Samuel Jackson satt, die Lügen über Weiße und die Polizei verbreiten und zu deren Ermordung anstacheln«. Auch Horowitz trifft sich regelmäßig mit PolitikerInnen. Zweimal im Jahr veranstaltet sein »Freedom Center« extravagante Veranstaltungen in 5-Sterne-Hotels in den gesamten USA. Die Veranstaltungen bieten die von der extremen Rechten geschürten Ängste, gemischt mit Besuchen von prominenten politischen Persönlichkeiten an. Die jährlichen Veranstaltungswochenenden, »Restoration Weekend« und »The Retreat«, von Horowitz bestehen größtenteils aus Reden von bedeutenden und berüchtigten Persönlichkeiten antimuslimischer und einwanderungsfeindlicher Kreise in den USA, wie Pamela Geller, Mitbegründerin der ‹Hate Group› »Stop the Islamization of America«. Zu den prominenten TeilnehmerInnen gehörten Ted Cruz, Michelle Bachmann, der ehemalige UN-Botschafter der Bush Regierung, John Bolton, und der ehemalige Gouverneur von Texas, Rick Perry.

Senator Jeff Sessions, einer der am unverblümtesten antimuslimisch und einwanderungsfeindlich auftretenden Bundesbeamten, erhielt 2014 die »Daring the Odds«-Auszeichnung des DHFC für seine Anstrengungen gegen eine befristete Aufenthaltserlaubnis in den USA für jugendliche MigrantInnen ohne Ausweispapiere. Zu den bisher ausgezeichneten Personen gehört auch Pamela Geller, die auch Vorsitzende der »American Freedom Defense Initiative« ist. Im Oktober 2015 zeichnete das CSP Sessions mit dem »Keeper of the Flame«-Preis aus. Im September 2015 griff er Präsident Obamas Pläne bezüglich der Umsiedlung von syrischen Flüchtlingen in die USA an und sagte: »Es ist auch berichtet worden, dass drei von vier derer, die eine Umsiedlung aus dem Nahen Osten wünschen, keine Flüchtlinge sind, sondern Wirtschaftsimmigranten aus vielen Ländern«. Jeff Sessions wurde am 3. März 2016 in das Beratungsteam zur nationalen Sicherheit von Trump berufen.

Im Mainstream angekommen

Trotz ihrer offenen und klar erkennbaren Stimmungsmache genießen ACT, das CSP und das DHFC Glaubwürdigkeit im Mainstream – auch durch die engen Verbindungen zu gewählten BeamtInnen auf der Bundes- und Kommunalebene. Leider verschaffen auch Mainstream-Medien WortführerInnen wie Gaffney und Brigitte Gabriel weitere Legitimität, indem sie diese zu Sendungen einladen, um über Themen wie nationale Sicherheit und Terrorismus zu sprechen, vor allem nach islamistischen Anschlägen. Wenn antimuslimische ‹Hate Groups› PräsidentschaftskandidatInnen beraten, dann ist es nicht verwunderlich, dass diese deren Meinung übernehmen, was gravierende Konsequenzen haben kann. Im Dezember 2015 forderte Donald Trump ein Verbot jeglicher Einwanderung von Muslimas und Muslimen in die USA. Ted Cruz ist dem Beispiel gefolgt. Nach den Anschlägen in Brüssel sagte er: »Wir müssen die Vollzugsbehörden dazu berechtigen, in muslimischen Vierteln zu patrouillieren und diese zu sichern, bevor sie sich radikalisieren«.

Solche Aussagen von Präsidentschaftskandidaten sind lediglich die aktuellsten Beispiele für antimuslimische Rhetorik, die den Sprung von ‹Hate Groups› in den Mainstream des politischen Diskurses geschafft haben. Dabei ist diese Transformation keineswegs dem Zufall geschuldet, sondern Ergebnis jahrelanger Vorarbeit und Planung der genannten Personen und Initiativen.

Mit der syrischen ‹Flüchtlingskrise› geht eine Gegenreaktion einher, welche von antimuslimischen Gruppen organisiert wird, vor allem von ACT. In den vergangenen Monaten haben Ortsverbände in vielen Bundesstaaten, darunter Montana und Washington, flüchtlingsfeindliche Kundgebungen abgehalten. Eine mögliche Umsiedlung syrischer Flüchtlinge in verschiedene Teile der USA war Anlass genug, um Flüchtlingsorganisationen einzuschüchtern und mit dem Tode zu bedrohen.

Ein weiterer beunruhigender Trend, der sich seit dem vergangenen Jahr abzeichnet, ist die Intensivierung antimuslimischer Rhetorik und Organisation von Gruppen aus der regierungsfeindlichen Milizbewegung. Dies ist am deutlichsten bei den sogenannten »Three Percenters« geworden, welche eine lose Vereinigung verschiedener Milizgruppen darstellt, die sich für die neue Avantgarde amerikanischer »Patrioten« hält und in die Fußstapfen der angeblichen drei Prozent der Bevölkerung treten will, die während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges zu den Waffen gegriffen haben sollen. »Three Percenters«-Gruppen haben in den letzten Monaten bewaffnete Proteste vor Moscheen und Flüchtlingsbüros organisiert und im November 2015 sind sie in der Stadt Olympia im Bundesstaat Washington als Sicherheitspersonal für Antiflüchtlingsveranstaltungen von zwei Ortsverbänden von ACT aufgetreten.

Stephen Piggott ist Analyst und Research Team Manager beim »Southern Poverty Law Center«. Übersetzung durch »der rechte rand«.

»U.S. Patriot Movement«

Die ländlichen Gebiete in den USA befinden sich im Umbruch. In vielen Bereichen wird dies als Krise empfunden. Neoliberale Politik, strengere Umweltgesetze sowie Technisierung der Forst- und Landwirtschaft haben in den einst wohlhabenden Gegenden zu Unmut geführt. Ein Nährboden für die »Patriotenbewegung«, die vor allem wegen ihrer ländlichen Politik und liberalen Positionen zum Waffenbesitz Zuspruch erhält.

von Spencer Sunshine



Unter der Bezeichnung »Patriot Movement« (»Patriotenbewegung«, PM) wird eine extrem rechte Variante politischer Tradition in den USA gefasst. Im Januar 2015 betrat diese das Rampenlicht der Medien, indem bewaffnete Kämpfer der »Milizbewegung« (MB) in Oregon für 41 Tage das Verwaltungsgebäude eines Naturschutzgebietes besetzten. Die Forderung: Land im Bundesbesitz soll ohne die Berücksichtigung von Umweltauflagen oder anderen Einschränkungen für Viehzucht an die lokalen Behörden übertragen werden. Das bekannteste Ereignis war jedoch 1994 der Anschlag der MB auf ein Bundesgebäude in Oklahoma City, bei dem 168 Menschen starben.

Liberalismus und Rassismus

Die PM beruft sich auf eine wörtliche Auslegung der US-Verfassung, die, wie sie behauptet, fast die gesamte Struktur der aktuellen US-Bundesregierung verbietet. Ihr Gegenentwurf plädiert für einen gänzlich deregulierten Kapitalismus, der jegliche staatliche Interventionen als »Marxismus« ablehnt. Das Bundeseigentum der meisten öffentlichen Flächen und jegliche Regulierung des privaten Waffenbesitzes sei eine Verletzung der Verfassung. Das gelte auch für Bundesbehörden, die Wirtschaft, Umweltschutz, ArbeitnehmerInnenrechte, Gesundheit und Sicherheit regeln oder die sich für BürgerInnenrechte von diskriminierten Gruppen engagieren. Daneben ist die PM ein Sammelbecken mit einer Agenda aus populistischer Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und Verschwörungstheorien. So wird behauptet, die US-Regierung nutze ein UN-Leitpapier zur nachhaltigen Entwicklung, um erstens mittels Umweltpolitik die ländliche Bevölkerung in die Städte zu vertreiben – wo sie entwaffnet und interniert werden solle – und um zweitens eine Invasion der Vereinten Nationen oder Chinas zu ermöglichen.

Amerikanischer statt europäischer Nationalismus

Seinen Ursprung hat das »Patriot Movement« in einer Gruppe aus den 1970er Jahren. Die »Posse Comitatus« (lat. »Macht des Landes«, PC) wurde damals vom rassistischen und antisemitischen Aktivisten William Potter Gale gegründet und hatte zu Höchstzeiten 50.000 AnhängerInnen. Gale wollte eine Politik der weißen Vorherrschaft und des Antisemitismus entwickeln, die sich von Neonazis und autoritären, europäischen Ansätzen unterscheidet. Er forderte eine Dezentralisierung und berief sich auf das liberale US-System des 19. Jahrhunderts. Ein Kernstück dessen war der County Sheriff, der entscheiden solle, welche Gesetze verfassungskonform seien. Damals wurden Bundesgesetze zu Bürgerrechten und Umweltschutz verabschiedet, die so hätten umgangen werden können. Außerdem lehnte Gale alle Änderungen der 1791 verabschiedeten »Bill of rights« und damit die Staatsbürgerschaft für Afro-AmerikanerInnen und das Frauenwahlrecht ab. Zudem wollte er paramilitärische Milizen bilden und Sondergerichte einführen, die mit PC-Sympathisanten besetzt werden sollten, um BeamtInnen wegen Verrats anzuklagen. Das einzige Strafmaß, das diese Sondergerichte für den Fall einer Verurteilung festlegten, war Mord oder Entführung.

Diese Verfassungsauslegung wurde später vom »Sovereign citizen movement« (»Bewegung souveräner Bürger«), das auch »Freemen on the Land«-Bewegung genannt wird, übernommen. Zwar nahm deren Zuspruch Ende der 1970er Jahre ab, doch mit der Krise der Landwirtschaft und Zwangsenteignungen kleiner Agrarbetriebe im Mittleren Westen in den 1980er Jahren kam es zur Wiederbelebung der Bewegung. So konnte die PC neue AnhängerInnen rekrutieren; unter anderem kursierte die Behauptung, eine internationale Verschwörung jüdischer Banker stecke hinter den Enteignungen.

Paramilitärischer Kampf

Die sich Anfang der 1990er Jahre konstituierende »Milizenbewegung«, die die Bildung lokaler paramilitärischer Gruppen gegen die ‹Tyrannei› der Regierung zum Ziel hatte, kann als dritte Welle des »Patriot Movement« betrachtet werden. Unter dem Banner des PM versammelten sich unterschiedliche rechte Richtungen, wie weiße RassistInnen, AbtreibungsgegnerInnen, WaffenrechtsaktivistInnen, Steuer- und StaatsgegnerInnen oder AnhängerInnen der »Bewegung souveräner Bürger«. Offener Rassismus und Antisemitismus wurden zwar nur von einer Minderheit propagiert, waren aber weiterhin präsent.

In diesem Zeitraum kam auch der Einfluss der 1958 gegründeten »John Birch Society« (JBS), einer rechten, wirtschaftslibertären und antikommunistischen Gruppe zum Tragen. Sie kämpft gegen die Errichtung der »New world order«, nach der eine »finstere Verschwörung der Illuminaten« die Abschaffung von Religion und Moral plane. Generell wittert die JBS überall im Lande eine kommunistische Verschwörung, allen voran in der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre.

Für den raschen Zuwachs der MB waren zwei Ereignisse fördernd: Ruby Ridge und Waco (siehe Seite 15). Danach übte sich die Regierung in Zurückhaltung und ließ die MB größtenteils gewähren. Während die MB zu Spitzenzeiten zwischen 20.000 und 60.000 aktive Mitglieder und etwa fünf Millionen SympathisantInnen hatte, verlor sie unter George W. Bushs



Präsidentschaft ab 2000 und nach den Anschlägen vom 11. September 2001 an Attraktivität.

Die vierte Welle

Dass rechte Bewegungen in Zeiten liberaler Regierungen erstarken, zeigte sich 2008 mit der Wahl von Barack Obama zum Präsidenten. Das PM erwachte zu neuem Leben. Zwar wurden neue politische Formen entwickelt und Islamfeindlichkeit war nun ein zentrales Thema, aber die von Gale entwickelten Ideen genossen weiterhin hohe Popularität. Diese vierte Welle wurde hauptsächlich von fünf Gruppen getragen. Die 2009 gegründeten »Oath Keepers« (»Bewahrer des Eides«) schwören, »die Verfassung zu verteidigen«. Die Organisation behauptet, 40.000 Mitglieder zu haben, die sich hauptsächlich aus MitarbeiterInnen und Ehemaligen von Polizei, Militär und Sanitätsdienst zusammensetzen. BeobachterInnen hingegen halten eine Zahl von 2.000 Mitgliedern für realistisch. Zu ihrem verschwörungstheoretischen Manifest gehört der Schwur, aus ihrer Sicht verfassungswidrige Dienstanweisungen nicht zu befolgen. Damit wenden sie sich vor allem gegen eine Entwaffnung »des amerikanischen Volkes«. Von der Öffentlichkeit wurde die Gruppe insbesondere im August 2015 wahrgenommen, als schwerbewaffnete Weiße durch Ferguson patrouillierten – am ersten Jahresgedenktag des durch einen weißen Polizisten erschossenen Afro-Amerikaner Michael Brown.
Ein weitere Gruppe ist die 2011 vom ehemaligen County Sheriff Richard Mack gegründete »Constitutional Sheriffs and Peace Officers Association« («Vereinigung verfassungstreuer Sheriffs und Friedenspolizisten«, CSPOA). Mack sitzt zudem im Vorstand der »Oath Keepers« und tritt wie Gale dafür ein, dass PolizistInnen der Bundesstaaten US-Gesetze nicht umsetzen müssen. Weiter zurück in die US-Geschichte greifen die »Three Percenters« (»Drei Prozent«). Der Name bezieht sich auf die mythische Zahl der amerikanischen Kolonialisten, die während der amerikanischen Revolution gegen die Briten zu den Waffen gegriffen haben. Die Gruppe wurde 2008 von Mike Vanderboegh in Form dezentraler Milizen mitbegründet, um eine Unterwanderung durch die Strafverfolgungsbehörden zu umgehen. Ideologisch stehen die »Three Percenters« den »Oath Keepers« nahe, wobei die Islamfeindlichkeit bei ihnen eine wesentlich stärkere Rolle spielt.
Zudem sind die »Sovereign Citizens« (»Souveräne Bürger«) aktiv, die auf 100.000 AnhängerInnen und doppelt so viele SympathisantInnen geschätzt werden. Sie schließen an die Rechtsauslegung von Gale an, gehen aber weiter und betrachten die USA in ihrer jetzigen Form als illegal. Zwar soll der föderale Charakter erhalten bleiben, Kongress und Präsident weiterhin die Grundrechte garantieren und das Militär kontrollieren, aber die Entscheidung über die Umsetzung von Gesetzen obliege lokalen Regierungen. Im Handeln der »Sovereign Citizens« zeigen sich Parallelen zu den deutschen »Reichsbürgern«: die »Sovereign Citizens« verweigern den Behörden bei jeder Möglichkeit ihre Kooperation und kommen häufig mit dem Gesetz in Konflikt, bis hin zu Schießereien mit Todesopfern.

Neuer Aufwind

Die zu neuem Leben erwachte Bewegung erreichte im Jahr 2011 ihren Höhepunkt und war danach abermals im Niedergang begriffen, bis sich im April 2014 der Viehzüchter Cliven Bundy aus Nevada weigerte, für die Benutzung öffentlichen Landes Weidegebühren zu zahlen. Als die Bundesbehörden sein Vieh beschlagnahmen wollten, rief er nach dem »Patriot Movement« und setzte sich schließlich durch. Dieser einfache Sieg hatte Vorbildcharakter und polarisierte. Denn in einigen westlichen Staaten gehören über fünfzig Prozent der Ländereien dem Bund. Seit Jahren versucht die »Republikanische Partei« diese an die Bundesstaaten zu übertragen, um Vorschriften für Bergbau und Viehzucht zu umgehen. Im Januar 2016 hielten Aktivisten des PM schließlich einen Protestmarsch in Oregon ab. Anlass war eine Gefängnisstrafe gegen zwei Viehzüchter, die nach Antiterrorgesetzen verurteilt wurden, weil sie Flächen in Brand gesteckt hatten, auf denen sie Weiderechte hatten.
Am Ende des Marsches besetzte eine kleine Gruppe bewaffneter Aktivisten, darunter der Farmerssohn Ammon Bundy und der Islamhasser Jon Ritzheimer, den Sitz des »Malheur National Wildlife Refuge«. Sie forderten die Freilassung der Viehzüchter. Bei der 41 Tage dauernden Belagerung, die große mediale Aufmerksamkeit erfuhr, wurde ein Besatzer erschossen. Im September sollen die Gerichtsverfahren beginnen.

Militante Vorhut der Republikaner

Zwar erscheinen die 200.000 PM-AktivistInnen im Vergleich zu 350 Millionen US-BürgerInnen wenig, aber dies schmälert nicht ihre Bedeutung. Im Rennen um die Nominierung zur Präsidentschaftswahl und durch die Ereignisse in Oregon wurde deutlich, dass die Bewegung de facto eine militante Vorhut der »Republikanischen Partei« darstellt. Gerade ihr Widerstand gegen den Landbesitz des Bundes macht das PM in den westlichen Staaten mittlerweile anschlussfähig. Allerdings haben ihre kompromisslosen AktivistInnen bei Wahlen nur wenig Aussicht auf Erfolg, wie die Vorwahlen in Oregon im Mai 2016 gezeigt haben. Stattdessen beziehen sich prominente und einflussreiche VertreterInnen der »Republikaner« positiv auf das PM. Die Präsidentschaftskandidatur des rechten rassistischen Demagogen Donald Trump hat etwas losgebrochen. Fremden- und Islamfeindlichkeit – bis vor einem Jahr in den Medien nahezu tabu – sind mittlerweile regelmäßig Thema. Und Trump war nicht der einzige Kandidat, der die Forderungen des PM während der Besetzung in Oregon seinerseits wiederholte.
Zwar gibt es keine eindeutige Strategie des »Patriot Movement« für die Zeit nach der Präsidentschaftswahl. Doch sollte Trump gewinnen, sind zwei Szenarien denkbar: ein Rückgang der Aktivitäten oder größere Freiräume durch die ideologische Nähe zur Regierung. Im Falle einer Niederlage Trumps ist nur schwer vorstellbar, dass sich die zum Teil schwer bewaffnete Bewegung widerspruchslos zurückzieht. Manche sprechen jetzt schon einer »zweiten amerikanischen Revolution«.

Spencer Sunshine beschäftigt sich seit 25 Jahren mit der extremen Rechten. Zur Zeit ist er für »Political Research Associates« in Boston tätig. Übersetzung durch »der rechte rand«.

»White Supremacy« gegen Obama

Die Wahl des ersten schwarzen Präsidenten in der Geschichte der USA im Jahr 2008 hatte eine hohe symbolische Wirkung für die extreme Rechte des Landes. Während Barack Obama einerseits als Feindbild sondergleichen gilt, wurde in seiner Wahl auch ein großes Potential für die eigenen politischen Bewegungen gesehen.

von Carl Kinsky



< *Wahlkampf für Obama 2008 in Philadelphia*

Kurz nach der Wahl Obamas zum 44. Präsidenten der USA im Jahr 2008 sagte der bekannte »white supremacist« (Anhänger einer weißen Vorherrschaft) und ehemaliges Mitglied des »Ku Klux Klan« (KKK) David Duke in einer Internetradiosendung auf »Stormfront«, einer der größten und ältesten rassistischen Seiten, die Grundwerte des Landes seien verloren gegangen, und das Land sei nicht mehr zu erkennen. Ähnliches dachten wohl auch Paul Schlesselman und Daniel Cowart, zwei Neonazis, die vor der Wahl 2008 planten, Obama und 87 weitere AfroamerikanerInnen zu ermorden. Auch der dem KKK nahestehende Glenn Crawford und sein Komplize Eric Feight planten 2013 eine Anschlagsserie gegen die »Feinde der USA und Israels« (vor allem gegen MuslimInnen und den Präsidenten). Obwohl Obama oftmals als größtes Feindbild der »white supremacy« gesehen wird, sind die Ansichten innerhalb der extremen Rechten in den USA zu diesem Thema durchaus differenzierter zu betrachten.

Obama als »Chance«

Jeff Schoep, Anführer der größten neonazistischen Organisation in den USA, des »National Socialist Movement« (NSM), schrieb kurz nach der ersten Wahl Obamas ein Positionspapier mit dem Titel »Why Obama is Good for Our Movement« (»Warum Obama gut für unsere Bewegung ist«). Darin vertritt er die These, die Wahl Obamas sei eine Chance für die neonazistische Bewegung, da seine Präsidentschaft eine breite Angriffsfläche biete und seine Politik die weiße Bevölkerung erzürne. Beiläufig bemerkte er auch, der geplante Anschlag von Schlesselman und Cowart sei glücklicherweise missglückt. Schoeps Ansatz wird auch von anderen im NSM vertreten. In einem Interview 2015 drückte Brian Culpepper vom NSM in Tennessee seine Wut über die Präsidentschaft Obamas aus, da die USA eine »weiße Nation, gegründet von und für Weiße« sei. Eben diese Wut versucht die NSM durch rassistische politische Agitation im Sinne eines »Rassenkrieges« zu schüren, vor allem nach dem rassistischen Massaker am 17. Juni 2015 auf afroamerikanische Gemeindemitglieder der »Emanuel African Methodist Episcopal Church« in Charleston (im Bundesstaat South Carolina). Damals erschoss der 21-jährige »white supremacist« Dylann Roof neun Menschen. Zuletzt koordinierte Schoep im April 2016 die Gründung einer bundesweiten Dachorganisation konkurrierender »white supremacists« im Bundesstaat Georgia, darunter die NSM, der KKK und die »Aryan Nations« (AN), die sich »Aryan Nationalist Alliance« nennt.

Im Gegensatz zu Schoep bewertete Tom Metzger, Gründer von »White Aryan Resistance« (»Weißer Arischer Widerstand«, WAR), die Präsidentschaft Obamas vermeintlich positiv. Einem in der extremen Rechten populären Deutungsmuster folgend, behauptete er in einem Interview im Juni 2008 mit Verweis auf Obamas Autobiographie, dieser sei ein Rassist, auch wenn er seine wahren Ansichten verheimliche. Er, Metzger, habe keine Probleme mit schwarzen Rassisten. Dieser vermeintlich positive Bezug zu Obama kann nur im Kontext der Querfrontstrategien von Metzger verstanden werden. Damit propagiert er seit 1985 im Sinne des »racial separatism« (»Rassenseparatismus«) die Zusammenarbeit mit extrem rechten schwarzen nationalistischen Organisationen wie der »Nation of Islam« (NOI), wobei insbesondere der Antisemitismus einen wichtigen gemeinsamen Bezugspunkt darstellt. Metzger beteuert, transnationale Konzerne (verkürzt »das System«) mehr zu hassen als Menschen schwarzer Hautfarbe. Auch das darf als Teil einer Querfrontstrategie verstanden werden, um sich Sympathien außerhalb der extremen Rechten zu er-

werben. Allerdings bringt sich Metzger in eine widersprüchliche Position: auf der einen Seite der positive Bezug auf den angeblichen »Rassismus Obamas«, andererseits sein Hass auf »das System«, dessen höchster Repräsentant wiederum Präsident Obama ist.

»Nur ein weiterer Meilenstein in die falsche Richtung«

Als lediglich einen »weiteren Meilenstein in die falsche Richtung« fasste der prominenteste weiße Nationalist der USA, Jared Taylor, im April 2016 in einem Interview mit »The Washington Post« die Präsidentschaft Obamas zusammen. Taylor, Journalist und Herausgeber des Online-Magazins »American Renaissance«, vertritt einen selbst definierten »racial realism« (»Rassischen Realismus«). Er nimmt sich selbst als Sprachrohr einer angeblich schweigenden Mehrheit weißer US-AmerikanerInnen wahr und sieht mit dem Ende der Präsidentschaft Obamas seine eigenen rassistischen Theorien bestätigt. Trotz der hohen symbolischen Wirkung eines schwarzen Präsidenten sei ihm von Anfang an klar gewesen, dass dies nicht bedeute, dass »die Gesellschaft sich in irgendeiner Weise (im Sinne einer ethnischen Desegregation) verändern« würde. Er betont, Obama sei ein »Präsident für alle Amerikaner« und kein »‹race man› im traditionellen Sinne«. Taylor sieht in der Politik Obamas mit Blick auf die »illegale Einwanderung« jedoch einen großen Rückschritt für seine Vision einer (mehrheitlich) weißen Nation. Er konstatiert zudem eine Ernüchterung bei dem Versuch, während der Amtszeit Obamas den Rassismus zu überwinden, was er als weitere Bestätigung seiner eigenen Position anführt. So drückt sich die kaum versteckte Freude weißer NationalistInnen darüber aus, dass die Präsidentschaft Obamas nicht zu einem Ende des tief sitzenden Rassismus in der Gesellschaft geführt hat, eine Feststellung, die wiederum zur Propagierung der eigenen rassistischen Vorstellung einer weißen Nation genutzt wird. Folgerichtig unterstützt Taylor auch den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump.

Obama als Projektionsfläche

Nicht nur David Duke verfasste seit 2008 zahlreiche Artikel, die beweisen sollen, dass Obama ein »schwarzer Rassist« sei. Rechte Think Tanks und Organisationen wie das »Council of Conservative Citizens« (CofCC), deren Sprecher Jared Taylor ist, verbreiteten während der gesamten Amtszeit Obamas rassistische Propaganda, wonach er ein »schwarzer Rassist, Moslem, nicht in den USA geboren, wahlweise Sozialist, Kommunist oder Nazi« sei. Der Rechtsterrorist Dylann Roof gab die Propaganda des CofCC als wichtigen ersten Schritt bei der Entwicklung seiner rassistischen Weltsicht an. Bei dem Bundeskongress des CofCC am 7. und 8. Juni 2013 in Winston-Salem im Bundesstaat North Carolina sprach neben Taylor auch Matthew Heimbach, Gründer des »Traditionalist Youth Network« und Mitglied im Vorstand der »League of the South«. Heimbach hielt, mit einer gehalfterten Pistole bewaffnet, eine mit extrem rechten Verschwörungstheorien angereicherte Rede, bei der er für einen politischen Kampf »außerhalb des Systems« eintrat. Er behauptete mit Verweis auf Ruby Ridge und Waco, Obama (ein »Globalist«) lasse dieses Treffen bombardieren, wenn er darin eine ernsthafte Gefahr erkennen würde. Ruby Ridge/Idaho war im August 1992 Schauplatz einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen diversen Behörden auf der einen und der Familie Weaver auf der anderen Seite. Im Verlauf der Auseinandersetzung starben zwei Familienmitglieder und ein Beamter. Ein halbes Jahr später kamen bei der Belagerung und anschließenden Stürmung des Sitzes der »Branch Davidians« (»Stamm Davids«) – einer christlichen Sekte – in Waco/Texas insgesamt 86 Menschen ums Leben, vier davon Vollstreckungsbeamte. Beide Ereignisse haben für die anti-etatistische Rechte eine große Bedeutung, sind sie doch in ihrer Lesart ein Beleg für die Allmacht des Staates.

Heimbach setzt den Plänen »der Eliten« die Forderung der Sezession einer weißen Nation entgegen. Hierin offenbart sich die antisemitische Vorstellung, »die Eliten/Globalisten« (»die Juden«), deren Handlanger Obama demnach sei, versuchten durch »illegale Masseneinwanderung« die »weiße Nation« zu zerstören. Seine Forderungen nach einer ethnisch homogenen weißen und christlichen Nation wiederholte Heimbach im November 2014 bei dem von dem »Stormfront« Gründer Don Black jährlich veranstalteten »Smoky Mountain Summit«, wo er nochmal in aller Deutlichkeit von »judeo-masonic« (»judeo-freimaurerischen«) Kräften sprach. Gerade hier zeigt sich erneut, wie Obama als wichtiges Feindbild der »white supremacy« fungiert.

Anschlussfähigkeit extrem Rechter

Spätestens seitdem Rush Limbaugh – ein konservativer Entertainer, der zu den Bestverdienenden im Lande gehört – während des Wahlkampfs 2008 in seiner Radiosendung mit Vorliebe das Lied »Barack the Magic Negro« abspielte, wurde klar, dass der erste schwarze Präsident der USA eine starke Zunahme mehr oder weniger offener rassistischer Stimmungsmache am rechten Flügel der »Republikanischen Partei« zur Folge haben würde. Dies zeigte sich am deutlichsten bei der sogenannten »Tea Party«-Bewegung ab 2009, die gegenüber Obama ein ähnliches Narrativ wie die extreme Rechte pflegte. Insbesondere griff sie ihn für seine Gesundheits-, Waffenrechts- und Einwanderungspolitik an. Unter anderem wurde unterstellt, mit der Einführung des »Affordable Care Act« (Titel der Gesundheitsreform) würden sogenannte »death panels« (»Todesgremien) eingeführt, die im Einzelfall auf Grundlage der anfallenden Kosten prüfen sollen, ob ältere PatientInnen weiterleben sollen oder nicht. Behauptet wurde auch, »die Nazis« – genauso wie Obama – hätten ein strengeres Waffenrecht eingeführt und Obama bekämpfe nicht die »illegale Einwanderung«. Auch die weitverbreiteten Thesen, wonach Obama kein Bürger der USA (»birther«-Theorie) und/oder in Wirklichkeit ein der »Nation of Islam« nahestehender Moslem sei, fanden sich in den Kreisen der »Tea Party« wieder. Allgemein wurde die Präsidentschaft Obamas als »Tyrannei« empfunden und auch offen als solche bezeichnet. Die »Republikanische Partei« griff zunehmend diese Thesen auf, prominent vertreten durch PolitikerInnen wie die ehemalige Gouverneurin von Alaska, Sarah Palin, die Abgeordnete Michelle Bachmann oder den mehrmaligen Gouverneur von Texas, Rick Perry, aber auch von prominenten ModeratorInnen des rechtskonservativen Nachrichtensenders »FOX News« wie Glenn Beck. All das verhalf der Partei 2014 zu der größten Mehrheit im US-Kongress seit 1931.

Den Worten folgten Taten; in Obamas Amtszeit zeigte sich das unter anderem in dem starken Anstieg regierungsfeindlicher Milizen, die laut Zählung des »Southern Poverty Law Center« (SPLC) von 42 Gruppen im Jahr 2008 auf 334 Gruppen im Jahr 2011 anwuchsen. Nach einem Rückgang auf 202 Gruppen bis 2014 wurde zuletzt ein Anstieg auf 276 Gruppen im Januar 2016 verzeichnet. Auch in der 2009 gegründeten Organisation »Oath Keepers«, bestehend aus aktiven und pensionierten SoldatInnen und PolizistInnen, die schwören, »die Verfassung gegen alle Feinde zu verteidigen, aus dem Aus- wie Inland«, offenbart sich die extrem rechte Furcht vor der angeblichen Zerstörung der USA durch die Präsidentschaft Obamas, wogegen man durchaus auch bereit ist bewaffnet vorzugehen.

Ihre politische Entsprechung findet sich nicht zuletzt in der Kampagne für die Nominierung von Donald Trump zum Präsidentschaftskandidaten der »Republikanischen Partei«, der auch Anhänger der »birther«-Theorie ist. Durch seine nativistische Politik angezogen – vor allem von seinen Plänen, alle nicht dokumentierten EinwanderInnen zu deportieren (circa 11 Millionen Menschen), eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, die Einwanderung von MuslimInnen zu verbieten – und seine durchgängig aggressive Rhetorik (die bisweilen offen rassistisch und sexistisch ist) sowie seine protektionistische Wirtschaftspolitik werben unter anderem »White Supremacists« wie David Duke und Jared Taylor für seine Nominierung. Bis heute distanziert sich Trump nur halbherzig von dieser Unterstützung.

Donald Trump, die »Tea Party« und die »Republikaner«

von Lawrence Rosenthal



Die »Tea Party« wurde einen Monat nach Barack Obamas erster Amtseinführung im Februar 2009 ins Leben gerufen. Die Bewegung setzt sich aus Tausenden spontan gebildeter lokaler Gruppen, einer Handvoll landesweiter Zusammenschlüsse und dem bemerkenswerten Rückhalt reicher, weit rechts stehender UnterstützerInnen und Lobbygruppen zusammen. Im politischen Alltagsgeschäft kommt es sowohl bei lokalen und nationalen Angelegenheiten als auch in ideologischen Fragen zu erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen »Tea Party«-Gruppen. Die ideologischen Differenzen entzünden sich daran, ob ‹soziale Fragen› wie Abtreibung oder die Rolle der Religion in der Politik im Vordergrund stehen sollen oder Fragen der politischen Ökonomie, vor allem Schulden und der Wohlfahrtsstaat.

»Tea Party« und »Republikaner« – eine schwierige Beziehung

Ein Blick auf die Entwicklung der »Tea Party« in den vergangenen sieben Jahren verdeutlicht ihr angespanntes Verhältnis zum Establishment der »Republikanischen Partei«. Innerhalb der »Tea Party« überwiegt die Wahrnehmung, dass die republikanischen Eliten während der Wahlkämpfe zwar ihre Ansichten teilten, um sich die Unterstützung der Bewegung zu sichern, aber dass davon nach der Wahl nur wenig umgesetzt wird. In den letzten Jahren haben die »Republikaner« mit überwältigender Unterstützung der »Tea Party« die Kontrolle über den Kongress übernommen, sowohl über den Senat als auch das Repräsentantenhaus. Dennoch hat sich innerhalb der Bewegung das Gefühl ausgebreitet, verraten worden zu sein – weil es die »Republikaner« nicht geschafft haben, Kernforderungen der »Tea Party« umzusetzen, etwa die Gesundheitsreform, von vielen als »Obamacare« bezeichnet, zu verhindern.

Die Verstimmungen zwischen Bewegung und der »Republikaner«-Elite waren während der Präsidentschaftswahlen 2012 und 2016 besonders heftig. Im Jahr 2012 malten die »Tea Party«-Blogs düstere Untergangsszenarien: Eine Wiederwahl von Obama galt als schierer Horror und als die Bestätigung einer ‹marxistischen, muslimischen Tyrannei›. Dieses Bauchgefühl war zum Glaubenssatz der Bewegung geworden. Einen ‹echten Konservativen› ins Rennen zu schicken, hätte ihrer Ansicht nach den Weg ins Weiße Haus geebnet. Bislang, so drückte es ein Blogger aus, handelte das »Republican National Comitee« jedoch »wie das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei«, um Mitt Romney zu nominieren, den Favoriten des Partei-Establishments.

Strategien der Einflussnahme

Die »Tea Party« hat im Ringen um politische Einflussnahme zwei Strategien entwickelt. Eine davon ist »primarying« – dabei setzt sie bei den parteiinternen Vorwahlen auf KandidatInnen am rechten Rand, um einen RINO (»Republican in name only«/»Republikaner nur dem Namen nach«) als Anwärter für das Präsidentenamt zu verdrängen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen für das Jahr 2016 gelang der Bewegung ein historischer Triumph, als sie bereits zwei Jahre zuvor die Nummer zwei der »Republikaner« im Repräsentantenhaus, Eric Cantor aus Virginia, ausbootete. Die zweite Strategie ist »obstructionism«, eine Blockade- und Verschleppungstaktik, die nicht davor zurückschreckt, den Kongress lahmzulegen. Das gelang 2013 bei der zeitweisen Stilllegung der US-Bundesregierung. Im September 2015 führte diese Taktik zum Sturz des bis dahin mächtigsten republikanischen Politikers in Washington, des Sprechers des Repräsentantenhauses, John Boehner.

Diese Angriffe auf die republikanischen Eliten verdeutlichen, wie entschlossen sich die »Tea Party« auf die Wahlen 2016 vorbereitete. Getrieben wird die Bewegung von der Angst, dass ihnen wieder ein Vertreter des Establishments wie Jeb Bush als Präsidentschaftskandidat präsentiert würde. Tatsächlich steckte 2016 das Verhältnis zwischen »Tea Party« und dem republikanischen Establishment tiefer in der Sackgasse als je zuvor. Auf der Tagesordnung stand ein Thema, bei dem es unüberbrückbare Differenzen gab: Die Einwanderung.

Streitthemen Einwanderung und Gesundheitsreform

Immigration ist ein Thema, bei dem es die »Tea Party« zu einer einheitlichen Position geschafft hat. Ein weiterer Aspekt war der Widerstand gegen Obamas Gesundheitsreform, mit dem es die »Tea Party« 2009 und 2010 zu landesweiter Bedeutung brachte. Im Januar 2010 hatte der von der Bewegung unterstützte Scott Brown mit dem Versprechen, »Obamacare« entgegenzutreten, einen Senatssitz im sehr liberalen Massachusetts gewonnen. In ihrem Widerstand gegen die Gesundheitsreform genoss die Bewegung die volle Unterstützung des republikanischen Establishment, das unnachgiebigen Widerstand gegen Obamas Politik versprochen hatte – mit dem Ziel, dessen Präsidentschaft auf eine Legislaturperiode zu begrenzen.

Während der Schuldenkrisen 2011 und 2013 sahen die Dinge ganz anders aus: 2011 weigerten sich »Tea Party«-Abgeordnete, im Kongress die



Obergrenze für die Staatsschulden zu erhöhen. Der US-Regierung drohte die Zahlungsunfähigkeit. Weil dem republikanischen Establishment die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen eines Zahlungsausfalls der USA durchaus bewusst waren, opponierte es gegen die »Tea Party«. 2013 versuchte die Bewegung eine Rücknahme von »Obamacare« zu erzwingen, legte den Staatshaushalt auf Eis und die Regierung für fast zwei Wochen lahm. Das republikanische Establishment erkannte, dass der Ausfall staatlicher Leistungen, wie etwa Renten- und Sozialleistungen, in der amerikanischen Öffentlichkeit zutiefst unpopulär war und fürchtete die negativen politischen Konsequenzen.
Doch verglichen mit der ausweglosen Situation in dem Streit über die Einwanderung waren diese Differenzen harmlos. Die Positionierung zur Einwanderungspolitik war 2016 der bestimmende Faktor im Rennen um die republikanische Nominierung für das Präsidentenamt. Der Einsatz war für beide Lager hoch. Für das Establishment stand die Zukunft der »Republikanischen Partei« auf dem Spiel, sollte es nicht gelingen, eine gesetzliche Lösung für die Frage der illegalen Immigration zu entwickeln. Für die »Tea Party« bedeutete jede Gesetzeslösung für die geschätzten elf Millionen Menschen, die ohne legalen Status in den USA leben, eine »Amnestie«. Für sie war nicht weniger als die Existenz der Vereinigten Staaten gefährdet, zumindest in der Form, wie sie sich das Land vorstellten.

Die »Republikaner« und der demographische Wandel

Das republikanische Establishment hat verstanden, dass über der Partei ein demographisches Damoklesschwert schwebt. Mit einem hispanischen Bevölkerungsanteil von mittlerweile 17 Prozent in den USA bewegen sich die »Republikaner« selbst Richtung einer Minderheit. Das, was der »Republikanischen Partei« in Kalifornien geschehen war, könnte sich auch auf nationaler Ebene wiederholen: Der Bundesstaat, aus dem Politiker wie Richard Nixon und Ronald Reagan stammten, steht bei Wahlen mittlerweile zuverlässig auf Seiten der »Demokraten«. Eine Ausnahme war 1994 ein Referendum (Proposition 187), das »illegale AusländerInnen« von staatlichen Dienstleistungen ausschloss.
Mitch McConnell, Führer der »Republikaner« im Senat, äußerte sich zu Beginn der Präsidentschaft Obamas im Januar 2009 selbstkritisch: »Wir sind alle besorgt über die Tatsache, dass die sehr Reichen und die sehr Armen, die am besten und am schlechtesten Ausgebildeten sowie die meisten WählerInnen aus den Minderheitengruppen uns mehr oder weniger keine Aufmerksamkeit mehr schenken. Wir sollten uns darüber im klaren sein, dass die »Republikanische Partei« als Resultat dieser Entwicklung als regionale Partei enden könnte.«
Sechs Jahre später, im Vorfeld der republikanischen Präsidentschaftsvorwahlen für 2016, stand die Kontroverse immer noch auf der Tagesordnung. So forderte Lindsey Graham, Senatorin aus North Carolina und kurzzeitig Kandidatin für die republikanische Nominierung, die es allerdings nicht schaffte, es mit der »Tea Party« aufzunehmen: »Wenn wir das Einwanderungsrecht nicht auf eine vernünftige, praktische Art reformieren, wird es egal sein, wer für uns 2016 antreten wird. Als Partei bewegen wir uns in einer demographischen Todesspirale. Und die einzige Art, wie wir mit der hispanischen Community wieder ins Reine kommen, ist aus meiner Sicht eine umfassende Einwanderungsreform.«

Weiße Identitäten in der Krise

Für die AnhängerInnen der »Tea Party« sowie einen erheblichen Teil der weißen Arbeiterklasse und amerikanischer NativistInnen ist »illegale Immigration« die Erklärung für die sie unmittelbar betreffenden Fehlfunktionen in der Gesellschaft: Arbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit und schwindende Lebensperspektiven. Dazu kommt das tiefgreifende Gefühl, dass ihnen das Land entgleitet und dass sie zunehmend enteignet würden. Ihre privilegierte weiße Identität, die sie immer für selbstverständlich gehalten haben – immerhin sind sie die »echten Amerikaner«, wie Sarah Palin es während ihrer Wahlkampagne 2008 zur Vizepräsidentin vertrat –, wird von Minderheiten in Frage gestellt, die zum Teil sowohl kulturell als auch politisch – Obama! – in Führungspositionen angekommen sind. »2016 ist Amnestie das bestimmende Thema«, so ein prominenter »Tea Party«-Blogger, »es gibt keinen Mittelweg.«
Für die rechte Kommentatorin Ann Coulter steht fest: »In dieser Wahl geht es nicht darum, wer die meisten Punkte auf einer Liste konservativer Positionen abhaken kann, oder darum, wer die beste oder netteste Person ist. Diese Wahl entscheidet darüber, ob das Konzept Amerika bestehen bleibt, eine existenzielle Wahl, wie es keine andere je gegeben hat. Wer das nicht versteht, ist Teil des Problems, nicht Teil der Lösung.«

Donald Trump und die »Tea Party«

Es ist nahezu unmöglich, die elektrisierende Wirkung Donald Trumps auf dieses Milieu überzubewerten. Trump hatte sich auf seine Kandidatur vorbereitet, indem er extrem rechte Radiosendungen hörte, in denen Stunde für Stunde der »Tea Party«-Sprech verbreitet wird. In seiner Antrittsrede diffamierte er Mexikaner in den USA als Kriminelle und Vergewaltiger. Er versprach eine 2.000 Meilen lange Mauer an der Grenze nach Mexiko zu bauen; als besondere Demütigung sollte Mexiko für die Kosten der Mauer aufkommen. Solche Angriffe stellen seitdem die inhaltlichen Klammern seiner Kampagne dar. Im Kampf gegen »politische Korrektheit« und mit der für ihn charakteristischen Vulgarität – in dieser Form seit 1945 ein Novum in der amerikanischen Politik – griff Trump das republikanische Establishment genauso wie die »Demokraten« an. Nach den Terroranschlägen in Paris und in San Bernardino (Kalifornien) erweiterte er sei-

ne Angriffe auch auf Muslime, denen er das Betreten der USA verbieten möchte. In der extremen Rechten und in der »Tea Party« sind viele der Ansicht, Trump spreche nur aus, »was alle von uns denken«. Was von außen wie eine Abfolge politischer Entgleisungen erscheint, ist für die »Tea Party« schlicht und ergreifend die Wahrheit. Trumps Kandidatur entzweit die »Tea Party« und es ist zweifelhaft, ob sie zu ihrer alten Form zurückfinden kann.

Donald Trump vs. Ted Cruz

Die Bewegung teilt sich in die rechtspopulistischen VertreterInnen der ‹sozialen Frage› und die bedingungslosen VerfechterInnen des freien Markts. Im späteren Verlauf der Vorwahlen war Trumps größter verbleibender Konkurrent der texanische Senator Ted Cruz. Der Rechtsaußen Cruz war 2012 als »Tea Party«-Vertreter in den Senat gewählt worden. Seine UnterstützerInnen lieferten sich mit Trumps AnhängerInnen einen heftigen verbalen Schlagabtausch. So argumentierten die BefürworterInnen von Cruz auf einer Website mit dessen Treue zu konservativen Prinzipien: »Echte Konservative haben eine Botschaft für die Trump-Kampagne. Wir sind in erster Linie Konservative und dann Republikaner. Wir sind Republikaner, denn die Partei ist vorgeblich die konservative Partei.« Aufgebracht schrieben die Cruz-UnterstützerInnen: »Trumps verwirrte Aussagen werfen bei jeder vernünftigen Person die Frage auf, was er tun würde, wenn er die Macht der Bundesregierung hinter sich hätte. Wenn Sie den Donald beleidigen, wird dann die IRS (US-Steuerbehörde) an Ihrer Tür klopfen? Es gibt etwas, was Trumps Unterstützer verstehen müssen: Er nutzt Sie aus (...) Er vermarktet Ihre Empörung und nicht die Ideen der Freiheit, der Unabhängigkeit oder des Konservatismus.«

Das Pro-Trump-Lager repräsentiert den populistischen Flügel der »Tea Party«, in seinen Attacken steht es den Fans von Cruz in nichts nach: »Cruz (ist ein) Politiker (...). Ein glattzüngiger Betrüger (...). Donald Trump wird derjenige sein, der dieses Land zurückbringt (...). Wenn wir sehen, wie tief die Spaltung geht, sollte das uns allen Angst machen (…). Dass Donald vorhat, die »Republikanische Partei« aufzubauen, sagt einiges aus (...). WIR BRAUCHEN DONALD TRUMP (…). Er wird unser Patton, Eisenhower, usw. sein, er wird stark sein und er wird halten, was er versprochen hat (...) Illegale, die Mauer, China, Mexiko, die Wirtschaft, Jobs, ISIS und unser Land vor allem Bösen und der Scharia schützen (...). Wenn Sie Cruz wählen (...) werden Sie alles billigen, was Obama in seiner Amtszeit getan hat (...) Sie bekommen Politik wie gehabt (...)«.

Bruch mit konservativen Prinzipien

Die Art und Weise, in der Trumps Kandidatur die »Tea Party« gespalten hat, spiegelt sich im größeren Maßstab in der »Republikanischen Partei« wider. Das republikanische Establishment quält – wie auch die Cruz-BefürworterInnen in der »Tea Party« – vor allem Trumps erhebliche Abweichungen von den Eckpfeilern der modernen konservativen Ideologie: Die Grundsätze, die mehr oder weniger die offizielle Leitlinie der »Republikanischen Partei« seit dem Aufstieg von Ronald Reagan im Jahr 1980 darstellen, nämlich freie Märkte, Freihandel und eine aggressive neokonservative Außenpolitik.

Trump teilt die konservative Geringschätzung des Wohlfahrtsstaats nicht; er steht sogar einer allgemeinen Gesundheitsversorgung aufgeschlossen gegenüber. Unverfroren befürwortet er Grundstücksenteignungen durch die Regierung. Seine Prozessierfreudigkeit in wirtschaftlichen und politischen Belangen konterkariert die lang gehegte Abneigung etablierter »Republikaner« gegenüber StrafverteidigerInnen. Auch wenn er sich außenpolitisch für einen kompromisslosen Einsatz gegen den »Islamischen Staat« stark macht – das beinhaltet Folter und die Verfolgung der Familien von TerroristInnen – äußert er sich verächtlich über den von Neokonservativen vorangetriebenen Einmarsch in den Irak. Auch brach er ein Tabu, als er George W. Bush dafür kritisierte, die Angriffe vom 11. September 2001 in seiner Amtszeit zugelassen zu haben.

Annäherung an Europas Rechte

Bei den Vorwahlen auf dem Parteitag in Cleveland wurde Donald Trump am 20. Juli als republikanischer Präsidentschaftskandidat nominiert. Eine »Republikanische Partei« trumpscher Prägung ähnelt weniger der von der Reagan-Zeit geprägten Partei der letzten 35 Jahren als den einwanderungsfeindlichen Parteien der extremen Rechten und des Rechtspopulismus in Europa, die zum Teil an Regierungen beteiligt sind, wie es in Ungarn und Polen der Fall ist. Diese Parteien haben rassistische Ressentiments genutzt, um sich als Opposition gegen »die da oben« zu gerieren. Die »Lega Nord« in Italien, der »Front National« in Frankreich, die »UK Independence Party« in Großbritannien oder die »Partij voor de Frijheid« in den Niederlanden haben beispielsweise nie die Idee eines freien Marktes vertreten, die bisher die Grundfeste republikanischer Identität und Ideologie gewesen war – das ‹sine qua non› des amerikanischen Konservatismus.

Sollte also Trumps »Republikanische Partei« allen Widrigkeiten trotzen und die Wahl gewinnen, wird sie zukünftig das neue Gesicht der »Republikaner« sein. Verlieren Trump und die »Republikaner« und werden vor allem ein großer Teil der weniger relevanten KandidatInnen abgehängt, könnte der Partei eine innere Zerreißprobe bevorstehen, wie sie die amerikanische Politik seit der Krise über die Abschaffung der Sklaverei, die vor 160 Jahre zur Gründung der »Republikanischen Partei« und dem amerikanischen Bürgerkrieg geführt hat, nicht mehr gesehen hat.

Dr. Lawrence Rosenthal ist Vorsitzender und Leiter des »Berkeley Center for Right-Wing Studies« der Universität Berkeley/Kalifornien. Übersetzung durch »der rechte rand«.



Die Gedankenwelt des Frank Steffen

Wegen versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung wurde Frank Steffen am 1. Juli 2016 zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Oktober letzten Jahres hatte er die Kölner OB-Kandidatin Henriette Reker mit einem Messer in den Hals gestochen und weitere Menschen teils schwer verletzt. Das Motiv: ein Zeichen gegen die »verfehlte Flüchtlingspolitik«.

von Verena Grün



^ Frank Steffen (zweiter von links im Vordergrund) beim Hess-Marsch 1993 in Fulda

»Er wollte ein Klima der Angst schaffen und die Politik beeinflussen«, formulierte die Richterin am Oberlandesgericht Düsseldorf in ihrer Urteilsbegründung. Mit dem Strafmaß blieb sie unter der von der Bundesanwaltschaft und der Nebenklage geforderten lebenslangen Haftstrafe. Ausschlaggebend hierfür sei gewesen, dass Reker das Krankenhaus schon nach zwei Wochen wieder verlassen konnte, auch wenn sie nur durch Glück überlebte. Außerdem war Steffens schwere paranoide und narzisstische Persönlichkeitsstörung strafmildernd.

Die »Messerstecher«-Biographie

Obwohl der Sachverhalt klar und der Angeklagte in Teilen geständig war, verliefen die elf Verhandlungstage im Hochsicherheitstrakt des OLG skurril. Am Tag der Prozesseröffnung zeigte sich der Beschuldigte kooperativ, schilderte seine Biographie und beantwortete dazu die Fragen des Gerichts. Um seine politische Einbindung ging es dabei aber nur am Rande. Er sei zwar als Rechter bekannt gewesen, als Neonazi habe er sich jedoch nie verstanden, eher als »wertkonservativer Rebell«. Die Bedrohungen seien immer von anderen ausgegangen, von »der Antifa«, die jeden zweiten Tag vorm Haus aufgetaucht sei, oder von »ausländischen Schlägertrupps«. Daraus sei auch seine Haftstrafe Ende der 1990er Jahre wegen mehrerer Körperverletzungen resultiert. Dass er damals bereits den Spitznamen »Messerstecher« trug, blieb unerwähnt. Er sei »nicht Jäger gewesen, sondern Gejagter«. Auch seine Teilnahme an den Rudolf-Heß-Märschen wurde nur gestreift. Zur »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) habe seine Clique zwar Kontakt gehabt, die sei ihm aber »zu rückwärtsgewandt« gewesen. Auch sei die eigene Gruppe – den Namen »Berserker« habe man sich einfach ausgedacht – laut Steffen keine Nachfolgestruktur der verbotenen FAP gewesen. Zu seinen eigenen politischen Vorstellungen wollte er sich nicht äußern, diese seien zu komplex, darüber könnte er ein Buch schreiben. Man gelte heute schon als Rechter, wenn man gegen TTIP sei, den Euro kritisiere oder nur pünktlich zur Arbeit gehe.

»Mann gegen Mann«

Zu Beginn kündigte Steffen auch an, im Juni werde er sich ausführlich zu seinem Tatmotiv äußern und den »millionenfachen Rechtsbruch« durch die Flüchtlingspolitik »nachweisen«. Reker habe er ausgesucht, da sie für die aktuelle Asylpolitik stehe, die darauf abziele, »das eigene Volk auszutauschen, bevor es die Regierung austausche«. Außerdem habe Reker so getan, als sei sie parteilos, obwohl sie eine »Grüne« sei. Auf diesen Wahlbetrug und wo die Flüchtlingspolitik hinführen würde, habe er mit seiner Tat aufmerksam machen wollen. Um die Wirkung zu steigern, die Tat besonders martialisch wirken zu lassen, habe er auch ein großes Messer mitgenommen. Töten habe er Reker, die er als »linksradikale Schickeria-Ideologin mit unverantwortlicher realitätsverweigernder Esoterik-Politik« bezeichnete, aber nicht wollen. Auch andere Menschen hätten nicht zu Schaden kommen sollen. Am liebsten wäre ihm »ein richtiges Duell« gewesen, »Mann gegen Mann, wie im Mittelalter, um die Ehre«.

Vom Angeklagten zum Verteidiger

Steffen versuchte mehrfach, seine beiden Pflichtverteidiger loszuwerden. Mit einem Schild suchte er vergebens nach einem »mutigen rechten« Anwalt. Bei einem gelang ihm die Entpflichtung, dem anderen untersagte er, in seinem Plädoyer zu den Beweisergebnissen Stellung zu nehmen. Stattdessen versuchte Steffen sich selbst in einer Beweiswürdigung, wie er schon geladene ZeugInnen befragt hatte. Hier wiederholte Steffen das, worauf er während der Verhandlungstage immer wieder beharrt hatte: Anders als von ZeugInnen und GutachterInnen dargestellt, habe er mit dem großen Messer lediglich Reker angegriffen, die vier anderen Geschädigten habe er mit einem kleinen Butterflymesser verletzt, das er auch nur gezogen habe, um sich gegen die »aggressive Menge« zu verteidigen. Außerdem wäre das große Messer stumpf gewesen, was Beleg für ein gefälschtes Gutachten »in vorauseilendem Gehorsam« sei. Die DNA-Spuren der weiteren Verletzten seien Ergebnis einer Manipulation. Mit »gesundem Menschenverstand« müsse man auch erkennen, dass die Polizei lüge, wenn sie bezeuge, er hätte gesagt, Reker töten zu wollen. Überhaupt müsse man nur »logisch denken« um zu sehen, dass seine Version die einzig richtige sei.

Prototyp des »angry white man«

Steffen berief sich immer wieder auf den »gesunden Menschenverstand« und das »logische Denken«. Was seiner Darstellung widersprach, sei Lüge oder Manipulation. Dahinter steckten die Grünen, deren militanter Arm die Antifa sei, oder die Regierung, die im »Interesse der Großkonzerne und der Hochfinanz« agiere. So ließ sich über die Verhandlungstage immer wieder verfolgen, wie sich Rassismus mit Verschwörungsfantasien und einem Glauben an alleinigen Durchblick verbindet. Steffen zeigte sich im Prozess als Prototyp des »angry white man«, des zornigen weißen Mannes. Er habe den Durchblick, sei objektiv und wisse, wie es läuft – alle anderen seien verblendet oder wollten ihm nur schaden. Damit ist er bei weitem nicht alleine, doch seine Sozialisation in der extremen Rechten begünstigte, dass er seinen Hass in diese blutige Tat umsetzte. Seine Tat änderte jedoch weder etwas an der Asylpolitik noch am Ausgang der Wahl. Sie zeigte jedoch einmal mehr, welche Gefahr auch von unauffälligen, nicht mehr aktiven Neonazis ausgehen kann.

Geheimrat vor Gericht

In München läuft der Prozess gegen Mitglieder der »Oldschool Society«.

von Robert Andreasch



^ Olaf Ogorek 2011 – »Pesseverantwortlicher der OSS«

Das Münchner Oberlandesgericht verhandelt seit zwei Monaten gegen vier Mitglieder der »Oldschool Society« (OSS) wegen »Bildung einer terroristischen Vereinigung«. Der Prozess hat in den zehn Verhandlungstagen bis Juli 2016 kaum neue Erkenntnisse über die Gruppe geliefert.

Angeklagte und nicht Angeklagte

Andreas Hafemann aus Augsburg firmierte als »Präsident« der seit spätestens 2014 bestehenden Gruppe. In einem abgehörten Telefonat erwiderte er auf den Vorschlag, eine Nagelbombe in einer Geflüchtetenunterkunft zu zünden: »Tät mir schon gefallen, wär schon nach meinem Geschmack.« Die Idee hierzu hatte »Vizepräsident« Markus Wilms geliefert, der in Sachsen ein Sicherheitsgewerbe aufzubauen versuchte. »Deswegen habe ich schon gedacht, hier, so ein Cobra 11, hier, weißt Du, hier Dachpappenstifte draufmachen mit Sekundenkleber ringsum, (...) im Asylheim so, weißt Du, Fenster eingeschmissen und dann das Ding hinterhergejagt.« Die »Cobra 11«-Sprengsätze soll Wilms Freundin Denise Vanessa Grüneberg besorgt haben, die bei der OSS den Posten der »Schriftführerin« innehatte. Olaf Ogorek aus Nordrhein-Westfalen agierte als »Pressesprecher«, innerhalb der Gruppe soll er massiv für militante Aktionen plädiert haben: »Asylantenheim, Antifaquartier oder Ölaugen umschuppen.« Ogorek schlug vor, die OSS solle einen Anschlag auf den Kölner Dom begehen, um diesen dann »Ausländern und Salafisten in die Schuhe zu schieben«. Die Bundesanwaltschaft hat schlussendlich nur diese vier Neonazis aus dem inneren Zirkel der OSS, dem sogenannten »Geheimrat«, angeklagt, aber zum Beispiel nicht »Sprengmeister« Kevin L. (Limburg), der eine Moschee angreifen wollte, oder den OSS-Postfachinhaber Florian Wutzl Die Struktur der »Oldschool Society« wurde durch die Razzien und Festnahmen nicht zerschlagen: Ein Teil der ehemaligen OSS-Mitglieder ist unter dem Namen »Odins Germanische Familie« weiter zusammen aktiv.

V-Mann »Rudi«

Die behördlichen Erkenntnisse aus dem Telegram-Gruppenchat der OSS soll ein V-Mann namens »Rudi« beschafft haben, der, so sagte Bundesanwalt Jörn Hauschild in einer Verhandlungspause des ersten Prozesstags, für »ein Landesamt für Verfassungsschutz« gearbeitet habe. Tatsächlich dürfte es sich eher um einen verdeckten Ermittler (VE) der Polizei gehandelt haben. Ein Beamter des Bundeskriminalamts gab Ende Juni im Prozess zu, man habe befürchtet, die Gruppe könnte quasi »unter Polizeiaufsicht« und »mit einem verdeckten Ermittler auf dem Treffen« zu terroristischen Taten schreiten und sich daher für einen Zugriff entschieden. Man habe damals bei der OSS »Türken ausbluten« sehen, ein »Asylheim abballern«, Linke mit Baseballschlägern traktieren oder Molotow-Cocktails in »Antifa-Häuser« werfen wollen. Identität und Wirken von VE »Rudi« durften im Verfahren wegen »fehlender Aussagegenehmigung« der Beteiligten bisher nicht angesprochen werden.

OSS und Gesellschaft

Bundesanwaltschaft und Politik nutzten die Aufdeckung der militanten Pläne der »Oldschool Society« im letzten Jahr, um vom skandalösen Behördenverhalten im NSU-Komplex abzulenken. Nach den Razzien am 6. Mai 2015 gegen die OSS sagte Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz: »Trotz der vorherrschenden Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus behält der Verfassungsschutz auch die gewaltbereite rechts- und linksextremistische Szene in Deutschland fest im Blick. (...) Durch den Einsatz verschiedener nachrichtendienstlicher Mittel wurden die Gruppe und ihre mutmaßlich rechtsterroristischen Anschlagsvorhaben frühzeitig aufgeklärt.« Andere waren über die fehlende Konspirativität der Gruppe verblüfft. Eine terroristische Vereinigung mit Postfach im niederbayerischen Plattling, deren Mitglieder einen youtube-Kanal unterhalten und am Telefon offen über Anschlagsplanungen sprechen? Als das »Vice«-Magazin über »die dümmste Terrorgruppe Deutschlands« schrieb, griffen selbst AntifaschistInnen das bereitwillig auf. Die erneut offensichtlich gewordene terroristische Bedrohung von rechts löste kein Erschrecken mehr aus. Dabei scheinen die OSS-Mitglieder ja entschlossen gewesen zu sein, Menschen zu verletzen oder zu töten. Zeugt der weitgehende Verzicht auf klandestines Handeln nicht gerade von der völligen Sicherheit, in der sich militante Neonazis momentan wiegen? Die Bundesanwaltschaft, die bereits den »Nationalsozialistischen Untergrund« auf ein »Trio« reduzierte, lenkte schließlich mit der Auswahl von nur noch vier OSS-Angeklagten von der netzwerkförmigen Organisierung militanter Neonazis in der Bundesrepublik ab. Dass ein verdeckter Ermittler der Behörden die terroristischen Planungen der »Oldschool Society« aufgedeckt haben soll, könnte zudem mithelfen, die Kritik an V-Personenwesen und Inlandsgeheimdiensten weiter zum Verstummen zu bringen.

Neonazismus alter Schule

Der Prozess gegen die OSS rückt für all diejenigen die Verhältnisse wieder zurecht, die das Problem Neonazismus als vorgebliches Randphänomen einiger von der Mehrheitsbevölkerung abgeschotteter Outlaws behandeln wollen. Am Beispiel der OSS lässt sich wunderbar »belegen«: Neonazis, das sind doch die Glatzköpfe und Freaks, mit schwerer Kindheit und ohne Job. Neonazigewalt wird verharmlost und als ihre Ursachen werden nicht gesellschaftlich verbreitete Ressentiments und Verrohung, sondern Unterschichtszugehörigkeit, Frust und Alkohol ausgemacht. Statt nach einem rassistischen Weltbild zu fragen, bohrte das Gericht beispielsweise lieber zu Grünebergs Aussehen nach: »Man sieht, dass Sie gepierct sind. Was bedeutet das für Sie?«

»Bürgerwehr FTL/360«

Im März 2015 wird eine Bürgerwehr aus Freital bekannt, die in einer Buslinie für Ordnung und Sicherheit sorgen will. Im November 2015 werden Mitglieder der Gruppe wegen »Bildung einer terroristischen Vereinigung« festgenommen.

von Danilo Starosta



^ *Freitaler RassistInnen zur Unterstützung in Heidenau*

Bei ihrem Ansinnen, in Bussen für Ordnung zu sorgen, hilft der »Bürgerwehr FTL/360«, dass ihr mit Timo Schulz und Patrick Festing zwei Angestellte des Regionalverkehrs »Dresden GmbH« angehören. Im November 2015 werden Schulz und Festing sowie ein weiteres mutmaßliches Mitglied der Gruppe, Philipp Wendelin, verhaftet und verbleiben in Untersuchungshaft. Der Generalbundesanwalt stuft Schulz und Festing als mutmaßliche Rädelsführer der militant auftretenden Gruppe ein.

Am 19. April werden auf Anweisung der Bundesstaatsanwaltschaft, die inzwischen die Ermittlungen an sich gezogen hat, Rico Knobloch, Maria Kleinert, Justin Schiefner, Sebastian Weiß und Maik Seidel als weitere mutmaßliche Gruppenmitglieder der »Bürgerwehr FTL/360« im Rahmen von mehreren Hausdurchsuchungen verhaftet.

Die Liste der Beschuldigungen gegen die Mitglieder der »Bürgerwehr FTL/360« ist lang. Der Gruppe werden mehrere Anschläge mit Sprengsätzen auf Unterkünfte von AsylbewerberInnen in Freital, auf Engagierte in der Flüchtlingsarbeit sowie auf politische GegnerInnen zur Last gelegt. Zudem stehen die Beschuldigten unter dem Verdacht des versuchten Mordes. Damit einher geht der Vorwurf der »Bildung einer terroristischen Vereinigung«.

Sächsischer Verfassungsschutz in Unkenntnis

Eine Anfrage im sächsischen Landtag ergab, dass das Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen, laut Innenminister Markus Ulbig (CDU), bis Juli 2015 »keine Erkenntnisse über tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen einer ‹Bürgerwehr FTL/360›« gehabt haben will. Dabei hätte zumindest der vermeintliche »Rädelsführer« Timo Schulz den Behörden bekannt sein können. Schulz hatte in Norddeutschland in den letzten Jahren an mehreren Aufzügen militanter Neonazis teilgenommen – auffällig durch Fan-Accessoires des Fußballvereins »Dynamo Dresden«. Neben Schulz bewegen sich auch weitere Mitglieder der Gruppe im Spektrum der organisierten rechten Hooliganszene von »Dynamo Dresden«. Dazu zählt auch Rico Knobloch, der verdächtigt wird, im Januar 2016 an dem Überfall von Hooligans auf den Leipziger Stadtteil Connewitz beteiligt gewesen zu sein.

Es ist zu vermuten, dass dem Inlandsgeheimdienst die militanten Absichten und die neonazistische Gesinnung der Gruppe verborgen blieben, weil sich die Mitglieder der Gruppe mehrheitlich über ihre Zustimmung zur Dresdner PEGIDA-Bewegung gefunden hatten. Für das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz war und ist jedoch PEGIDA Dresden kein Beobachtungsobjekt.

»Rechtsterroristische Struktur«?

Die Einordnung der Gruppe »Bürgerwehr FTL/360« als »rechtsterroristische Struktur«, wie sie der Bundesinnenminister und frühere sächsische Innenminister Thomas de Maizière (CDU) vorgenommen hat, wirft Fragen auf. Bis zur Selbstenttarnung des NSU negierten Sicherheitsbehörden die Existenz »rechtsterroristischer Strukturen« in der BRD. Erstaunlich ist die Bewertung der Taten der Freitaler »Bürgerwehr« auch in Relation zu den Taten des NSU. Diese waren durch den Einsatz von militärisch genutztem Sprengstoff (TNT) und Schusswaffen gekennzeichnet und zielten bewusst auf das Töten von Menschen ab. Die Freitaler »Bürgerwehr« verwendete illegale Pyrotechnik, Böller und Buttersäure. Wenn auch beim Einsatz dieser Gegenstände gegen Menschen ebenso schwere und tödliche Verletzungen in Kauf genommen werden müssen, und die Gruppe von einer niedrigen Gewaltschwelle geprägt war, so unterscheiden sich deren Taten dennoch von den gezielten Morden des NSU. Es stellt sich die Frage, ob im Innenministerium ein Umdenken stattgefunden hat oder ob hier nicht vielmehr Handlungsbereitschaft signalisiert werden sollte.

Die Miliz der Protestbewegung

Die Bundesstaatsanwaltschaft hat gegen den Widerstand der sächsischen Behörden mit der Festnahme der Bürgerwehr aus Freital eine militante Gruppierung der seit 2014 bundesweit unvermindert andauernden rassistischen »Antiasylprotestbewegung« dingfest gemacht. Diese marschiert unterdessen unbeirrt weiter vor Asylunterkünften auf und hetzt in den sozialen Medien über jedes erträgliche Maß hinaus gegen fundamentale Menschenrechte. Die demokratie- und menschenfeindliche Gesinnung der Bewegung hat in Sachsen, aber auch bundesweit, AnhängerInnen gefunden, die vor Angriffen auf Leib und Leben nicht zurückschrecken. Ihre Motivation zur Umsetzung ihrer Taten schöpfte wohl auch die Freitaler »Bürgerwehr« aus der sich radikalisierenden Stimmung der Bewegung. Damit stand die Gruppe in der Region zudem keineswegs allein. Im September 2015 bekundeten der PEGIDA-Ableger »FRIGIDA - Freital ist und bleibt frei«, die Gruppe »Widerstand Freital« und die »Bürgerwehr Freital FTL/360« in einer gemeinsamen Erklärung: »Wir besprachen unsere gemeinsamen Ziele und welche Wege uns dahin führen sollen. Wir hatten alle einige Schnittpunkte und haben beschlossen gemeinsam diese Wege zu gehen. Wir werden uns in allen Aktionen gegenseitig unterstützen. Mit Rat und Tat. Schulterschluss der Freitaler Bewegungen (…) Gemeinsam für Freital, gemeinsam für Deutschland!«

Die »Bürgerwehr« Freital ist ein weiteres Beispiel für die Gewaltbereitschaft und Gewaltobsession des verharmlosend als »Antiasylproteste« bezeichneten Aktionen. Gleichsam steht Freital wie Heidenau, Clausnitz, Meißen und Dresden für die von dauerhaftem Versagen beim Aufbau demokratischer Alltagswelten geprägten »sächsischen Verhältnisse«.

Club Mate, Hakenkreuze und Gewalt: Die »JN Braunschweig«

»Schlägerei auf Schulgelände – Opfer erleidet schwere Verletzungen«, »KZ-Gedenkstätte in der Schillstraße verschandelt« - »Rechtsextreme Schmierereien am AStA der TU«. Seit Monaten häufen sich in Braunschweig die Schlagzeilen über rechte Aktivitäten und Gewalttaten.



^ *Neonazischmierereien in Braunschweig*

von David Janzen

Die Serie rechter Aktivitäten reißt nicht ab: Vorläufiger Höhepunkt war der Angriff eines JN-Anhängers (JN, »Junge Nationaldemokraten«) auf zwei Schüler an einem Braunschweiger Gymnasium im Februar diesen Jahres. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen Anklage gegen den mutmaßlichen Täter, den Kampfsportler und Bodybuilder Pierre B., erlassen. Er soll auf einen der beiden Schüler so brutal eingeschlagen haben, dass dieser mit einem Kieferbruch im Krankenhaus behandelt werden musste. Rund um die Wohnung des 24-jährigen mutmaßlichen Täters, der sich mittlerweile in U-Haft befindet, häufen sich seit Monaten rechte Schmierereien: »Nazi Kiez«, »NS Area« oder »NS Zone« ist dort neben Kürzeln und Aufklebern der JN/NPD an Dutzenden Laternenpfählen, Häuserwänden und Stromkästen zu lesen. Ein selbstgemalter Aufkleber mit einem Galgenmännchen fordert sogar: »Töte Linke!« Auch in zwei anderen Stadtteilen finden sich vermehrt ähnliche Schmierereien. Mehrmals wurden zudem »Stolpersteine« beschmiert oder zerkratzt. Anfang Mai wurden an die KZ-Gedenkstätte Schillstraße »NS«-Schriftzüge sowie Hakenkreuze gesprüht und Tafeln mit Erinnerungen und Mahnungen Braunschweiger BürgerInnen an die NS-Zeit zerstört. Bereits ein paar Tage zuvor, am 8. Mai, waren die JN-Aktivisten Sebastian W. und Lasse R. zusammen mit Pierre B. am Rande einer Gedenkveranstaltung an der Gedenkstätte aufgetaucht, hatten die TeilnehmerInnen abfotografiert und mit Sprüchen wie »Antisemiten lassen sich nicht verbieten« provoziert. Das zunehmend provokative, aggressive und gewaltsame Auftreten des Braunschweiger Parteinachwuchses scheint der NPD trotz laufenden Verbotsverfahrens keine Sorgen zu machen: So durfte Pierre B. als Ordner beim Landesparteitag der NPD am 12. Juni 2016 in einem Kleingartenvereinsheim die Anreisenden begrüßen, darunter auch den ehemaligen Bundesvorsitzenden Udo Voigt.

Regionale Entwicklungen

Der brutale Angriff auf die beiden Schüler ist zwar bisheriger Höhepunkt rechter Gewalt in der Stadt, aber kein Einzelfall: Bereits 2015 sind die Zahlen rechter Straf- und Gewalttaten in Braunschweig sprunghaft angestiegen. Auch die Polizei sieht das in Zusammenhang mit den seit Anfang 2015 wöchentlich stattfindenden »Spaziergängen« des Braunschweiger PEGIDA-Ablegers BRAGIDA. Die »Spaziergänge« sind auf großen und breiten Gegenprotest gestoßen und von anfänglich ein paar Hundert Teilnehmenden auf 20-30 Personen zusammengeschrumpft. Für die eher marginalisierte lokale und regionale Neonaziszene boten die Versammlungen allerdings die Möglichkeit, neue Kontakte und Vernetzungen zu knüpfen.

Der erst 2014 gegründete »JN Stützpunkt Braunschweig« konnte so von anfänglich einer Handvoll auf circa 15 Mitglieder anwachsen. Profitieren konnten die JN auch davon, dass im Frühjahr 2015 nach internen Querelen und dem öffentlich erklärten Ausstieg des Kreisvorsitzenden die Tätigkeit des »Kreisverbandes Braunschweiger Land« der Partei »Die Rechte« zum Erliegen kam. Auch aus dem Hildesheimer Kreisverband der »Rechten« verlegten Mitglieder ihre Aktivität zur JN, nachdem Streitereien nicht nur zum Austritt des ehemaligen Kreisvorsitzenden Johannes Welge, sondern auch zur weitgehenden Inaktivität des Verbands geführt hatten. Auch die diversen neonazistischen »Aktionsgruppen« in der Region, die sich noch 2012 zu einem »Aktionsbündnis 38« zusammengeschlossen hatten und damit laut Behörden über ein Potential von 50-60 Personen verfügten, sind zerfallen oder bestehen nur noch aus einzelnen Personen. Und selbst die NPD verfügt in den Städten und Dörfern zwischen Harz und Heide kaum mehr über wahrnehmbare Strukturen.

Querverbindungen und personelle Überschneidungen der JN-Mitglieder gibt es dabei zu den RechtsRockveranstaltern von »Honour & Pride Niedersachsen« und der HOGESA-Abspaltung »Gemeinsam Stark Niedersachsen«. Gute Kontakte bestehen außerdem zur »Identitären Bewegung« (IB), die gewisse personelle Überschneidungen mit der »Jungen Alternative« aufweist. Und auch mit anderen Gruppierungen aus der Grauzone zwischen Neofaschismus und Rechtskonservatismus wird der Schulterschluss gesucht: So besuchten am 4. Juni Mitglieder der »JN Braunschweig« und AnhängerInnen der IB gemeinsam einen »Zeitzeugenvortrag« mit einem »Veteranen des II. Weltkriegs« auf dem Haus der »Burschenschaft Thuringia«.

Die Aktivitäten der »JN Braunschweig« konzentrieren sich vor allem darauf, junge Menschen durch gemeinsame Freizeitaktivitäten einzubinden und im Sinne einer völkisch-nationalistischen »Weltanschauung« zu schulen. Dabei versuchen die JN den Spagat zwischen einer Rückbesinnung auf völkisch-bündische Traditionen und der Selbstdarstellung als eine trendige Jugendgruppe, die in den sozialen Netzwerken zu Hause ist, wo man Club-Mate trinkt und sich mit veganer Ernährung beschäftigt. Des Weiteren setzen die »JN Braunschweig« vor allem auf eine Vielzahl kleinerer, oft Flashmob-artiger Aktionen, an denen kaum mehr als eine Handvoll AktivistInnen beteiligt sind. So tauchten zum Beispiel fünf Personen mit einem Transparent vor einer Flüchtlingsunterkunft auf und hielten dort eine »Kundgebung« ab, mischten sich mit einem Transparent unter den städtischen Karnevalsumzug und vier AktivistInnen entrollten ein Transparent mit der Aufschrift »Rapefugees not welcome« an einem Infostand der »Frauen- und Mädchenberatungsstelle bei sexueller Gewalt«. Darüber hinaus gelingt es der Neonaziszene in der Region bislang allerdings nicht, die zunehmend islam- und flüchtlingsfeindlichen Stimmungen für eigene öffentlich mobilisierte Aktionen zu nutzen.

»Ku Klux Klan« vor Flüchtlingsunterkunft

Löcknitz. In der Nacht zum 6. Mai sind acht Unbekannte in »Ku Klux Klan«-Montur auf dem Gelände einer Flüchtlingsunterkunft erschienen. Als nach zehn Minuten BewohnerInnen des Hauses heraustraten, ergriff die Gruppe die Flucht. Eine Betreuerin erstattete Anzeige. In der Region war es in letzter Zeit mehrfach zu fremdenfeindlichen Vorfällen gekommen.

3.500 Neonazis bei Konzert

Hildburghausen. Am 7. Mai lockte das Festival »Rock für Identität« rund 3.500 Neonazis ins thüringische Hildburghausen. Die TeilnehmerInnen reisten aus dem gesamten Bundesgebiet sowie dem benachbarten Ausland wie Polen, Frankreich und Österreich an. Die Polizei begründete ihre mit 350 eingesetzten BeamtInnen verhältnismäßig geringe Präsenz damit, dass die hohe TeilnehmerInnenzahl nicht vorherzusehen gewesen sei. Im vergangenen Jahr sollen 1.500 anwesend gewesen sein. Laut Pressemeldungen kam es vereinzelt zu Verstößen gegen das Versammlungsrecht und zu Beleidigungen.

Rechte Randale in Lübeck

Lübeck. Am 17. Mai hat eine achtköpfige Gruppe von Neonazis auf dem Meesenplatz im Lübecker Stadtteil St. Gertrud randaliert. Sie bewarfen PassantInnen mit Flaschen, riefen »Heil Hitler« und zeigten den Hitlergruß. Die Polizei nahm vier von ihnen in Gewahrsam, wobei ein Beamter verletzt wurde. Es wurden Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung, versuchter gefährlicher Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet.

Rechte Hetzplattform abgeschaltet

Erfurt. Am 21. Mai ist die Facebook-Seite des »Anonymous Kollektivs« (AK) abgeschaltet worden. Die Staatsanwaltschaft Erfurt fahndet seit dem 19. Mai nach dem mutmaßlichen Betreiber, Mario Rönsch, der untergetaucht ist. Die Seite war mit mehr als zwei Millionen Likes eine der wichtigsten Online-Foren für IslamhasserInnen, VerschwörungstheoretikerInnen und RassistInnen. Neben extrem echter Propaganda und Hetzkommentaren waren auf der Seite auch Verlinkungen auf das rechte Magazin »Compact!« sowie einen Onlineshop namens »Migrantenschreck«, in dem angeblich »ohne lästige bürokratische Hürden« Schusswaffen erworben werden können, zu finden.

Asylbewerber an Baum gefesselt

Arnsdorf. Am 21. Mai haben vier Mitglieder einer mutmaßlichen Bürgerwehr einen psychisch kranken Asylbewerber mit Kabelbindern an einen Baum auf dem Parkplatz eines Supermarktes gefesselt. Nachdem ein Video von dem Vorfall, bei dem sich der Iraker zur Wehr setzt, im Internet veröffentlicht worden war, ermittelt der Staatsschutz. Unter den inzwischen identifizierten Männern befindet sich ein CDU-Mitglied, das im Gemeinderat aktiv ist. Vorangegangen war ein Streit, bei dem der Asylbewerber mehrfach eine leere Telefonkarte umzutauschen versucht und dabei MitarbeiterInnen des Supermarktes bedroht haben soll. Die Männer gaben an, eine Gefahrensituation abgewehrt haben zu wollen. Die eintreffende Polizei hielt diese Reaktion scheinbar für angemessen. Nach Bekanntwerden des Vorfalls ermittelt sie nun jedoch wegen des Verdachts auf Freiheitsberaubung und Bedrohung gegen den Iraker gegen die Männer.

Britische Neonazis in Buchenwald

Weimar. Am 26. Mai hat die Gedenkstätte Buchenwald Anzeige gegen britische Neonazis erstattet. Die Besuchergruppe hatte am 20. Mai auf Twitter ein Bild veröffentlicht, auf dem sie mit einer Fahne und den Hitlergruß zeigend vor dem früheren Krematorium des ehemaligen Konzentrationslagers posierte. Polizei und Verfassungsschutz ermitteln nun laut Medienberichten, ob es Kontakte zwischen thüringischen und britischen Neonazis gebe.

Neonazis greifen Antifaschisten an

Halle. Am 4. Juni haben Neonazis einen Antifaschisten mit einem Messer niedergestochen. Mittlerweile ist er außer Lebensgefahr. Der Mann hielt sich mit einer etwa zwölfköpfigen Gruppe in einem Park auf, als sich etwa fünf bis sechs Männer vor ihnen aufbauten, die sich als »Faschos« bezeichneten und sie in eine Schlägerei verwickelten. Der Staatsschutz ermittelt, allerdings fehlt vom Täter und der Tatwaffe jede Spur. Die mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt wirft der Polizei vor, »unprofessionell« agiert und einen desinteressierten Eindruck vermittelt zu haben, den Betroffenen zu helfen. Die lokale Presse spricht von einer »weiteren Eskalation rechter Gewalt in Halle«.

»Tag der deutschen Zukunft« in Dortmund

Dortmund. Am 4. Juni haben rund 1.000 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet sowie dem benachbarten Ausland wie den Niederlanden oder Ungarn am Neonaziaufmarsch zum »Tag der deutschen Zukunft« teilgenommen. Der »Tag der deutschen Zukunft« fand bereits zum achten Mal statt, dieses Jahr das erste Mal in Nordrhein-Westfalen, organisiert von der Partei »Die Rechte«. Ein Haus im Stadtteil Dorstfeld, das als »Nazikiez« gilt, wurde mit schwarz-weiß-roten Fahnen und einem Transparent mit der Aufschrift »HTLR« versehen. Während die Gegenproteste mit insgesamt rund 5.000 TeilnehmerInnen immer wieder von der Polizei behindert wurden, gingen die Einsatzkräfte gegen die volksverhetzenden Parolen aus der Neonazidemonstration und eine Rede von Thorsten Heise, in der der Nationalsozialismus verharmlost wurde, nicht vor. Nach Ende der Demo zündeten etwa 15 Neonazis in Dorstfeld Pyrotechnik und griffen ankommende PolizistInnen mit Pfefferspray und Feuerlöschern an. Weitere 60 Neonazis eilten zur Unterstützung, die Polizei setzte daraufhin die gesamte Gruppe fest. Im nächsten Jahr soll der »Tag der deutschen Zukunft« in Karlsruhe stattfinden.

»Junge Freiheit« feiert

Berlin. Für Samstag, den 4. Juni, hatte die Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) zum jährlichen Sommerfest und 30-jährigen Jubiläum der Zeitungsgründung eingeladen. Im Palais am Funkturm wurde von Chefredakteur Dieter Stein den »Freunden der JF« zum regulären Preis von 95 Euro ein »unvergessliches Fest« versprochen. Wer wollte, konnte sich bereits am Freitag mit RedakteurInnen und AutorInnen der JF treffen und am Samstag die »Bibliothek des Konservatismus« besuchen. Zu Beginn der Hauptveranstaltung fuhren Stein und Karlheinz Weißmann in einer BMW Isetta vor, beide standen später auch als Redner auf der Bühne. Anschließend trat der ehemalige tschechische Präsident Václav Klaus ans Mikrofon. Vor dem Gang ans Buffet wurde noch gemeinsam mit dem

Publikum das Lied »Die Gedanken sind frei« gesungen. Zu den von »JF-TV« um Statements gebetenen Gästen gehörten Uwe Junge (Fraktionsvorsitzender der AfD in Rheinland-Pfalz), das Ehepaar Birgit und Klaus Kelle (AutorInnen und JournalistInnen) und Jan Timke (Landesvorsitzender »Bürger in Wut« - Bremen).

Hooligans posieren in Bremen

Bremen. Am Abend des 18. Juni hat die Polizei auf dem Campus der Universität Bremen 44 Frauen und Männer, 13 davon in Bremen wohnhaft, in Gewahrsam genommen. Sie waren vermummt, trugen bengalische Fackeln sowie ein Transparent mit der Aufschrift »Anti-Antifa« und riefen Parolen wie »Fuck Antifa!«. Die Personen sollen aus dem Umfeld der HoGeSa-Abspaltung »Gemeinsam Stark Deutschland« (GSD) stammen und trugen eine Videokamera bei sich, mit der sie die Aktion filmten. Möglicherweise besteht ein Zusammenhang zu einem Vorfall am 12. Juni, bei der eine elfköpfige, mit grün-weißen Sturmhauben vermummte Gruppe vor den Räumen des antirassistisch engagierten Fanprojekts Bremen am Weserstadion posierte und Aufkleber gegen Flüchtlinge und Antifa verklebte.

Neonazis greifen VeganerInnen an

Tiflis/Georgien. Am 31. Mai haben rund 15 Neonazis ein veganes Café in Tiflis überfallen. Sie provozierten die anwesenden Gäste, indem sie mitgebrachte Würste, Fisch und Fleischspieße verzehrten und sie damit bewarfen. MitarbeiterInnen forderten die Täter auf, das Café zu verlassen, daraufhin wurde eine Angestellte an den Haaren gezogen und zu Boden geworfen. Es kam zu einem Handgemenge, das sich auf die Straße verlagerte, wo sich zusätzlich AnwohnerInnen einmischten. Unter anderem soll ein Anwohner ein Messer gezogen haben, ein Rentner verletzte einen Cafébesucher mit seinem Gehstock. Die Eindringlinge flüchteten, bevor die Polizei eintraf. Sie sollen der extrem rechten Gruppe »Georgian Power« angehören. Einige Tage zuvor, am 26. Mai, marschierten sie mit Fackeln und dem Banner »Georgien den Georgiern« bei einer Parade anlässlich des Unabhängigkeitstages mit und erinnerten dabei an den ehemaligen nationalistischen Präsidenten, Swiad Gamsachurdia.

Ex-»Blood&Honour«-Aktivist läuft Amok

Vorarlberg/Österreich. Am 22. Mai hat der 27-jährige Neonazi Gregor Schallert auf einem Rockkonzert in Nenzing 30 mal mit einer Kalaschnikow in die Menge geschossen und dabei zwei Menschen getötet sowie zwölf weitere verletzt. Im Anschluss tötete er sich selbst. Der Täter gehörte dem neonazistischen Netzwerk »Blood & Honour« an. Er war acht mal vorbestraft, unter anderem wegen Körperverletzung nach einem bewaffneten Überfall auf ein Punkkonzert. Im Zusammenhang damit war ein Waffenverbot gegen ihn verhängt worden. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung nach dem Amoklauf wurden laut Polizeiangaben Kriegsmunition, eine abgefeuerte Werfergranate, eine Gaspistole sowie Bücher und Material, das »der rechtsextremen Szene zuzuordnen« sei, sichergestellt.

Aufmärsche in vier europäischen Hauptstädten

Athen/Budapest/Madrid/Rom. Am 21. Mai haben unterschiedliche Gruppen und Parteien der extremen Rechten zeitgleich in vier europäischen Hauptstädten Aufmärsche unter dem Motto »Marsch der Völker Europas« organisiert. Federführend waren in Italien »CasaPound«, in Spanien »Hogar Social Madrid«, in Ungarn »Alternativ Europa« und in Griechenland »Chrysi Avgi«. Sie hatten sich auf einem gemeinsamen »Nationalrevolutionären Kongress« im November 2015 in Paris verständigt, am dritten Jahrestag der Selbsterschießung des Rechtsterroristen Dominique Venner zu demonstrieren. Venner, der der »Nouvelle Droite« angehörte, wollte mit seiner Tat am 21. Mai 2013 in der Kirche Notre Dame de Paris vor der »Islamisierung Europas« warnen. In Madrid und Rom kamen jeweils rund 2.000 FaschistInnen zusammen, für Spanien war es seit Jahren der größte Neonaziaufmarsch. In Athen und Budapest versammelten sich hingegen nur einige hundert TeilnehmerInnen. In Rom wurde nach Abschluss der Demonstration ein Konzert in der Nähe des Kolosseum veranstaltet, bei dem laut Presseberichten »tausende« rechte TeilnehmerInnen unter den Augen von TouristInnen feierten und den verbotenen »römischen Gruß« zeigten.

Neonaziballaden in Stockholm

Stockholm/Schweden. Für den 4. Juni war von der schwedischen »Blood&Honour«-Division ein Balladenkonzert mit deutscher Beteiligung angekündigt worden. Der unter dem Künstlernamen »Barny« auftretende Neonazi Mirko Szydlowski aus Chemnitz ist seit 2005 bereits mehrfach in skandinavischen Ländern und den Niederlanden auf Konzerten des »Blood&Honour«-Netzwerkes zu Gast gewesen. Neben ihm wurde ein weiterer »German Guest Singer« angekündigt, sowie der finnische Sänger »Muke«, die schwedische Band »Vit Legion« und eine weitere Band namens »The Honkies«.

Festnahme in der Ukraine

Kiew/Ukraine. Der ukrainische Geheimdienst SBU hat am 21. Mai einen Mann festgenommen, der Anschläge in Frankreich geplant haben soll. An der Grenze zu Polen wurde er mit mehr als 120 Kilogramm Sprengstoff, mehreren Kalaschnikows und weiteren Waffen sowie Panzerfäusten, Zündern und insgesamt 5.000 Schuss Munition aufgehalten. Die ukrainischen Behörden sprachen von einem extrem rechten Hintergrund, der Mann habe Anschläge auf Moscheen und Synagogen geplant. Andere Quellen berichten, er habe die Fußballeuropameisterschaft im Visier gehabt. Der Mann war bereits im Dezember 2015 in die Ukraine gereist und gab sich dort als »Freiwilliger« im Kampf gegen prorussische Separatisten aus. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung in Nant-le-Petit wurde lediglich ein T-Shirt einer extrem rechten Gruppe beschlagnahmt.

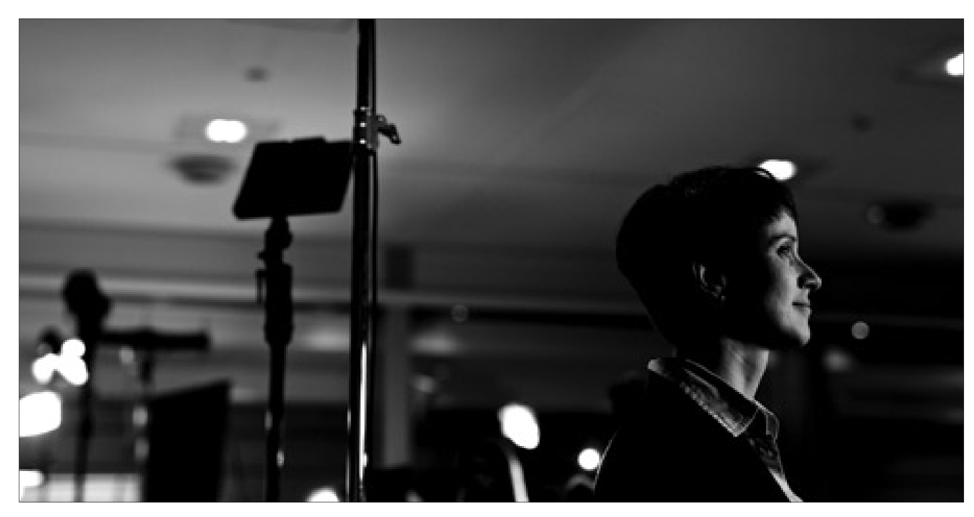
»Identitäre«

Wien/Berlin. Am 11. Juni sind in Wien 600 extrem rechte »Identitäre« mit Parolen wie »Heimat, Freiheit, Tradition, Multikulti Endstation« und »Europa für Europäer, Antifa nach Nordkorea« aufmarschiert. Sie mussten aufgrund einer Blockadeaktion von ihrer geplanten Route abweichen und wurden auch im weiteren Verlauf mit Plastikflaschen, Wasserbomben und weiteren Gegenständen beworfen. Ein »Identitärer« musste stationär behandelt werden. An einer U-Bahn-Haltestelle wurde die Versammlung vorzeitig um 16:30 Uhr abgebrochen. Um 22:30 Uhr zogen etwa 150 »Identitäre« als Spontandemonstration durch die Stadt, diese wurde jedoch von der Polizei aufgelöst. Knapp eine Woche später, am 17. Juni, hatte die »Identitäre Bewegung« in Berlin-Mitte eine Demonstration angemeldet. Dem Aufruf unter dem Motto »Aufstand gegen das Unrecht und für unsere Zukunft« folgten etwa 150 Personen. Gegenproteste und Blockaden von etwa 400 GegendemonstrantInnen beendeten den Aufmarsch vorzeitig.

Chaostage bei der AfD

Ein Jahr nach dem Sturz des Parteigründers und Vorsitzenden Bernd Lucke steht die AfD erneut vor einer Zerreißprobe. Parteichefin Frauke Petry muss sich gegen große Teile des Bundesvorstandes behaupten.

von Kai Budler



^ *Wer steht noch auf Petrys Seite?*

Ende Juni trafen sich die Mitglieder des Bundesvorstandes und die Länderchefs der »Alternative für Deutschland« (AfD) zu einer Klausur in Braunlage im Harz, um strategische Fragen zu klären. Auf der Tagung wurden unter anderem Spielregeln für die Kommunikation nach außen beschlossen. Äußerungen über Vorstands- oder ParteikollegInnen sollten nur erlaubt sein, wenn vorher mit der betroffenen Person gesprochen worden sei. Nach dem »Prinzip der regionalen Nichteinmischung« sollte außerdem niemand Konflikte eines anderen Landesverbandes kommentieren. Was von dem Beschluss bleibt, zeigten schon zwei Wochen später die AfD-Chaostage in Baden-Württemberg, wo die Partei bei den Wahlen im März mit 15,1 Prozent der Stimmen als stärkste Opposition in den Landtag einzog – das bislang beste Ergebnis für die AfD in einem westdeutschen Bundesland. Schon vier Monate später hat sich die Fraktion nach dem Antisemitismusstreit um den Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon in zwei Fraktionen gespalten. Beide behaupten, die wahre AfD zu sein.

Petrys Gegner

Mittendrin die Bundeschefin der AfD, Frauke Petry, die in den Südwesten gereist war, um sich in den Streit einzumischen. Doch es dürfte ihr auch darum gegangen sein, ihren Vize Jörg Meuthen zu schwächen und als unfähigen Landesvorsitzenden der AfD in Baden-Württemberg zu demontieren. Mit dem stellvertretenden Bundeschef Alexander Gauland (Brandenburg) und Björn Höcke (Thüringen) hatte Meuthen im Juni JournalistInnen zu einem Treffen im Berliner »Café Einstein« eingeladen. Dort hieß es, Petry sei für eine Spitzenkandidatur bei der Bundestagswahl 2017 charakterlich nicht geeignet. Höcke, Vorsitzender der Thüringer Landtagsfraktion und des dortigen Landesverbandes, hatte bereits vorher bei einem Treffen der AfD-internen Gruppe »Der Flügel« auf dem Kyffhäuser seine Getreuen um sich geschart. Neben Meuthen und Gauland waren André Poggenburg und Hans-Thomas Tillschneider, beide aus Sachsen-Anhalt, sowie Andreas Kalbitz aus Brandenburg zum Rechtsaußen-Treffen in Nordthüringen gereist.
Der Pakt hat System. Denn je mehr Höcke die Front gegen Petry stärkt, desto stärker macht er die Partei abhängig vom extrem rechten Lager, das dadurch mit seinen Positionen in der Partei gestärkt würde. Die Stärkung steht Dämpfern gegenüber, die Höcke vom Bundesvorstand unter Petrys Federführung erhalten hat, wie beispielsweise im Dezember 2015, als er »nachdrücklich« aufgefordert wurde, »zu prüfen, inwieweit seine Positionen sich noch in Übereinstimmung mit denen der AfD befinden«. Doch der beurlaubte Lehrer macht immer wieder deutlich, wie wenig er von Ratschlägen und Beschlüssen der Bundesebene hält. Trotz der Empfehlung, bei AfD-Veranstaltungen keine PEGIDA-VertreterInnen ans Mikrofon zu lassen, hatte Höcke im Mai 2016 bei einem AfD-Aufmarsch in Erfurt Siegfried Däbritz vom »PEGIDA-Orgateam« auf die Bühne geholt und sprechen lassen. Zuvor hatte er PEGIDA beim Thüringer Landesparteitag ausdrücklich gedankt und erklärt, ohne diese Bewegung hätte die AfD keine solchen Erfolge feiern können.

Machtfrage

Höcke ist der typische Vertreter des Bruchs innerparteilich auferlegter Tabus. Er propagiert eine AfD als »fundamentaloppositionelle Bewegungspartei«, die ihre Inhalte auch massiv mit Kundgebungen und Aufmärschen auf die Straße trägt. Schon bei der Vorbereitung des Machtwechsels an der Bundesspitze im Juli 2015 wusste Petry, dass sie sich ohne den ganz rechten Flügel um Höcke nicht gegen den Parteigründer Lucke durchsetzen könnte. Doch nun wird sie die Geister, die sie rief, nicht mehr los und befindet sich ein Jahr nach ihrem Sieg auf dem Bundesparteitag in Essen im Fadenkreuz ihrer KritikerInnen von ganz Rechtsaußen. Diese sind aus den Landtagswahlen im März gestärkt hervorgegangen und fordern nun ihren Tribut für die guten Wahlergebnisse. Dabei geht es aber nicht um einen politischen Grundsatzkampf; es geht um die Frage, wer in der AfD das Sagen hat. Schon jetzt ist das Lager, auf das sich Petry verlassen kann, nicht groß. Dass die Parteichefin die Zusammenarbeit mit dem offiziellen Pressesprecher der AfD aufkündigte und ein eigenes Pressebüro installierte, hat sie Sympathie gekostet. Petrys wichtigster Stichwortgeber in der Partei ist ihr Lebensgefährte und AfD-Landeschef in Nordrhein-Westfalen, Marcus Pretzell. Doch auch ihm wurden gerade von seinem am rechten Rand angesiedelten Ko-Sprecher Martin Renner öffentlich die Leviten gelesen. Der Machtkampf und ein mögliches Ausscheiden Petrys aus dem Vorstand kommt völkisch-nationalen AfD-Politikern wie Höcke und Poggenburg gerade recht, um ihren Einfluss zu stärken.

Parteitag im Herbst?

Sollte der Konflikt andauern, könnte die aktuelle Vorsitzende auf das Votum der Parteibasis im Herbst hoffen, das der bayrische AfD-Landesvorstand ins Spiel gebracht hat. In einem offenen Brief an die Mitglieder aus dem Juli heißt es: »Entweder die Streitigkeiten hören auf und die Spitze tritt geschlossen zurück oder die Mitglieder werden zeitnah bei einem außerordentlichen Parteitag über die Neubesetzung des Bundesvorstandes entscheiden«. Auch wenn sich Petry auf der Führungsebene mit fast allen überworfen hat, werden ihr von weiten Teilen der Basis immer noch Sympathien entgegengebracht. Die Mehrheit des Bundesvorstandes aber dürfte einem solchen Mitgliederparteitag mit Schrecken entgegen sehen: Ein dort öffentlich ausgetragener Showdown mit möglichen Neuwahlen der Vorstandsmitglieder wäre für die AfD im Bundestagswahlkampf ein herber Rückschlag.

Raues Klima

Nach ihrem Wahlerfolg positioniert sich die AfD in Sachsen-Anhalt mit scharfen rechten Tönen und neu-rechten Kontakten.

von Werner Golze

Etwa sieben Minuten währte das Amt des von der AfD-Fraktion gestellten Vizepräsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt. In einer der ersten Sitzungen des neu gewählten Landesparlaments zeigte sich der AfD-Abgeordnete Daniel Rausch mit der Führung einer Landtagssitzung völlig überfordert. Wenig später gab Rausch seinen Rückzug von diesem Amt bekannt – aus, wie es hieß, gesundheitlichen Gründen. Dass der AfD die parlamentarische Etikette ziemlich egal ist, wurde deutlich, als die Fraktion aus Anlass einer Demonstration von EigenheimbesitzerInnen gegen die Nachzahlung von Abwassergebühren geschlossen den Plenarsaal verließ, um den Demonstrierenden ihre Solidarität zu versichern.



^ *Tillschneider von der »Patriotischen Plattform« zusammen mit Mayer aus Freital/Sachsen*

Innerparteilicher Machtkampf?

Der Jubel über den Triumph bei den Landtagswahlen ist verhallt. Nun geht es bei der AfD um die Verteilung der innerparteilichen Macht. Fraktionschef André Poggenburg hatte auf einem Landesparteitag im Mai entgegen seiner Ankündigung vor der Landtagswahl erneut als Landesvorsitzender kandidiert und war gewählt worden. Dies sorgte in einigen Kreisverbänden für Unmut – auch weil die AfD im Süden des Landes stärker präsent ist als im Norden. Doch Poggenburgs KritikerInnen sind vorerst im neuen Landesvorstand nicht vertreten und somit kaltgestellt. In der Fraktion jedoch soll Poggenburgs Streben nach Macht umstritten sein. Als Indiz hierfür gilt manchen, dass er bei der Wahl zum Fraktionschef nur 70 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Mit dem neu in den Landesvorstand gewählten Hans Thomas Tillschneider ist allerdings ein Ideologe der Neuen Rechten für die Programmarbeit der Partei mitverantwortlich, was die Position des rechten Parteiflügels stärken dürfte.

Das Parlament als Propagandabühne

Das Parlament begreift die AfD-Fraktion als Forum für ihre rechte Agitation. Ihr Vorreiter ist der Abgeordnete Hans-Thomas Tillschneider, Sprecher der rechten »Patriotischen Plattform« in der Partei und Multiplikator neu-rechter Netzwerke wie »Ein Prozent« und »Institut für Staatspolitik« (IfS). In einer Debatte um die Ächtung von Rassismus wehrte sich der Politiker wortreich gegen den Vorwurf, die AfD vertrete rassistische Positionen. Zugleich hantierte er anlässlich einer Debatte um die Verschärfung des Asylrechts mit dem Vokabular des neu-rechten rassistischen »Ethnopluralismus«.

Außerhalb des Parlaments fallen seine Attacken noch deutlicher aus. Beim diesjährigen sogenannten »Kyffhäusertreffen« des innerparteilichen Zusammenschlusses »Der Flügel« fabulierte Tillschneider im Tonfall der NPD über die EU: Sie bilde »einen Ring um uns zu knechten.« Er forderte einen Austritt Deutschlands aus der EU und der Nato. Zur Übernahme politischer Macht sei man bereit, wenn man die Mehrheit im Land stelle, und »das Establishment zusammengebrochen ist«. Er verteidigte erneut seinen Auftritt bei PEGIDA in Dresden, begründete die Notwendigkeit eines Schulterschlusses zwischen AfD und PEGIDA und setzte sich für eine Ehrung des PEGIDA-Frontmanns, Lutz Bachmann, mit dem Bundesverdienstkreuz ein.

Durch ihren Status als zweitstärkste Fraktion im Landtag hat die Partei Anspruch auf Repräsentanz in zahlreichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Gremien. So auch in der »Parlamentarischen Kontrollkommission« (PKK), jenem Gremium, das die Arbeit des Verfassungsschutzes kontrollieren soll. Hierfür benannte die AfD den Abgeordneten Volker Olenciak. Diesem werden Sympathien für die Reichsbürgerbewegung nachgesagt und antisemitische Postings auf Facebook vorgeworfen. Doch gegen alle Einwände wurde Olenciak mit großer Mehrheit in das Aufsichtsgremium für die Schlapphüte gewählt.

Rechtes Kontaktnetz

Keine Berührungsängste hat die Fraktion zur »Identitären Bewegung« (IB) in Sachsen-Anhalt. So war Tillschneider Referent eines Vortragsabends der IB in Halle/Saale. Antifa-Gruppen aus Sachsen-Anhalt verweisen auf die zahlreichen personellen Kontinuitäten der »Identitären« zu den Neonazis der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN). Vormalige JN-AktivistInnen wie Mario A. Müller sind nun bei der »identitären« Gruppe »Kontrakultur« in Halle aktiv. Ob Identitäre Bewegung, PEGIDA oder IfS: Die politischen Sympathien der AfD sind breit angelegt.

Im Juni kamen Zweifel auf, ob der stramme Rechtskurs von allen in Partei und Fraktion mitgetragen wird. Ende des Monats wurde ein Brief bekannt, in dem Partei- und Fraktionsmitglieder fordern, die AfD solle sich von den »Identitären« fernhalten. Zudem kritisieren sie, dass die »Patriotische Plattform« so tue, als spräche sie für die gesamte Partei. Doch im Kern ging es weniger um die inhaltliche Ausrichtung der Partei, als vielmehr um politische Stil- und Personalfragen. Denn wenige Tage später unterzeichnete mit Hans Thomas Tillschneider ausgerechnet der Hauptprotagonist der kritisierten »Patriotischen Plattform« die Erklärung mit dem Titel »Ruf der Vernunft«. In einem internen Schreiben rechtfertigte er seine Unterschrift als taktisches Manöver, um den KritikerInnen »den Wind aus den Segeln zu nehmen.« Mit Erfolg. Der fraktionsinterne Aufstand gegen André Poggenburg gilt vorerst als gescheitert. Dass Poggenburg nun anstelle des zurückgetretenen Daniel Rausch das Amt des Landtagsvizepräsenten anstrebt und zu diesem Zweck vom Fraktionsvorsitz zurücktreten will, ist ein riskanter Schachzug. Denn Poggenburgs Wahl ist keineswegs ein parlamentarischer Automatismus. Dass die Kontakte der AfD-Landtagsfraktion zum neu-rechten IfS mit seinem Sitz im Süden Sachsen-Anhalts eng sind, war schon anlässlich der Landtagswahl zu erkennen gewesen (s. drr Nr. 160). Im Juni wurde in Schnellroda in Anwesenheit von »Antaios«-Verleger Götz Kubitschek der AfD-Kreisverband Merseburg als Kreisverband Saalekreis neugegründet. Ort der Gründung war jene Schankwirtschaft, in der Björn Höcke im November 2015 seine berüchtigte rassistische Rede über den »Platzhaltertyp« und den »Ausbreitungstyp« in der Bevölkerungspolitik gehalten hatte.

Das politische Klima im Land sei rauer geworden, konstatierten im Frühsommer PolitikerInnen der anderen Fraktionen im Landtag. In der Tat: Die AfD testet die politische Kultur des Landes gerade daraufhin aus, wie weit sie mit ihren rechtsautoritären und rassistischen Vorstößen gehen kann. Dass der Partei ihre deutliche rechte Positionierung geschadet hat, ist bislang nicht erkennbar.



Rechte Russlanddeutsche – alte Bekannte

Der erfundene Überfall von »Flüchtlingen« auf Lisa aus Marzahn brachte das Mobilisierungspotenzial der russlanddeutschen Community für rassistische Anliegen ans Licht. Beim genaueren Hinsehen zeigt sich: Die Akteure sind größtenteils alte Bekannte.

von Lara Schultz

Seit 1950 sind rund 2,5 Millionen Menschen aus der Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten als AussiedlerInnen oder SpätaussiedlerInnen in die Bundesrepublik gekommen. 10.000 von ihnen gingen laut der Schätzung von Albrecht Kolthoff im Rahmen der rassistischen »Lisa«-Kundgebungen Ende Januar 2016 auf die Straße. Auslöser hierfür: Die 13-jährige russlanddeutsche Lisa aus Marzahn war eines Tages nicht nach Hause gekommen und hatte im Nachgang ihren Eltern die Geschichte einer Entführung und Vergewaltigung durch »arabischstämmige Flüchtlinge« aufgetischt. Diese Nachricht beherrschte tagelang russische und russischsprachige Medien, führte zu diplomatischen Spannungen zwischen Deutschland und Russland und rassistischen Kundgebungen im gesamten Bundesgebiet. In Berlin zum Beispiel hatte Genrih Grout (amtliche Schreibweise) / Heinrich Groth (eigene Schreibweise) eine Kundgebung angemeldet, deren Organisator der »Internationale Konvent der Russlanddeutschen« war. Im Internet schreibt Grout nach der Veranstaltung: »Das war der erste Sieg der russisch-deutschen Gesellschaft Berlins beim Vertreten ihrer gemeinsamen Interessen.«
Tatsächlich: Dass an einem Wochenende 10.000 überwiegend Russlanddeutsche bundesweit auf die Straße gehen, ist ein neues Phänomen – wobei man feststellen muss, dass sich in der Mehrheitsbevölkerung vor allem durch PEGIDA längst die Bereitschaft etabliert hat, rassistische Ressentiments auf der Straße zu manifestieren.
Grout weiß, was dieses Mobilisierungspotenzial wert ist. Seit Jahren nimmt er für sich in Anspruch, die Interessen der Russlanddeutschen zu vertreten – immer im Fahrwasser der extremen Rechten. Bereits in der Sowjetunion war Grout als Vorsitzender der »Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen ‹Wiedergeburt› für Politik, Kultur und Bildung« politisch aktiv. Der »Internationale Konvent der Russlanddeutschen« sieht sich als deren Nachfolger und betreibt laut Grout nach wie vor die Homepage »genosse.su«. 2006 kandidierte Grout für die extrem rechte »Offensive D« in Marzahn-Hellersdorf. 2011 äußerte er in der »Volksdeutschen Stimme«, dem Sprachrohr der »National-Konservativen Bewegung der Deutschen aus Russland«, seine antisemitischen Ansichten: Die Analyse von verschiedenen Materialien »ermöglicht es uns, von einem jüdischen Faktor zu sprechen, der Einfluss ausgeübt hat über die von der Führung der UdSSR getroffene Entscheidung zur Deportation sowohl der Krimtataren als auch der Wolgadeutschen«.

Russlanddeutsche in der NPD
Auf der Seite »genosse.su« wird auch Andrej Triller als Autor genannt. Dieser war 2008 Mitbegründer des »Arbeitskreises der Russlanddeutschen in der NPD«. Um die »Interessen des Vaterlandes« zu vertreten, traten mehrere Russlanddeutsche um Triller in die NPD ein. Schon früher hatte die NPD sich um die Gunst einer russlanddeutschen WählerInnenschaft bemüht. 2003 richtete die Partei ein Flugblatt an »alle deutschen Brüder und Schwestern aus Rußland« mit der Aufforderung: »Kommt zu uns und kämpft mit uns zusammen für ein Deutschland, das wieder so wird, wie es unsere Väter einst kannten. (…) Als Ihr in das Land Eurer Vä-

ter, Deutschland, gekommen seid, mußtet Ihr feststellen, daß dieses Land nicht mehr so ist, wie Eure Vorfahren es geschildert haben. Wir kennen die Geschichte des deutschen Volkes und wir wissen auch, was den Rußlanddeutschen angetan wurde. Für uns seid Ihr Brüder und Schwestern, unsere Landsleute, die immer wieder im Lande unserer gemeinsamen Väter willkommen sind. (…)«

Heute ist Andrej Triller stellvertretender Bundesvorsitzender der extrem rechten Kleinstpartei »ARMINIUS-Bund des deutschen Volkes«. Daneben zeichnet Triller verantwortlich als Redakteur der Homepage der »Volksdeutschen Stimme«. Prominent platziert ist auf dieser Seite das »Manifest der Deutschen 2008«. Hier heißt es unter anderem: »Unser Land droht zum Spielball fremder Mächte zu werden; es ist zunehmender Überfremdung ausgesetzt. Unser Volk ist in seinem Bestand und in seiner Identität bedroht; seine Kultur und seine Identität sind gefährdet.«

Über all die Jahre war Johann Thießen engster politischer Vertrauter von Andrej Triller. Gemeinsam gründeten sie die »Schutzgemeinschaft ‹Deutsche Heimat› der Deutschen aus Russland e. V.« unter Thießens Vorsitz, während Triller den befreundeten »Russlanddeutschen Konservativen« vorstand. Im April 2009 organisierte die »Schutzgemeinschaft« vor dem Düsseldorfer Landtag eine Kundgebung »Gegen die Fälschung der Geschichte der Rußlanddeutschen und die Medienhetze«, als Rednerin trat auch die wegen Volksverhetzung verurteilte Ursula Haverbeck-Wetzel vor den etwa 80 Anwesenden in Erscheinung: »Als die Sowjetunion zerfiel (…), da war es für die Russlanddeutschen (…) die Frage, können wir jetzt (…) heim ins Reich.« Thießen pries Haverbeck-Wetzel als »Vorbild für unsere Jugend« an.

Rechte Kooperationen

Mit der kurzzeitigen Aufmerksamkeit, die rechten Russlanddeutschen medial zuteil wurde, war es recht schnell wieder vorbei. Nach 2011 sind keine relevanten Veranstaltungen der »Russlanddeutschen in der NPD« oder der »Russlanddeutschen Konservativen« öffentlich geworden. Bis zu den »Lisa«-Kundgebungen war es still geworden. Umso mehr überraschte dann das hohe Mobilisierungspotenzial. Geworben wurde jedoch nicht mehr mit Flugblättern, hier spielten vor allem soziale Medien eine Rolle, vor allem aber Messenger-Dienste wie WhatsApp. Nur über diese konnte eine von der breiten Öffentlichkeit unbemerkte bundesweite Mobilisierung erfolgen. Wenig erstaunlich ist ebenfalls, dass auch extrem rechte Gruppen von Russlanddeutschen in sozialen Netzwerken aktiv sind. An den Aufmärschen beteiligten sich unter anderem »Sichere Heimat«, »Männer schützen Familien« und die »Russlanddeutschen Nachtwölfe«. Auf Facebook und dem russischen Äquivalent vkontakte wurde von Gruppierungen wie »Der Russen Treff«, »Deutsch-Russische Bruderschaft« und »Russlanddeutsche Front« (RF) auf die »Lisa«-Kundgebungen hingewiesen. Auf der Seite der RF postet vor allem Eugen Krause. Krause betreibt seit Jahren Seiten in sozialen Netzwerken für extrem rechte russisch-deutsche oder russlanddeutsche Kameradschaften. Ebenso ist er darum bemüht, Kontakte zu anderen rechten Gruppen zu knüpfen. Die »Identitäre Bewegung« wird von der RF als »unsere Freunde« bezeichnet, mit denen künftig mehr gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden sollen.

RF featurt auch Posts von Jurij Kofner jun. (München, Moskau). Kofner, »Ostkorrespondent für das Compact-Magazin«, ist Vorsitzender der Bewegung »Junges Eurasien«, die den Neo-Eurasismus von Alexander Dugin fortschreiben möchte. Dugin beruft sich in seiner Ideologie auf Vertreter der westeuropäischen Neuen Rechten und der Konservativen Revolution. Ebenso steht Kofner dem »Zentrum für Kontinentale Zusammenarbeit« (ZKZ) vor, der zweite Vorsitzende Julius Schaad ist Mitglied der Berliner Identitären. Auch ein weiteres Vorstandsmitglied, Maximilian Dvorak-Stocker, gehört zu den Identitären, er schreibt für den extrem rechten Ares-Verlag sowie die »Neue Ordnung«. Entsprechend vertraut klingen dann auch die Ziele des ZKZ, die im Wortlaut an Parolen der Identitären erinnern: So fordert das ZKZ auf seiner Homepage »das Ende des ‹Großen Austausches› der europäischen autochtonen (sic) Bevölkerung durch Masseneinwanderung nichteuropäischer Völker und die Regulierung der bereits geschaffenen diesbezüglichen Situation« ebenso wie »das Wiederaufleben der traditionellen europäischen Identität und Kultur«. In einem Interview mit dem Internet-Sender »Den TV«, einem Programm für »traditionelle, patriotische Ansichten«, beschreibt Kofner, warum Russland aus seiner Sicht anschlussfähig für westeuropäische Konservative ist: »Heute wird Europa, insbesondere Westeuropa, zerstört durch einen Schmelztiegel von afrikanischen und arabischen Einwanderern, es entsteht eine Konsumgesellschaft und Gesellschaft der Schwulen und Lesben, eine amorphe Masse, die nur US-Waren und US-Kultur zu konsumieren fähig ist, damit stellt eine solche undefinierte Bevölkerungsmasse in Europa keine Bedrohung für die USA dar. Vor diesem Hintergrund bleibt Russland als letztes Bollwerk für traditionelle, konservative und vor allem christlich-abendländische Werte.«

Bei Veranstaltungen des ZKZ kooperiert Kofner unter anderem mit Manuel Ochsenreiter, dem Chefredakteur des extrem rechten Magazins »Zuerst!«.

»Aussiedler und Russlanddeutsche« in der AfD

Aktuell buhlt wieder eine Partei um die Gunst und die WählerInnenstimmen der Russlanddeutschen: Die »Alternative für Deutschland« (AfD) hofft und zählt auf die Unterstützung von Russlanddeutschen und AussiedlerInnen. Laut Pressemitteilung der Partei hat sich im Landesverband Rheinland-Pfalz der AfD ein Netzwerk »Aussiedler und Russlanddeutsche« gegründet. Dazu sagt dessen Initiator Alexander Lejbo: »Früher war die politische Heimat der Spätaussiedler die Union. Seit Merkel das Ruder übernommen und die CDU nach links verschoben hat, haben sich die Spätaussiedler abgewandt.«

Auch die Forderung der AfD, Deutschland solle seine »Konfrontationshaltung gegenüber Russland« aufgeben, kommt bei einem Teil der rund 3,5 Millionen Russlanddeutschen an. »Die Russlanddeutschen haben im Moment keine politische Heimat«, erklärte Georg Pazderski, der den Berliner Landesverband zusammen mit Beatrix von Storch leitet, der dpa. Jörg Meuthen, Fraktionschef der baden-württembergischen AfD, weiß wo die Russlanddeutschen ihre »politische Heimat« finden könnten: »Ich glaube schon, dass sie zu uns passen, weil sie mehrheitlich konservativ denken.« Der brandenburgische AfD-Landesverband hat für diese Zielgruppe im vergangenen Jahr sein Wahlprogramm ins Russische übersetzt und hat dafür großen Zuspruch der Zielgruppe bekommen – wo doch gerade AfDlerInnen sonst gerne für eine Deutschpflicht für Zugezogene plädieren. Ausgerechnet Alexander Gauland, seinerzeit der Spitzenkandidat der Brandenburger AfD, gab sich damals integrativ, er wollte das Gespräch mit Russlanddeutschen suchen: »Es ist wichtig, dass die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler wissen, es gibt eine Partei, es gibt Politiker, die sich zu ihnen bekennen. Und die mit einem offenen Ohr für die Probleme und Bedürfnisse der Russlanddeutschen ihre Arbeit im nächsten Brandenburger Landtag verrichten werden.«

Lejbo ist Ende der 1980er Jahre nach Deutschland gekommen und zunächst politisch nicht in Erscheinung getreten, bis er Ende 2014 in die AfD eingetreten ist. Er ist überzeugt: »Wir Russlanddeutsche stimmen hundertprozentig mit der AfD überein«, so Lejbo gegenüber der FAZ. Auf ihn trifft das sicher zu. Sein Thema ist eine traditionelle Familienpolitik, gegen »Gender«, gegen »Frühsexualisierung«. Eine Ausnahme ist er nur insofern, als er nicht zu den »alten Bekannten« zählt.

Blinde Flecken



Die Aufarbeitung der NS-Geschichte deutscher Ministerien und Behörden bleibt ein umkämpftes Feld. Eine neue Studie hilft, den Überblick zu behalten. Kanzleramt und Bundestag bleiben blinde Flecken der Forschung.

von Philipp Vergin

Für die Geschichte der Bundesrepublik spielt die Frage nach Kontinuitäten und Brüchen zum historischen Faschismus eine herausragende Rolle. Die ersten Jahre des westdeutschen Staates waren vor allem durch ein »kommunikatives Beschweigen« (Hermann Lübbe) der Vergangenheit gekennzeichnet, das eine Rückkehr von Teilen der alten Eliten in wichtige Positionen begünstigte – und somit geistige und personelle Linien aus der NS-Zeit fortführte. Trotzdem lief die Integration der Täter nicht immer geräuschlos ab. Nachdem beispielsweise mit der Wiedererrichtung des »Auswärtigen Amtes« (AA) das dortige Ausmaß personeller und organisatorischer Kontinuität teils öffentlich wurde, kam es zu heftiger Kritik in- und ausländischer Medien. Ein 1951 auf Antrag der SPD eingesetzter Untersuchungsausschuss stellte fest: »Es wurden einige Personen beschäftigt, deren Verwendung das Vertrauen des In- und Auslandes zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen konnte.« Eine überaus moderate Feststellung angesichts von rund 34 Prozent NSDAP-Mitgliedern im höheren Dienst des AA. Auch die Konsequenzen fielen extrem moderat aus, wie der Historiker Hans-Jürgen Döscher betonte: »Dann hat man also diese Diplomaten, (…) die inkriminiert waren, nicht mehr allseitig einsetzen können, sondern hat sie dann vorrangig in den arabischen Hauptstädten oder in Südafrika oder in der Zentrale eingesetzt.« Als 1952 im Bundestag über den Ausschussbericht debattiert wurde, gab Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) zu, dass die leitenden Stellen des AA sogar zu zwei Dritteln mit »Ehemaligen« und Parteigenossen besetzt waren. Dies sei nötig gewesen, da man erfahrene Fachleute gebraucht habe. Den größten Beifall der Regierungsparteien bekam er, als er, an die SPD-Fraktion gewandt, sagte: »Ich meine, wir sollten jetzt mit der Naziriecherei mal Schluss machen. Denn verlassen Sie sich darauf: Wenn wir damit anfangen, weiß man nicht, wo es aufhört.« Doch das konnte sich Adenauer zweifellos vorstellen, denn mit Hans Globke, dem Mitverfasser und Kommentator der »Nürnberger Rassegesetze«, hatte Adenauer das Paradebeispiel personeller NS-Kontinuität der Verwaltungseliten zu seiner rechten Hand gemacht. Globke, von 1953 bis 1963 Chef des Bundeskanzleramts, war in den Anfangsjahren der Bundesrepublik »graue Eminenz« und wichtiger Strippenzieher. Sein Netzwerk durfte nicht in Gefahr geraten.

Beginn der Aufarbeitung

Erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wuchs das Bedürfnis nach Auseinandersetzung mit den Verbrechen und der Struktur des deutschen Faschismus. Ende der 1980er Jahre entstanden erste Einzelstudien, insbesondere private Unternehmen begannen ihre Vergangenheit erforschen zu lassen. In den 1990er und 2000er Jahren folgten halbstaatliche Einrichtungen, Wissenschaftsorganisationen, Vereine und Verbände. Mit dem Abtritt der am NS-Regime direkt Beteiligten aus Funktionen und aus dem öffentlichen Diskurs wurden Fragen nach Brüchen und Kontinuitäten auch in sensiblen Bereichen leichter.

Eine neue Konjunktur erlebte die Erforschung der NS-Herrschaft und ihrer Folgen als das AA 2005 eine HistorikerInnenkommission berief und später die Studie »Das Amt« publizierte. In der Folge wurden Studien zu fast allen Ministerien und wichtigen Behörden, wie dem »Bundesamt für Verfassungsschutz«, dem Bundeskriminalamt und dem Bundesnachrichtendienst (BND), aufgegriffen, alle auch »heiße Eisen« geschichtspolitischer Kontroversen. Wichtig war die Frage, inwieweit ideologische und haltungsmäßige Kontinuitäten über dieses Personal in der Führungsebene der frühen Bundesrepublik tradiert wurden und welche Rückwirkungen sie auf die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hatten.

Überblicksstudie

Nachdem am 8. November 2012 der Bundestag die Regierung aufgefordert hatte, das »Institut für Zeitgeschichte« (IfZ) und das »Zentrum für Zeithistorische Forschung« (ZZF) mit einer Bestandsaufnahme zu beauftragen, fand 2013 die Forderung nach einem Überblick über laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte Eingang in den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD. Mit der nun Anfang 2016 vorgelegten Studie »Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus – Stand und Perspektiven der Forschung« zeigen Christian Mentel und Niels Weise, dass die Projekte zu 36 west- und acht ostdeutschen Institutionen zum Großteil noch nicht abgeschlossen und in ihrer Struktur heterogen sind. Dies betrifft die Organisationsform, die finanzielle und personelle Ausstattung sowie Fragestellungen, Untersuchungszeiträume, konzeptionelle Anlage, Methoden und die Forschungs- und Quellenlage. Die Frage nach Übergängen und Kontinuitäten und Diskontinuitäten verbindet alle Projekte. Eine der wichtigsten Funktionen der Arbeiten und historischen Kommissionen besteht in ihrer Funktion als Türöffner. Durch die Erschließung der Akten und die Vorlage einer ersten Interpretation ist die Debatte eröffnet. Die kritische Öffentlichkeit muss diese Möglichkeit nutzen.

Forschungsprojekte

Die 2011 eingesetzte und mit rund zwei Millionen Euro ausgestattete »Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND 1945–1968« soll bis 2017 neben einer umfangreichen Gesamtdarstellung 15 bis 18 Teil-Studien herausbringen, von denen bislang vier erschienen sind und teils Bemerkenswertes zu Tage förderten. Zur »Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (MdI)« wurde im Oktober 2015 eine Vorstudie vorgelegt. Das Projekt soll 2018 abschließende Ergebnisse zur Innenpolitik der frühen Bundesrepublik liefern. Zum »Bundesministerium für Arbeit und Soziales« (BMAS) und dessen Vorgänger hat 2014 eine HistorikerInnenkommission die Arbeit aufgenommen, ausgestattet mit einem Budget von 1,6 Millionen Euro. Und seit November 2011



arbeitet zur Geschichte des Bundeswirtschaftsministeriums und seiner Vorgängerinstitutionen eine eigene mit 3,9 Millionen Euro ausgestattete Geschichtskommission. Die Ergebnisse sollen 2016 publiziert werden. Eine Besonderheit ist der lange Untersuchungszeitraum, der vor der Einrichtung der Vorläuferinstitution des »Reichswirtschaftsministeriums«, dem »Reichswirtschaftsamt«, 1917 ansetzt und bis 1990 reicht. Das Ziel ist keine reine Institutionengeschichte, sondern ein Aufzeigen von Kontinuitäten der Wirtschaftspolitik und ihrer Akteure. Das »Bundesministerium der Finanzen« hatte im Juli 2009 eine Kommission berufen, die das »Reichsministerium der Finanzen« von 1933 bis 1945 untersucht. Die Arbeiten sollen im Jahr 2016 abgeschlossen werden. 2013 wurden Teilergebnisse zur fiskalischen Judenverfolgung unter dem Titel »Bürokratie und Verbrechen« publiziert.

Blinder Fleck I: Kanzleramt

Für die aktuelle Debatte sind die in der Überblicksstudie von Mentel und Weise ausgemachten Leerstellen von Bedeutung: »Das größte Desiderat bildet dabei sicherlich das Bundeskanzleramt als die zentrale Schaltstelle der Bundesregierung. Gerade seine Personalpolitik lässt bislang – auch über die Causa Globke hinaus – zahlreiche Fragen offen. Trotz seiner großen Bedeutung nur in Teilen erforscht ist auch das Bundespresseamt. Eine weitere Forschungslücke stellt der Deutsche Bundestag dar. Hier wäre jenseits quantitativer Analysen personeller NS-Belastungen von Abgeordneten auch deren unmittelbares Umfeld einzubeziehen, etwa in Bezug auf ausgewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Leitungsfunktionen.«

Im November 2014 hatte DIE LINKE im Bundestag den Antrag »Unabhängige Historikerkommission zur Geschichte des Bundeskanzleramtes einsetzen« eingebracht. Nachdem es anfänglich von Seiten der CDU/CSU massiven Widerstand gegen eine solche Aufarbeitung gab, ist nach der Anhörung des Kulturausschusses am 1. Juni 2016 die jahrzehntelang eingeübte Abwehrhaltung der Union unhaltbar geworden. Alle Sachverständigen – egal von welcher Fraktion sie benannt wurden – waren sich in der prinzipiellen Zustimmung zum Antrag der LINKEN einig und hoben die zentrale Bedeutung des Bundeskanzleramtes hervor. Umso verwunderlicher war die abschließende Stellungnahme des zuständigen Abteilungsleiters aus dem »Bundesministerium für Kultur und Medien«, der ankündigte zu prüfen, inwieweit »eine ressortübergreifende Studie auf den Weg gebracht werden könne«, in der auch das Bundeskanzleramt eine Rolle spielen würde. Aber genau darum ging es im Antrag der LINKEN, den Abgeordneten und den Sachverständigen nicht.

Strategie der Union

Der Eindruck, dass seitens der Union versucht wird, durch einen möglichst breiten Forschungsauftrag die besondere Verantwortung des Kanzleramtes zu relativieren, drängte sich auch durch die Wortmeldungen des Abgeordneten Philipp Lengsfeld (CDU) auf. Er forderte wiederholt – getreu seiner totalitarismustheoretischen Überzeugung – die gleichzeitige Untersuchung von DDR-Institutionen und versuchte die Sachverständigen dazu zu bewegen, zusätzlich zum Kanzleramt auch die »Fälschungen der Stasi« untersuchen zu wollen. Die Rückzugsstrategien der Konservativen werden sichtbar: Erst mauern, bis man keinen seriösen Wissenschaftler mehr findet, der Argumente für das Beschweigen liefert, und dann durch die Gleichsetzung von NS-Diktatur und DDR den Forschungsauftrag so weit verwässern, dass ein relativiertes und für die Union angenehmeres Ergebnis erhofft wird.

Blinder Fleck II: Bundestag

Eine ähnliche Strategie lässt sich auch beim Bundestag, der zweiten großen Leerstelle der Forschung, beobachten. Seit 1967 wollten die USA die Akten des »Berlin Document Center« (BDC) an die Bundesrepublik zurückgeben. Aber das Desinteresse an diesen Dokumenten war umfassend und parteiübergreifend. Union, SPD und FDP waren sich einig, eine erneute Entnazifizierung verhindern zu wollen. Von der Parteilinie abweichende Abgeordnete, die eine Rück- und Freigabe aller NS-Akten forderten, galten als NestbeschmutzerInnen und wurden isoliert. Als die Akten 1994 endlich übergeben wurden, konnte die interessierte Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen, die Bundesrepublik sei seit ihrer Gründung bis in die 1980er Jahre von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern regiert worden. Denn die im BDC verwahrte NSDAP-Mitgliederkartei gab etliche bekannte Namen preis: drei Bundespräsidenten (Karl Carstens, CDU / Heinrich Lübke, CDU / Walter Scheel, FDP), der Präsident des Bundestages Richard Stücklen (CSU), Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU), Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), die Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller (SPD) und Liselotte Funcke (SPD), der Kanzleramtschef Horst Ehmke (SPD), der Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler (SPD), der ehemalige Fraktionschef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, und viele andere. Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der LINKEN vom 14. Dezember 2011 waren 26 Bundesminister und ein Bundeskanzler (Kurt-Georg Kiesinger) Mitglied der NSDAP oder einer nationalsozialistischen Organisation wie SA, SS oder Gestapo. Allein in der Regierung unter Willy Brandt (SPD) saßen zwölf ehemalige Nationalsozialisten am Kabinettstisch. Der Vermutung, die NSDAP habe in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik regelmäßig quasi die größten Fraktionen im Bundestag gestellt, wurde nie konsequent nachgegangen. Erst nachdem am 28. Februar 2012 der Abgeordnete Jan Korte (DIE LINKE) einen Beschluss des Parlaments zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte vorschlug, kam Bewegung in die Sache. Am 28. Juni 2012 beschloss der Ältestenrat des Bundestages, die »Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« um einen Verfahrensvorschlag für die Erforschung zu bitten. Doch die dann von der Kommission erstellte Vorstudie zur Erforschung der NS-Belastungen von Abgeordneten und MitarbeiterInnen der Bundestagsverwaltung sowie der Abgeordneten der Volkskammer der DDR verschwand in der Schublade des Parlamentspräsidenten Norbert Lammert (CDU). Offenbar nur aufgrund der Veröffentlichung der Studie von Mentel und Weise und eines entsprechenden Artikels des Magazins »Der Spiegel«, wurde Lammert wieder aktiv. Am 18. März 2016 übersandte er den Bundestagsfraktionen die drei Jahre alte Vorstudie und bat um ein Meinungsbild. Doch der Meinungsbildungsprozess dauert. Bis ein Forschungsprojekt vergeben wird, kann noch einige Zeit vergehen. Die NS-Aufarbeitung bleibt somit ein umkämpftes Feld.

Rechte Zivilgesellschaft

In Altenburg (Thüringen) setzt ein privates Museum auf Geschichtsrevisionismus und NS-Symbolik.

von Igor Netz



> *in der Ausstellung wird antisemitische Sprache benutzt, wie »USrael«*

Der Name der aus privater Initiative entstandenen Ausstellung »2000 Jahre - Des Deutschen Volkes Leidensweg« im thüringischen Altenburg lässt aufhorchen. Alleine die Behauptung einer kollektiven deutschen Geschichte über 2.000 Jahre, nahegelegt durch den Begriff des »Volkes«, ist historisch kaum haltbar.

Auf der rechten Internetseite »Altenburg-online« wird die Ausstellung beworben: Es gehe »von der römischen Fremdherrschaft und der Zwangschristanisierung, über die Herrschaft der Templerorden, der religiösen Glaubenskriege, der Hexenverfolung, dem Befreiungskrieg, den Leiden der Menschen im ersten und zweiten Weltkrieg, dem allierten Bombenholocaust über Deutschland (insbesondere in Dresden) bis hin zur sowjetischen Besatzung und der bis heute andauernden amerikanischen Vorherrschaft in Deutschland.« (Fehler i. O.). Geschichtsrevisionistisch ist also nicht nur der behauptete kontinuierliche Leidensweg. Die deutschen Verbrechen gegen die Herero im Zuge der Kolonialherrschaft, der Erste Weltkrieg, NS-Staat, Shoah, Porajmos, Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, alles deutsche Leiden? Darüber hinaus will die Ausstellung zeigen, »wie mit Geschichtsfälschung der Sieger immer wieder versucht wurde und wird, ein Volk von glücklichen Sklaven und hörigen Systemdienern zu züchten«. Ein solcher Satz ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Überlebenden nationalsozialistischer Vernichtungspolitik. Er diskreditiert zudem die bundesdeutsche bürgerliche Demokratie als Anhängsel derjenigen, die das nationalsozialistische Deutschland militärisch besiegten.

Die Ausstellung

Ein Besuch in der Ausstellung, die am 31. Januar 2016 eröffnet wurde, zeigt, wie sie aufbereitet ist und dem Publikum vorgestellt wird. Die angemeldete Führung erfolgte durch Jürgen Lange. Er ist der »1. Präsident des Vereins Lebenskurve« und hat die Ausstellung, teils mit Leihgaben von Bekannten, zusammengestellt. Vizepräsidentinnen des eingetragenen Vereins sind Angelika Lange und Olivia Lange aus Altenburg. Der Ausstellungsort, die sogenannte Uferburg oder auch »Burgvogtei Ziehgenhayn« in Langes Sprachgebrauch, ist mitnichten eine ehemalige Burg. Vielmehr handelt es sich um ein Gebäudeensemble, teils als Fachwerk konstruiert, das um- und neugebaut wurde. Verschiedene Räume dienen für pseudomittelalterliche Bankette mit klingenden Namen wie »Futtern wie bei Luthern« oder »Barbarossas Ritterfressen«, die für die Gäste zu buchen sind. Der Rundgang durch die Ausstellung »2000 Jahre – Des Deutschen Volkes Leidensweg« ist nicht einzeln zu buchen. Sie ist Teil der so genannten Burgvogtei-Führung »Auferstanden aus Ruinen«. Der Weg führt also zuvor durch den Turnierraum, die Tanzdiele, die Bohlenstube sowie durch eine Mutter-Erde-Kapelle und einen Raum, als »Wunderkammer« bezeichnet, der Beispiele der »Freien Energie« zeigt, die eine ökologische Alternative zur »naturfeindlichen Einsteinschen Sackgasse«, so der Text auf der Webseite der Uferburg, darstellen sollen.

Die Führung

Eingangs betont Lange, dass das Fotografieren im »Heimat-Cabinet«, in dem die hier im Mittelpunkt stehende Ausstellung zu sehen ist, nicht erlaubt sei. Das »Landesamt für politische Bildung«, gemeint ist wohl die Landeszentrale für politische Bildung, hätte ihm Ärger bereitet. Außerdem seien gefälschte Bilder der Ausstellung auftaucht, auf denen Hakenkreuze in die Fotos montiert worden seien, um ihn zu diskreditieren. Langes Ausführungen sind immer wieder begleitet von verschwörungs-

ideologischen Bemerkungen über ‹Chemtrails› und ähnliches. Er bemüht sich dabei, den Eindruck zu erwecken, nicht missionieren zu wollen. Er würde nur eine alternative Meinung vertreten, die man nicht übernehmen müsse. An vielen Stellen bleibt Lange im Ungefähren und beendet Sätze mit der Formel »den Rest können Sie sich selbst dazu denken«. Zu dieser Floskel greift Lange meistens dann, wenn er sich am Rande von juristisch sanktionierbaren Äußerungen bewegt oder sich zumindest nicht auf eindeutig zitierbare Aussagen festlegen will. Erwähnenswert ist die »Mutter-Erde-Kapelle«, eine Art Sakralraum mit altarähnlicher Konstruktion und der Aufschrift »Gedenke deinen Ahnen«, Orgel, Sitzbänken in Reihen. Über der Tür prangt eine große Lebensrune, an der Decke hängt die Schwarze Sonne, die auch als Bodenornament im Obergruppenführersaal der Wewelsburg zu sehen ist, die Heinrich Himmler zur »SS-Burg« umbauen ließ. Mit diesem Teil der Geschichte geht Lange offensiv um. Er beschreibt den Zusammenhang und relativiert dabei: Himmler habe das Symbol »benutzt«.

Das »Heimat-Cabinet«, in dem sich die Ausstellung »2000 Jahre – Des Deutschen Volkes Leidensweg« befindet, macht einen unübersichtlichen Eindruck. Die Ausstellungsgegenstände sind eine Ansammlung von Alltagsgegenständen, Fotos und Büchern in gläsernen Vitrinen. Der Sinn der Exponate erschließt sich in vielen Fällen erst durch die Erzählung Langes. Sie soll aufzeigen, dass das »deutsche Volk« über 2.000 Jahre unter Fremdherrschaft und geistiger Indoktrination durch Besatzer gelitten hätte. Die »Vertreibung« von Deutschen aus Osteuropa nimmt einen großen Platz ein und wird zudem symbolisiert durch Schaufensterpuppen, eine schwangere Frau mit einem Kind an der Hand. Die Bombardierung Dresdens wird als »Bombenholocaust« bezeichnet, dargestellt als eine Art Diorama in einer Vitrine mit wohl echten Bombenteilen und einer aus dem Untergrund ragenden weiblichen Hand. Offene Holocaustleugnung betreibt der Vorsitzende des »Lebenskurve e.V.« nicht. Allerdings ist seiner geschichtsrevisionistischen Darstellung zufolge Hitler ein britisch-zionistischer Agent gewesen und die »jüdischen Mitbürger« (Lange) seien durch ihre zionistischen Führer missbraucht worden. Überhaupt ist es Langes Vorstellung, es hätten sich Zionisten im Geheimen verschworen, um die Weltgeschichte so zu lenken, dass am Ende der Staat Israel gegründet würde.

Lange hat auch »Projekttage für Schulklassen« in seinem Angebot. Deren Themen sind: »Freie Energie – Die Revolution des 21. Jahrhunderts« und »Wer schrieb mein Geschichtsbuch. Von A wie Arminius bis Z wie Zinsgeldsystem«. Letzteres Angebot soll im »Heimat-Cabinet« stattfinden.

Die Vereine

Jürgen Lange und sein gemeinnütziger Verein »Lebenskurve« bewegen sich in einem illustren Umfeld, das als extrem rechte Zivilgesellschaft bezeichnet werden kann. Sie ist in den Alltag der Stadt eingebunden und wird mittelbar oder unmittelbar von Instanzen wie dem sozialdemokratischen Bürgermeister oder der Altenburger Tourismus GmbH gestützt. Auch beim Tag des offenen Denkmals am 11. September 2015 gehörten die »Burgvogtei Ziegenhayn« und »Lebenskurve e. V.« mit zum Programm. Dabei kann der Verein dem Umfeld des informellen Netzwerks des »Bürgerforums Altenburger Land«, eines örtlichen PEGIDA-Ablegers, zugeordnet werden. Immerhin vertritt Lange neben Rene Junghanns, Frank Schütze, Holger Merz und Marco Unverzagt den im Impressum genannten »Deutschen Zivilschutz e. V.«.

Dieser bezeichnet sich auf seiner Internetseite als Kooperationspartner von »Lebenskurve e. V.«. Darüber hinaus bietet der »Deutsche Zivilschutz« jenes Know-How an, das eine Bürgerwehr braucht: Kampfsportkurse und Informationen zum sogenannten Jedermannsrecht. Aber auch Seminare zur esoterischen »Freien Energie« oder über Zivilschutz und Geldsystem gehören zu seinem Angebot. Die im Impressum Genannten sind mit den Akteuren des »Bürgerforums Altenburger Land« identisch. Das »Bürgerforum« veranstaltet seit Ende 2015 »Offene Stammtische« und bisher sechs Aufmärsche unter dem Motto »Fehlpolitik Deutschland«. Auch schmückt es sich auf seiner Webseite unter anderem damit, am 3. Februar 2016 eine Veranstaltung mit dem extrem rechten Magazin »Compact« von Jürgen Elsässer durchgeführt zu haben, die 500 Personen besucht haben. Elsässer war bereits am 13. Dezember 2015 als Redner beim Aufmarsch des »Bürgerforums« aufgetreten. Am 20. Februar sprach mit Götz Kubitschek einer der wohl bekanntesten Vertreter der »Neuen Rechten« bei einem Aufmarsch des »Altenburger Bürgerforums«.

Die Stadt

Pikant ist, dass Bürgermeister Wolf bei der Elsässer-Veranstaltung Anfang Februar zugegen war. Er saß in der ersten Reihe und wurde vom Podium prominent begrüßt. Wolf spricht gegenüber dem »Deutschlandfunk« von einem »Akt der Höflichkeit«, sich in die vorderste Reihe zu setzen und will die TeilnehmerInnen des Bürgerforums nicht »in eine rechtsradikale Ecke stellen«. Zudem sei er nur als Privatmann bei der Veranstaltung gewesen. Damit kommt wohl weniger eine inhaltliche Übereinstimmung zum Ausdruck, eher der problematische Versuch, das Thema möglichst zu umgehen. Zu einer Anfrage zur Ausstellung hat sich der Altenburger Oberbürgermeister nicht positioniert. Die »Altenburger Tourismus GmbH« bewirbt »Barbarossas Ritterfressen« auf ihrer Internetseite, von der aus sich per Online-Formular direkt weitere Informationen zur Veranstaltung erfragen lassen. Die Geschäftsführerin des Tourismusunternehmens schreibt in einer E-Mail, die dem Autor vorliegt, in Bezug auf Lange, er befände sich in einem tiefen Loch »geprägt von Unsicherheit und Ängsten, einseitigem Geschichtsverständnis und einer selbst verliehenen Opferrolle«. Das ansatzweise vorhandene Problembewusstsein hat allerdings keine Auswirkungen, im Gegenteil. Weiter heißt es: »Herr Lange ist ein tüchtiger Mensch, der mit seiner Uferburg in vielen Jahren und mit viel persönlichem Einsatz ein beachtliches Areal geschaffen hat, das sehr gut in die Vermarktungsstrategien Altenburgs passt. (...) Wir nutzen daher die Uferburg als Erlebnisgastronomie für alle drei Themen und haben in Koooperation mit Herrn Lange an allen Angeboten mitgearbeitet« (Fehler i.O.). Jürgen Lange sei mit seinem Unternehmen Mitglied im Tourismusverband Altenburger Land e.V. und die Geschäftsführerin wolle keine »Gedankenpolizei« in ihren geschäftlichen Beziehungen. Zudem hoffe sie, »dass die Versuche, mit einer hässlichen Seite deutscher Geschichtsbetrachtung zurecht zu kommen, nicht damit verbunden werden aus einer Äußerung des ‹Nicht einer Meinung seins›, ein Denkverbot zu machen.« Der Besuch einer Führung im Hause Langes ergab, dass die Einmietung dort mit einer Führung durch den gesamten Komplex einhergeht. Wer also das »Ritterfressen« bewirbt, muss sich darüber im Klaren sein, dass ein an die extreme Rechte anschlussfähiges, geschichtsrevisionistisches Projekt die Unterstützung der Stadt Altenburg erfährt.

Rassismus entgegentreten!

von Margarete Schlüter

Mit dem Auffliegen des NSU im Jahr 2011 wurde für Menschen mit Migrationsgeschichte gewiss, was viele von ihnen bereits gemutmaßt hatten: Es waren Neonazis, die in den Jahren 2000 bis 2006 bundesweit neun Menschen mit türkischem und einen mit griechischem Hintergrund ermordeten.
Die weiße deutsche Zivilgesellschaft und AntifaschistInnen haben in diesen Jahren die Zusammenhänge der Morde nicht erkennen können, eine breite Solidarisierung mit Angehörigen blieb aus. Das Ausmaß der Involvierung und die Rolle staatlicher Behörden konnte bislang nur bedingt transparent gemacht werden.
Was resultierte daraus für Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland? Sehr viele von ihnen stellen Bezüge zwischen rechtem Terror und rassistischen Einstellungen in der Gesellschaft her. Damit einher geht ein »Vertrauensverlust vor allem gegenüber staatlichen Institutionen, aber auch gegenüber der deutschen Öffentlichkeit«.
Mit dem NSU und seinen Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft wird sich im vorliegenden Reader auseinandergesetzt. Das Projekt DIMENSIONEN hat eine Handreichung für die außerschulische und schulische Bildungsarbeit erstellt. Ziel ist, »dass (post-)migrantische Perspektiven auf den NSU-Komplex gehört und sichtbar werden und die (Selbst-)repräsentationen dieser unterschiedlichen Stimmen Unterstützung finden«.
Der Reader ist in einen theoretischen und einen praktischen Teil gegliedert. Im ersten Teil werden in verschiedenen Texten Rassismus und Diskriminierung thematisiert, auf den NSU eingegangen und zudem die Opferperspektive aufgegriffen. Im zweiten Teil werden Methoden zusammengetragen, die zum einen eine kritische Auseinandersetzung mit nach rechts offenen Einstellungsmustern ermöglichen. Zum anderen werden institutioneller und struktureller Rassismus thematisiert. Des Weiteren werden durch die Übungen exemplarisch Positionen und Forderungen von Menschen mit Migrationsgeschichte greifbar.
Gerade die zuletzt genannten Methoden sind für MultiplikatorInnen von besonderem Interesse, da ihnen die anderen zum Großteil aus der Praxis bekannt sein dürften. Zusammen mit den Grundlagentexten liegt ein kompakter Reader vor, um sich aktiv mit diskriminierenden Einstellungsmustern, insbesondere dem des Rassismus, auseinanderzusetzen.

Rolf Knieper und Elizaveta Khan (Hrsg.): Projekt DIMENSIONEN. Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft. Ein Methodenreader für Multiplikator_innen in der Jugend- und Bildungsarbeit. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., Düsseldorf 2015, 222 Seiten, gegen eine Versandkostenpauschale von 3,- Euro zu beziehen über www.idaev.de.

Kontinuitäten des Hasses

von Svenna Berger

Es ist kein historisches Buch. Der Sammelband »Generation Hoyerswerda« ist hochaktuell. Die Neonazis, die sich 1991 im sächsischen Hoyerswerda oder später in Cottbus-Sachsendorf, Eisenhüttenstadt und Eberswalde an rassistischen Ausschreitungen beteiligten, bringen ihren Hass heute wieder auf die Straße. Die ideologischen und personellen Kontinuitäten rechter Gewalttäter von den Anfängen der 1990er Jahre bis heute erläutert der Sammelband der Journalistin Heike Kleffner und Anna Spangenberg, Geschäftsführerin des »Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit«.
In 16 Beiträgen wird umrissen, wie Neonazis seit 25 Jahren Strukturen aufbauen, sich überregional und international vernetzen, über Musik und Zeitschriften ihre rassistische Ideologie verbreiten, Menschen angreifen und ermorden und Anschläge verüben. Detaillierte Beschreibungen zu Organisationen wie der »Nationalistischen Front«, »Blood & Honour« oder der »Nationalen Bewegung« finden sich in dem Band, ebenso wie Portraits zu seit über 20 Jahren aktiven Neonazis wie Uwe Menzel und Maik Eminger, angereichert mit Fotografien. Die Geschichte des Neonazismus in Brandenburg ließe sich ohne den Verfassungsschutz nicht schreiben; dazu gehört auch V-Mann Carsten Szczepanski alias Piatto, der über Waffengeschäfte des NSU wusste und mutmaßlich darin verwickelt war. Zuletzt werden die Zunahme der rassistischen Stimmung sowie die Potenziale von Neonazi-Netzwerken und Rechtsterrorismus diskutiert, aber auch auf Erfolge des zivilgesellschaftlichen Engagements geschaut.
Die leitende These der »Generation Hoyerswerda« wird im Buch wiederholt aufgegriffen, wodurch es zu unnötigen Dopplungen kommt. Die abschließende umfangreiche Chronik »Das Jahrzehnt der Glatzen« zeigt erschreckend, dass noch vieles unbeachtet ist. Wer Ursachenforschung zum Neonazismus in Ostdeutschland erwartet, wird nur wenig fündig: Der Sammelband liefert keine tiefergehende Gesellschaftsanalyse, kann jedoch als Ausgangspunkt dafür genutzt werden. Die umfangreichen Recherchen sind bereichernd für Engagierte in der Arbeit gegen Neonazismus und eine solide Grundlage für eine kritische Öffentlichkeit in Begleitung des Brandenburger NSU-Untersuchungsausschusses.

Heike Kleffner, Anna Spangenberg (Hrsg.): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg. Berlin 2016, be.bra verlag, 304 Seiten, 20,- Euro.

»Kampfbegriffe«

von Sascha Schmidt

Das »Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe« stellt Terminologien, weltanschauliche Positionen und Themenfelder der extremen Rechten vor. Zum einen werden Begriffe erläutert, die unmissverständlich zum Vokabular der extremen Rechten gehören. Zum anderen sind gesellschaftlich weit verbreitete Schlagworte aufgeführt, die von der extremen Rechten umgedeutet und angeeignet wurden. Diese Strategie ist der Versuch, den hegemonialen Diskurs zu beeinflussen und die eigene Weltanschauung zu transportieren.
Zu den 25 im Buch aufgeführten Begriffen gehören: 68er, Abendland, Dekadenz, Demokratie, Deutschenfeindlichkeit, Freiheit, Gemeinschaft, Geschlechtergleichschaltung, Heldengedenken, Islamisierung, Jude, Kameradschaft, Kapitalismus, Nation und Nationaler Sozialismus, Natur, Political Correctness, Rasse, Raum, Schuld-Kult, Umvolkung, USA, Vertriebene, Vorbürgerkrieg und Zigeuner.
Die einzelnen Beiträge sind auf zehn bis 15 Seiten einheitlich strukturiert und gut lesbar: Jeder Begriff wird zunächst durch Zitate von extrem rechten Publikationen oder Organisationen eingeleitet und kurz beschrieben. Danach folgt eine Vertiefung und diskursive Verortung im Entstehungskontext sowie eine Darstellung von Beispielen für aktuelle Verwendungsbereiche durch die extreme Rechte. Abgeschlossen werden die Kapitel mit einem Fazit, einer Begriffskritik der AutorInnen und einem Verweis auf weiterführende Literatur.
Bei dem Handbuch handelt es sich um ein Kooperationsprojekt des »Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung« und des »Forschungsschwerpunkts Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf«. Ein Großteil der AutorInnen arbeitet oder engagiert sich in einer der beiden Einrichtungen. Darunter finden sich mit Regina Wamper, Fabian Virchow, Sebastian Friedrich, Helmut Kellershohn und Alexander Häusler AutorInnen, die bereits zahlreiche qualifizierte Bücher und Aufsätze zu diesem Thema veröffentlicht haben. Dementsprechend realisieren die HerausgeberInnen des Buches – das primär an MultipikatorInnen in der Bildungsarbeit und in den Medien gerichtet ist – ihr Vorhaben, eine fundierte Auseinandersetzung mit den genannten »Kampfbegriffen« zu liefern.

Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Schwalbach/Ts. 2015, Wochenschau Verlag, 368 Seiten 24,80 Euro.

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ E-Mail-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name ____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

imago (Seite 4)
Getty Images (Seite 6)
Mark Mühlhaus (Seiten 8, 14, 19, 26, 28)
drr-Archiv (Seite 20)
Roland Geisheimer (Seite 21)
Christian Ditsch (Seite 22)
David Janzen (Seite 23)
Igor Netz (Seite 32)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

www.aufstehen-gegen-rassismus.de
3.September@aufstehen-gegen-rassismus.de

DEMO UND KONZERT ●●● IN BERLIN

von „Aufstehen gegen Rassismus“

DEMO

Start 14 Uhr, Adenauerplatz

KUNDGEBUNG UND KONZERT

Ab 17 Uhr, Lützowplatz

AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS!
DEINE STIMME GEGEN DIE AFD!
FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN – ASYL IST MENSCHENRECHT!
GESICHT ZEIGEN GEGEN RECHTE HETZE!

